



Opferhilferecht

Peter Gomm, Dominik Zehntner (Hrsg.)

4. Auflage



Stämpfli Verlag

Der Kommentar zum Opferhilfegesetz erscheint in der 4. Auflage neu unter dem Titel Opferhilferecht. Wesentliche Neuerungen sind unter anderem eine kritische Würdigung der Totalrevision des Opferhilfegesetzes in den Bereichen Schadenausgleich und Genugtuung, erste Entwicklungen zum neuen, vom Bundesamt für Justiz verabschiedeten Leitfaden zur Genugtuung, eine Kommentierung der Opferrechte im Strafrecht, Straf- und Militärstraßprozessrecht sowie eine umfassende Darstellung der kantonalen polizeilichen Schutzmassnahmen bei häuslicher Gewalt.

Das Standardwerk richtet sich sowohl an Juristinnen und Juristen, die Ansprüche von Opfern in Verwaltungs- oder Strafverfahren geltend machen oder zu beurteilen haben, als auch an Praktikerinnen und Praktiker, die sich in ihrer täglichen Beratungsarbeit mit dem Opferhilferecht beschäftigen.

Peter Gomm
Dominik Zehntner
(Herausgeber)

Kommentar zum Opferhilferecht

4. Auflage



Stämpfli Verlag

Opferhilferecht

Zitiervorschlag:

AUTOR/IN, SHK-Opferhilferecht, 4. Aufl., Art. x Gesetz/Überschrift N y

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z.B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2020
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-0777-8

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com
ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-0776-1



Vorwort

Die vierte Auflage des Kommentars befasst sich nicht mehr einzig mit dem Opferhilfegesetz, sondern generell mit dem Opferhilferecht. Gründe dafür sind die Ausgliederung der strafprozessualen Bestimmungen in die Schweizerische Strafprozessordnung, besondere Bestimmungen in der Militärstrafprozessordnung, die Einfügung von Sonderbestimmungen ins Schweizerische Zivilgesetzbuch, die neu geschaffene Orientierungsrechte des Opfers im Strafgesetzbuch sowie neue kantonale Gesetzgebungen im Bereich der häuslichen Gewalt. Der Kommentar soll dazu dienen, den Praktikerinnen und Praktikern ein breiteres Arbeitsinstrument in die Hand zu geben.

Die moderne Kriminologie vollzog in den vergangenen Jahrzehnten einen Wandel. Sie gibt dem Opfer einen einflussreicheren Status im Strafprozess. Es wird nicht mehr unisono davon ausgegangen, dass Opferinteressen mit dem staatlichen Strafanspruch deckungsgleich sind. Es wird anerkannt, dass davon abweichende Bedürfnisse der Opfer einer Straftat bestehen können. In der Schweiz mag beispielsweise die neuste Änderung des Strafgesetzbuches vom 14. Dezember 2018 Ausdruck dieser Entwicklung sein. Im revidierten Art. 55a StGB wurde darin eine Einflussnahme des Opfers auf den Gang des Strafverfahrens gegenüber dem Täter eingeführt, welche sich nicht auf die Stellung eines Strafantrags oder dessen Rückzug beschränkt. Es ist zu wünschen, dass den Belangen der Opfer auch in Zukunft vermehrt Rechnung getragen wird. Nach wie vor sind sie es, die für die Folgen kriminellen Verhaltens den höchsten Preis bezahlen. Das Gesetz ist seit seinem Inkrafttreten im Jahre 1993 trotz der noch relativ kurzen Geltungsdauer schon mehrfach geändert und angepasst worden. Dieser Prozess wird andauern. So sind bereits weitere Anpassungen im Bereich der Schweizerischen Strafprozessordnung in parlamentarischer Beratung, die die Stellung des Opfers weiter verbessern sollen.

Viele Autorinnen und Autoren der dritten Auflage haben sich erfreulicherweise auch zur Mitarbeit an der vierten Auflage des Kommentars bereit erklärt; einige sind neu dazugekommen, darunter ein Team des Instituts für Strafrecht und Kriminologie der Universität Bern, das im Jahr 2015 die Wirkungen des Opferhilfegesetzes in einem umfassenden Bericht evaluiert hatte. Ihnen allen sei der Dank der Herausgeber ausgesprochen. Wir danken besonders Professor Jonas Weber von der Universität Bern für sein unterstützendes Mitwirken, Sandra Müller Gmünder von der Kantonalen Opferhilfestelle Zürich für die wertvollen praktischen Hinweise und Diskussionen im Bereich der opferhilferechtlichen Genugtuung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Entschädigungsbehörden Aargau, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Bern, Luzern, Solothurn, St. Gallen, Zug und Zürich für das Aufarbeiten von Entscheidungen im Bereich der opferhilferechtlichen Genugtuung.

Die Rechtsprechung ist bis Ende Juli 2020 berücksichtigt. Berücksichtigt sind auch die Änderungen des Ergänzungsleistungsgesetzes per 1.1.2021 und die Anpassungen an die Teuerung, die der Bundesrat Mitte Oktober 2020 vollzogen hat.

Möge diese Arbeit mithelfen, dass Opfern einer Straftat die ihnen gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird und sie wirksam unterstützt werden können.

Basel und Olten, im Juli 2020

Autorenverzeichnis

AUTORINNEN UND AUTOREN (in alphabetischer Reihenfolge)
des Kommentars sind:

NICOLAI FULLIN,
lic. iur., Advokat, Fachanwalt SAV
Haftpflicht- und Versicherungsrecht

PETER GOMM (Hrsg.),
lic. iur., Rechtsanwalt und Notar,
chem. Regierungsrat

DAVID JAKOB,
MLaw, Rechtsanwalt,
Doktorand Universität Bern

RAHEL MANETSCH-IMHOLZ,
MLaw, wissenschaftl. Assistentin
und Doktorandin am Institut
für Strafrecht und Kriminologie
der Universität Bern, Polizistin mit
eidgenössischem Fachausweis

SOPHIE MARTIN DEL CIOPPA,
lic. iur., Opferhilfe beider Basel

CHRISTOPH REUT,
Dr. iur., Gerichtsschreiber
am Bundesgericht und am Militär-
appellationsgericht 2

JANN SCHAUB,
Dr. iur., Rechtsanwalt, LL.M.,
wissenschaftlicher Mitarbeiter
und Habilitand am Institut
für Strafrecht und Kriminologie
der Universität Bern, Lehrbeauftragter
FH Kalaidos ZH

NORA SCHEIDEGGER,
Dr. iur., MLaw, Oberassistentin
und Habilitandin am Institut
für Strafrecht und Kriminologie
der Universität Bern

FRANZISKA SCHNYDER,
Fürsprecherin/Rechtsanwältin,
lic. theol. et lic. iur.

NIKOLAUS TAMM,
lic. iur., Advokat

ANDREAS TRAUB,
Dr. iur., Advokat, Gerichtsschreiber
am Bundesgericht, Richter
am Appellationsgericht Basel-Stadt,
Präs. Eidg. Schätzungskommission
7. Kreis

BEATRICE VOGT,
Fürsprecherin/Rechtsanwältin,
Mediatorin SAV, Lehrtätigkeit FH
Bern Opferhilfe

ANOUEK ZEHNTNER,
MLaw, Advokatin

DOMINIK ZEHNTNER (Hrsg.),
lic. iur., Rechtsanwalt und
Notar/Advokat

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	V
Autorenverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XIII
Materialienverzeichnis (in chronologischer Reihenfolge).....	XXI
Literaturverzeichnis	XXIX

Opferhilfegesetz

Einleitung	1
-------------------------	---

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1	Grundsätze	11
Art. 2	Formen der Opferhilfe.....	35
Art. 3	Örtlicher Geltungsbereich	38
Art. 4	Subsidiarität der Opferhilfe.....	43
Art. 5	Unentgeltliche Leistungen.....	56
Art. 6	Berücksichtigung der Einnahmen bei den übrigen Leistungen.....	58
Art. 7	Übergang von Ansprüchen auf den Kanton.....	67
Art. 8	Information über die Opferhilfe und Meldung	77

2. Kapitel: Leistungen der Beratungsstellen

1. Abschnitt: Beratungsstellen

Art. 9	Angebot.....	81
Art. 10	Akteneinsicht	86
Art. 11	Schweigepflicht.....	89

2. Abschnitt: Hilfe der Beratungsstellen und Kostenbeiträge

Art. 12	Beratung.....	101
Art. 13	Soforthilfe und längerfristige Hilfe	105
Art. 14	Umfang der Leistungen.....	111
Art. 15	Zugang zu den Beratungsstellen.....	125
Art. 16	Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe Dritter	128

3. Abschnitt: Straftat im Ausland

Art. 17		131
---------	-------	-----

4. Abschnitt: Kostenverteilung zwischen den Kantonen

Art. 18		136
---------	-------	-----

3. Kapitel: Entschädigung und Genugtuung durch den Kanton

1. Abschnitt: Entschädigung

Art. 19	Anspruch.....	139
Art. 20	Festsetzung.....	152
Art. 21	Vorschuss.....	168

2. Abschnitt: Genugtuung

Art. 22	Anspruch.....	176
Art. 23	Festsetzung.....	185

3. Abschnitt: Gemeinsame Bestimmungen

Art. 24	Gesuch	216
Art. 25	Fristen	220
Art. 26	Zuständiger Kanton.....	229
Art. 27	Herabsetzung oder Ausschluss der Entschädigung und der Genugtuung.....	234
Art. 28	Zinsen.....	245
Art. 29	Verfahren	247

4. Kapitel: Befreiung von Verfahrenskosten

Art. 30		261
---------	-------	-----

5. Kapitel: Finanzielle Leistungen und Aufgaben des Bundes

Art. 31	Ausbildung.....	265
Art. 32	Ausserordentliche Ereignisse	270
Art. 33	Evaluation	273

6. Kapitel

(Art. 34–44 aufgehoben)

7. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 45	Rechtsetzungsbefugnisse des Bundesrates	277
Art. 46	Aufhebung bisherigen Rechts	280
Art. 47	Änderung bisherigen Rechts	281
Art. 48	Übergangsbestimmungen.....	282
Art. 49	Koordination des vorliegenden Gesetzes (neues OHG) mit dem Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (neues ELG)	286

Opferrechtliche Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches

Art. 53	Wiedergutmachung	288
Art. 55a	Sistierung und Einstellung des Verfahrens. Ehegatte, eingetragene Partnerin, eingetragender Partner oder Lebenspartner als Opfer	304
Art. 92a	Informationsrecht	322

Opferrechtliche Bestimmungen der Schweizerischen Strafprozessordnung

Art. 68	Übersetzungen	335
Art. 70	Einschränkungen und Ausschluss der Öffentlichkeit	340
Art. 74	Orientierung der Öffentlichkeit	348
Art. 75	Mitteilung an andere Behörden	354
Art. 116	(Opfer) Begriffe	359
Art. 117	(Opfer) Stellung	364
Art. 118	(Privatklägerschaft) Begriff und Voraussetzungen	370
	<i>Vorbemerkungen zu Art. 122 Abs. 2 StPO</i>	387
Art. 122	(Zivilklage) Allgemeine Bestimmungen	403
	<i>Vorbemerkungen zu Art. 126 Abs. 4 StPO</i>	405
Art. 126	Entscheid.	417
Art. 146	Einvernahme mehrerer Personen und Gegenüberstellungen	421
Art. 147	Im Allgemeinen	421
Art. 149	Schutzmassnahmen	425
Art. 152	Allgemeine Massnahmen zum Schutz von Opfern	431
Art. 153	Besondere Massnahmen zum Schutz von Opfern von Straftaten gegen die sexuelle Integrität	432
Art. 154	Besondere Massnahmen zum Schutz von Kindern als Opfern	437
Art. 169	Zeugnisverweigerungsrecht zum eigenen Schutz oder zum Schutz nahe stehender Personen	451
Art. 173	Zeugnisverweigerungsrecht bei weiteren Geheimhaltungspflichten ...	455
Art. 214	Benachrichtigung	457
Art. 251	(Untersuchung von Personen) Grundsatz	462
Art. 255	(DNA-Analysen) Voraussetzungen im Allgemeinen	471
Art. 305	Information des Opfers und Meldung	476
Art. 330	Vorbereitung der Hauptverhandlung	477
Art. 314	Sistierung	492
Art. 321	Mitteilung	492
Art. 327	Zustellung der Anklage	493
Art. 319	Gründe	499
Art. 335	Zusammensetzung des Gerichts	504

Opferrechtliche Bestimmungen des Militärstraßprozesses

	<i>Vorbemerkungen MStP</i>	507
Art. 84a ^{bis}	Opfer und ihre Angehörigen.....	539
Art. 84a ^{ter}	Grundsätze	542
Art. 84b	Information des Opfers und Meldung	545
Art. 84g	Zivilansprüche.....	552
Art. 163	Geltendmachung	559
Art. 163a	Bezifferung und Begründung	571
Art. 164	Zuständigkeit und Verfahren.....	575

Polizeiliche Schutzmassnahmen bei häuslicher Gewalt

	Grundlagen «Häusliche Gewalt»	583
	Polizeiliche Schutzmassnahmen	596
	Notwendiges Zusammenwirken der Rechtsgebiete.....	628
	Exkurs: Stalking.....	630
	Schlussbetrachtung und Ausblick	632
	 Stichwortverzeichnis.....	 637

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angeführten Ort
a.M.	anderer Meinung
ABl	Amtliches Bulletin
Abs.	Absatz
aBV	Bundesverfassung vom 29. Mai 1874
Ada	Angehöriger der Armee
aELG	Bundesgesetz vom 19. März 1965 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (SR 831.30)
AGVE	Sammlung aargauischer Gerichts- und Verwaltungsentscheide
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.10)
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
AJP	Zeitschrift für die Aktuelle Juristische Praxis
Anm.	Anmerkung
aOHG	Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (SR 312.5)
aOHV	Verordnung 18. November 1992 über die Hilfe an Opfer von Straftaten
Art.	Artikel (SR 312.51)
AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen
AT	Allgemeiner Teil
ATSG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR 830.1)
Aufl.	Auflage
BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
betr.	betreffend
BGE	Leitentscheide des Schweizerischen Bundesgerichts
BGer	Nicht aus der Amtlichen Sammlung zitierter Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichts
BGG	Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht (SR 173.110)
BJM	Basler Juristische Mitteilungen, Basel
BK	Berner Kommentar
BLVGE	Basellandschaftliche Verwaltungsgerichtsentscheide
BR	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland

Abkürzungsverzeichnis

BSK	Basler Kommentar
bspw.	beispielsweise
BStP	Bundesgesetz vom 15. Juni 1934 über die Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0)
BSV	Verordnung über die Schifffahrt auf schweizerischen Gewässern (SR 747.201.1)
BT	Besonderer Teil
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVerfGE	Entscheidungen des (deutschen) Bundesverfassungsgerichts
BVG	Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 831.40)
BVGE	Entscheidungen der amtlichen Sammlung des Bundesverwaltungsgerichts
BVGer	Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts
BVR	Bernische Verwaltungsrechtsprechung
bzw.	beziehungsweise
CETEL	Centre d'Etude, de Technique et d'Evaluation Législatives
d.h.	das heisst
DDI SO	Département des Innern des Kantons Solothurn
DISG LU	Dienststelle Soziales und Gesellschaft des Kantons Luzern
Diss.	Dissertation
DNA	Desoxyribonukleinsäure
DANN-P-G	Bundesgesetz über die Verwendung von DNA-Profilen in Strafverfahren zur Identifizierung von unbekannten oder vermissten Personen (SR 363)
DRA	Dienstreglement der Armee vom 22. Juni 1994 (SR 510.107.0)
DSG	Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (SR 235.1)
E.	Erwägung
EDA	Eidgenössisches Département für auswärtige Angelegenheiten
EG	Europäische Gemeinschaft
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
ELG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (SR 831.30)
ELV	Verordnung vom 15. Januar 1971 zum ELG (SR 831.301)
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention) vom 4. November 1950 (SR 0.101)
eStPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007
EU	Europäische Union

EÜ	Europäisches Übereinkommen über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten vom 24. November 1983
f.	folgende
ff.	fortfolgende
Fn.	Fussnote
GEF BE	Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern
GestG	Bundesgesetz vom 24. März 2000 über den Gerichtsstand in Zivilsachen (SR 272)
gl.M.	gleicher Meinung
HAVE	Zeitschrift Haftung und Versicherung
HIV	Humanes Immundefizienz-Virus
Hrsg.	Herausgeber
i.d.R.	In der Regel
i.S.	in Sachen/im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
insb.	insbesondere
IPRG	Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (SR 291)
IV	eidgenössische Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (SR 831.20)
JGK BE	Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern
JPD SG	Justizdepartement des Kantons Sankt Gallen
KVG	Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (SR 832.10)
LAVI	Loi fédérale du 23 mars 2007 sur l'aide aux victimes d'infractions (SR 312.5)
LFG	Bundesgesetz über die Luftfahrt vom 21.12.1948 (SR 748.0)
lit.	litera (Buchstabe)
LugÜ	Übereinkommen vom 16. September 1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handels-sachen (SR 0.275.11)
LWS	Lendenwirbelsäule
m.a.W.	Mit anderen Worten
m.w.N	Mit weiteren Nachweisen
m.w.V.	Mit weiteren Verweisen
MAG	Entscheid des Militärappellationsgerichts
MG	Bundesgesetz über die Armee und Militärverwaltung vom 3. Februar 1995 (SR 510.10)
MilGer	Entscheid des Militärgerichts

Abkürzungsverzeichnis

MJV	Verordnung über die Militärjustiz vom 22.11.2017 (SR516.41)
MKGE	Entscheidungen des Militärkassationsgerichtes
MStG	Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927 (SR 321)
MStGO	Militärstrafgerichtsordnung (mit Einführung der MStP ausser Kraft gesetzt)
MStP	Militärstraßprozess vom 23. März 1979 (SR 322.1)
MStV	Verordnung über die Militärstrafrechtspflege vom 24. Oktober 1979 (SR 322.2)
MVG	Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über die Militärversicherung (SR 833.1)
N	Note
NFA	Bundesbeschluss vom 2. Oktober 2003 zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen
NR	Nationalrat
Nr.	Nummer
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OH!	Zeitschrift für Opferhilfe in der Praxis
OHG	Bundesgesetz vom 23. März 2007 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (SR 312.5)
OHV	Verordnung vom 27. Februar 2008 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (SR 312.51)
OR	Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches/Obligationenrecht (SR 220)
PKG	St. Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis
PolG-AG	Gesetz über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG) des Kantons Aargau vom 6. Dezember 2005 (Stand 1. August 2018), SAR 531.200
PolG-AI	Polizeigesetz (PolG) des Kantons Appenzell Innerrhoden vom 29. April 2001 (Stand 1. Januar 2020), GS 550.000
PolG-AR	Polizeigesetz des Kantons Appenzell Ausserrhoden vom 13. Mai 2002 (Stand 1. Januar 2016), BGS 521.1
PolV-AR	Verordnung zum Polizeigesetz des Kantons Appenzell Ausserrhoden vom 10. Dezember 2002 (Stand 1. Januar 2016), BGS 521.11
PolG-BE	Polizeigesetz (PolG) des Kantons Bern vom 10. Februar 2019 (Stand 1. Januar 2020), BSG 551.1
RStG-BE	Gesetz über die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter (RStG) vom 28. März 2006 (Stand 1. April 2018), BGS 152.321
PolG-BL	Polizeigesetz (PolG) des Kantons Basel-Landschaft vom 28. November 1996 (Stand 1. Januar 2018), SGS 700

StPO-BL	Gesetz betreffend die Strafprozessordnung (StPO) des Kantons Basel-Landschaft vom 3. Juni 1999, GS 33.0825 (ausser Kraft)
PolG-BS	Gesetz betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz, PolG) vom 13. November 1996 (Stand 1. Juli 2020), SG 510.100
PolV-BS	Verordnung betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeiverordnung, PolV) vom 3. Juni 1997 (Stand 1. Juli 2020), SG 510.110
EGZGB-FR	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGZGB) des Kantons Freiburg vom 10. Februar 2012 (Stand 1. Juli 2015), SGF 210.1
PolG-FR	Gesetz über die Kantonspolizei (PolG) des Kantons Freiburg vom 15. November 1990 (Stand 1. Juli 2020), SGF 551.1
PolG-GL	Polizeigesetz (PolG) des Kantons Glarus vom 6. Mai 2007 (Stand 1. Januar 2017), GS V A/11/1
PolG-GR	Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG) vom 20. Oktober 2004 (Stand 1. Januar 2019), BR 613.000
PolV-GR	Polizeiverordnung (PolV) des Kantons Graubünden vom 21. Juni 2005 (Stand 1. Oktober 2019), BR 613.100
EGZGB LU	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGZGB) des Kantons Luzern vom 20. November 2000 (Stand 1. Januar 2019), SRL 200
PolG-LU	Gesetz über die Luzerner Polizei (PolG) vom 27. Januar 1998 (Stand 1. Januar 2020), SRL 350
PolV-LU	Verordnung über die Luzerner Polizei (PolV) vom 6. April 2004 (Stand 1. Januar 2020), SRL 351
PSchG-NW	Gesetz zum Schutz der Persönlichkeit (Persönlichkeitsschutzgesetz, PSchG) des Kantons Nidwalden vom 25. Juni 2008, SR 211.2
PolG-NW	Gesetz über das Polizeiwesen (Polizeigesetz, PolG) des Kantons Nidwalden vom 11. Juni 2014, SR 911.1
PolG-OW	Polizeigesetz des Kantons Obwalden vom 11. März 2010 (Stand 1. März 2015), GDB 510.1
GShG-OW	Gesetz über den Schutz bei häuslicher Gewalt des Kantons Obwalden vom 21. Mai 2010 (Stand 1. März 2015), GDB 510.6
PolG-SG	Polizeigesetz des Kantons St. Gallen vom 10. April 1980 (Stand 1. Juli 2020), sGS 451.1
PolG-SH	Polizeigesetz des Kantons Schaffhausen vom 21. Februar 2000, SHR 354.100
PolG-SO	Gesetz über die Kantonspolizei des Kantons Solothurn vom 23. September 1990 (Stand 1. September 2019), BGS 511.11
PolDaVO-SO	Verordnung über die polizeiliche Datenerhebung, -bearbeitung und -speicherung (PolDaVO) vom 1. April 2003 (Stand 1. Januar 2016), BGS 511.13
PolG-SZ	Polizeigesetz (PolG) des Kantons Schwyz vom 22. März 2000, SRSZ 520.110

Abkürzungsverzeichnis

PolG-TG	Polizeigesetz (PolG) des Kantons Thurgau vom 9. November 2011 (Stand 1. Juli 2012), RB 551.1
PolG-UR	Polizeigesetz (PolG) des Kantons Uri vom 30. November 2008 (Stand 1. Januar 2014), RB 3.8111
GhG-VS	Gesetz über häusliche Gewalt (GhG) des Kantons Wallis vom 18. Dezember 2015 (Stand 1. Januar 2017), SGS 550.6
VhG-VS	Verordnung über häusliche Gewalt (VhG) des Kantons Wallis vom 14. September 2016 (Stand 1. Januar 2017), SGS 550.600
PolG-VS	Gesetz über die Kantonspolizei (PolG) des Kantons Wallis vom 11. November 2016 (Stand 1. Januar 2020), SGS 550.1
PolG-ZG	Polizeigesetz des Kantons Zug vom 30. November 2006 (Stand 1. Januar 2019), BGS 512.1
GSG-ZH	Gewaltschutzgesetz (GSG) des Kantons Zürich vom 19. Juni 2006, LS 351
PolG-ZH	Polizeigesetz (PolG) des Kantons Zürich vom 23. April 2007, LS 550.1
Pr	Die Praxis des Bundesgerichts, Monatliche Berichte über die wichtigsten Entscheide des schweizerischen Bundesgerichts, Basel
RBOG	Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Thurgau
resp.	respektiv
rev.	revidiert
RFJ	Revue fribourgeoise de jurisprudence
RJN	Recueil de Jurisprudence Neuchâteloise
RKUV	Kranken- und Unfallversicherung: Rechtsprechung und Verwaltungspraxis (Publikation des BSV, Bern)
Rz.	Randziffer
s.	siehe
S.	Seite
SJ	Semaine Judiciaire
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung, Zürich
SKOS	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
SKV	Verordnung über die Kontrolle des Strassenverkehrs vom 28. März 2007 (SR 741.013)
SprstG	Bundesgesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz vom 25. März 1977 (SR 941.41)
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
StPO	Strafprozessordnung
SUVA	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt Luzern
SVG	Bundesgesetz vom 19. Dezember 1958 über den Strassenverkehr (SR 741.01)

SVK-OHG	Schweizerische Verbindungsstellen-Konferenz OHG
SVZ	Schweizerische Versicherungszeitschrift, Bern/Frankfurt a.M./London/New York/Paris
u.a.	unter anderem/n
u.Ä.	und Ähnliches
UBS	Union Bank of Switzerland
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
usw.	und so weiter
UVG	Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (SR 832.20)
UVV	Verordnung vom 20. Dezember 1982 über die Unfallversicherung (SR 832.202)
VE	Vorentwurf
vgl.	vergleiche
VMSV	Verordnung über den militärischen Strassenverkehr vom 11. Februar 2008 (SR 510.710)
VPA	Verordnung über die Polizeibefugnisse der Armee vom 26. Oktober 1994 (SR 510.32)
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden
VVG	Bundesgesetz vom 2. April 1908 über den Versicherungsvertrag (SR 221.229.1)
VwVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (SR 172.021)
WSA	Wangenschleimhautabstrich
ZAG	Bundesgesetz über die Anwendung polizeilichen Zwangs und polizeilicher Massnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes vom 20. März 2008 (SR 364)
z.B.	zum Beispiel
ZBl	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
Ziff.	Ziffer
ZK	Zürcher Kommentar
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (SR 272)
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung, Zürich

Materialienverzeichnis (in chronologischer Reihenfolge)

- Botschaft über die Änderung des Militärstrafgesetzes und die Totalrevision der Militärstrafgerichtsordnung vom 7. März 1977, BBl 1977 II 1 ff. (zit.: Botschaft MStP)
- Botschaft zur Volksinitiative «zur Entschädigung der Opfer von Gewaltverbrechen» vom 6. Juli 1983, BBl 1983 III 869 ff. (zit.: Botschaft Volksinitiative)
- Conseil de l'Europe, Convention européenne relative au dédommagement des victimes d'infractions violentes: Rapport explicatif, Strasbourg 1984 (zit.: Rapport explicatif)
- Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten gegen Leib und Leben vom 12. August 1986 (zit.: VE aOHG)
- Schlussbericht der Studienkommission zur Ausarbeitung eines Vorentwurfs zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten gegen Leib und Leben vom 23. Dezember 1986 (zit.: Schlussbericht Studienkommission)
- Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten und zu einem Bundesbeschluss über das Europäische Übereinkommen über die Entschädigung von Opfern von Gewalttaten vom 25. April 1990, BBl 1990 II 961 ff. (zit.: Botschaft aOHG)
- Botschaft des Bundesrates zum Bundesgesetz über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekannten und vermissten Personen vom 8. November 2000 [Botschaft], BBl 2001 29 ff. (Botschaft DNA-Profil-Gesetz)
- Botschaft betreffend das Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung sowie den Bundesbeschluss über die Organisation der Armee vom 8. September 1993, BBl 1993 IV 1 ff. (zit.: Botschaft MG Hilfe an Opfer von Straftaten: Erster Bericht des Bundesamts für Justiz an den Bundesrat über den Vollzug und die Wirksamkeit der Opferhilfe (1993–1994), Bern 1996 (zit.: Erster Bericht)
- Bericht der Expertenkommission zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts «Aus 29 mach 1», Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, Bern 1997 (zit.: Bericht Expertenkommission StPO)
- Hilfe an Opfer von Straftaten: Zweiter Bericht des Bundesamts für Justiz an den Bundesrat über den Vollzug und die Wirksamkeit der Opferhilfe (1993–1996), Bern 1998 (zit.: Zweiter Bericht)
- Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Allgemeine Bestimmungen, Einführung und Anwendung des Gesetzes) und des Militärstrafgesetzes sowie zu einem Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht vom 21. September 1998, BBl 1999 II 1979 (zit.: BBl 1999 II 1979). Hilfe an Opfer von Straftaten: Dritter Bericht des Bundesamts für Justiz an den Bundesrat über den Vollzug und die Wirksamkeit der Opferhilfe (1993–1998), Bern 2000 (zit.: Dritter Bericht)
- Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 23. August 1999 zur Parlamentarischen Initiative Sexuelle Ausbeutung von Kindern. Verbesserter Schutz, BBl 2000 3744 ff. (zit.: Bericht Kommission NR 1999)
- Stellungnahme des Bundesrates zum Bericht vom 23. August 1999 der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates «Änderung des Opferhilfegesetzes. Verbesserung des Schutzes von

- Opfern unter 16 Jahren» vom 20. März 2000, BBl 2000 3766 ff. (zit.: Stellungnahme Bundesrat 2000)
- Zwischenbericht der Expertenkommission für die Revision des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten/Stellungnahme und Vorschläge zum Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über die Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Februar 2001 (zit.: Zwischenbericht Expertenkommission)
- Begleitbericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zum Vorentwurf für eine Schweizerische Strafprozessordnung, Bern 2001 (zit.: Begleitbericht VE StPO)
- Vorentwurf der Expertenkommission für die Revision des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 25. Juni 2002 (zit.: VE OHG)
- Erläuternder Bericht der Expertenkommission für die Revision des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 25. Juni 2002 (zit.: Bericht Expertenkommission OHG) Stellungnahme des Bundesrates vom 19. Februar 2003 zu 96.464 Parlamentarische Initiative Gewalt gegen Frauen als Officialdelikt, Revision von Artikel 123 StGB, zu 96.465
- Parlamentarische Initiative Sexuelle Gewalt in der Ehe als Officialdelikt Revision von Artikel 189 und 190 StGB, Bericht vom 28. Oktober 2002 der Kommission für Rechtsfragendes Nationalrates, BBl 2003 1937 (zit.: Stellungnahme BR, BBl 2003 1937).
- Hilfe an Opfer von Straftaten: Dritter Bericht des Bundesamts für Justiz an den Bundesrat über den Vollzug und die Wirksamkeit der Opferhilfe (1993–1998), Bern 2000 (zit.: Dritter Bericht)
- Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 23. August 1999 zur Parlamentarischen Initiative Sexuelle Ausbeutung von Kindern. Verbesserter Schutz, BBl 2000 3744 ff. (zit.: Bericht Kommission NR 1999)
- Stellungnahme des Bundesrates zum Bericht vom 23. August 1999 der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates «Änderung des Opferhilfegesetzes. Verbesserung des Schutzes von Opfern unter 16 Jahren» vom 20. März 2000, BBl 2000 3766 ff. (zit.: Stellungnahme Bundesrat 2000)
- Zwischenbericht der Expertenkommission für die Revision des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten/Stellungnahme und Vorschläge zum Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über die Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Februar 2001 (zit.: Zwischenbericht Expertenkommission)
- Begleitbericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zum Vorentwurf für eine Schweizerische Strafprozessordnung, Bern 2001 (zit.: Begleitbericht VE StPO)
- Vorentwurf der Expertenkommission für die Revision des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 25. Juni 2002 (zit.: VE OHG)
- Erläuternder Bericht der Expertenkommission für die Revision des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 25. Juni 2002 (zit.: Bericht Expertenkommission OHG)
- Stellungnahme des Bundesrates vom 19. Februar 2003 zu 96.464 Parlamentarische Initiative Gewalt gegen Frauen als Officialdelikt Revision von Artikel 123 StGB, zu 96.465 Parlamentarische Initiative Sexuelle Gewalt in der Ehe als Officialdelikt Revision von Artikel 189 und 190 StGB, Bericht vom 28. Oktober 2002 der Kommission für Rechtsfragendes Nationalrates, BBl 2003 1937 (zit.: Stellungnahme BR, BBl 2003 1937).

- Botschaft zur Änderung des Militärstrafprozesses (Zeugenschutz) vom 22. Januar 2003, BBl 2003 767 ff. (zit.: Botschaft Zeugenschutz)
- Parlamentarische Initiative. Gewalt gegen Frauen als Officialdelikt. Revision von Artikel 123 StGB. Parlamentarische Initiative. Sexuelle Gewalt in der Ehe als Officialdelikt. Revision von Artikel 189 und 190 StGB. Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 28. Oktober 2002, BBl 2003 1909 (zit.: Bericht NR, BBl 2003 1909).
- Parlamentarische Initiative Schutz vor Gewalt im Familienkreis und in der Partnerschaft, Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 18. August 2005, BBl 2005 6871 ff. (zit.: Bericht RK-NR)
- Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens zum Vorentwurf der Expertenkommission zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 22. August 2003 (zit.: Vernehmlassung Totalrevision OHG)
- Kanton Basel-Landschaft, Regierungsrat. Vorlage an den Landrat, Wegweisung und Betreuungsverbot sowie Polizeigewahrsam bei häuslicher Gewalt; Änderung des Polizeigesetzes, des Gerichtsorganisationsgesetzes sowie des Personaldekrets vom 22. März 2005 (zit.: BL Vorlage Landrat 2005)
- Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 9. November 2005, BBl 2005 7165 ff. (zit.: Botschaft Totalrevision OHG)
- Botschaft zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts vom 21. Dezember 2005, BBl 2005 1085 ff. (zit.: Botschaft StPO BBl 2005 1085)
- Das Opferhilfegesetz vom 23. März 2007, Informationen des Bundesamts für Justiz zuhanden der Kantone vom 26. Mai 2008 (zit.: Informationen OHG)
- Leitfaden zur Bemessung der Genugtuung nach Opferhilfegesetz, Bundesamt für Justiz BS, Oktober 2008 und 2019 (zit.: Leitfaden Genugtuung 2008/2019)
- Motion 09.4095 «Abschaffung der Militärjustiz», eingereicht von Hans Widmer am 9. Dezember 2009 (zit.: Motion WIDMER)
- Protokolle der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates/Nationalrates (zit.: Protokoll KR SR/NR vom [Datum])
- Empfehlungen der Schweizerischen Verbindungsstellen-Konferenz zur Anwendung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG), 3. überarbeitete Auflage (2010) vom 21. Januar 2010, mit Anhängen und fachtechnischen Empfehlungen 2013–2020, <https://www.sodk.ch/de/fachkonferenzen/svk-ohg/opferhilfe-empfehlungen/> (zit.: Empfehlungen SVK-OHG)
- Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 30. April 2010 zur parlamentarischen Initiative Verbot von sexuellen Verstümmelungen, BBl 2010 5651 ff. (zit.: Bericht Kommission NR 2010)
- Fachtechnische Empfehlungen SVK-OHG zur Kostenverteilung zwischen den Kantonen bei Beratungen ausserhalb des Wohnsitzkantons vom 14. Oktober 2010, aktualisiert am 3. November 2013, abrufbar unter <https://www.sodk.ch/de/fachkonferenzen/svk-ohg/opferhilfe-empfehlungen/>

- Fachtechnische Empfehlungen SVK-OHG zur freien Wahl der Opferberatungsstelle und zur Zuständigkeit für finanzielle Leistungen vom 14. Oktober 2010, Version vom 22. Oktober 2016, abrufbar unter <https://www.sodk.ch/de/fachkonferenzen/svk-ohg/opferhilfe-empfehlungen/>
- Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, Häusliche Gewalt – Informationsblatt 3, Gewaltspirale, Täter/-innen- und Opfertypologien: Konsequenzen für Beratung und Intervention, Oktober 2012 (zit.: EBG Informationsblatt 3)
- Parlamentarische Initiative, Schaffung wichtiger Informationsrechte des Opfers, Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 7. November 2013, BBl 2014 889 (zit.: Bericht NR, BBl 2014 889).
- Fachtechnische Empfehlungen SVK-OHG zur Konkretisierung des Anspruchs auf Kostenübernahme für Hilfeleistungen in der Schweiz vom 25. November 2013, abrufbar unter <https://www.sodk.ch/de/fachkonferenzen/svk-ohg/opferhilfe-empfehlungen/>
- Botschaft zum Bundesgesetz über die Verbesserungen beim Informationsaustausch zwischen Behörden im Umgang mit Waffen vom 13.12.2013, BBl 2014 303
- Kanton Zürich, IST Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt, Häusliche Gewalt – Manual für Fachleute, 1. Januar 2014 (abrufbar unter http://www.rwi.uzh.ch/elt-ist-buechler/famr/docs/HaeuslicheGewalt_Manual.pdf), zuletzt besucht am 10.6.2020) (zit.: IST)
- Parlamentarische Initiative 09.430: Schaffung wichtiger Informationsrechte des Opfers. Stellungnahme des Bundesrates zum Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 15. Januar 2014, BBl 2014 913–920 (zit.: Stellungnahme BR)
- Recommendation CM/Rec(2014)4 of the Committee of Ministers to member States on electronic monitoring vom 19. Februar 2014 (zit.: Rec(2014)4)
- Botschaft zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee vom 3. September 2014, BBl 2014 6955 ff. (zit.: Botschaft WEA)
- Schweizerische Kriminalprävention SKP, Kantonales Bedrohungsmanagement: Situationsanalyse, Auswertung der kantonalen Umfrage mit ersten Folgerungen, Kurzfassung, Bern, 2015 (zit.: SKP Situationsanalyse)
- Vernehmlassungsantwort Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter SVR, Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen vom 26. Januar 2015
- Bericht des Bundesrates zur Motion 09.3059 Heim, Eindämmung der häuslichen Gewalt vom 28. Januar 2015 (zit.: Bericht Motion Heim)
- Vernehmlassungsantwort Kinderschutz Schweiz Bern, Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen vom 29. Januar 2015 (zit.: Stellungnahme Kinderschutz Schweiz). asm.ch/de/index_html_files/Vernehmlassung%20Gewaltschutz.pdf (zit.: Stellungnahme SVR)
- Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Kindesschutz) vom 15.4.2015, BBl 2015 3431
- Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zur Parlamentarischen Initiative 10.417: Militärstraßprozess, Ausdehnung der Rechte der Geschädigten, vom 25. Juni 2015, BBl 2015 6059 ff. (Bericht LÜSCHER)

- Regierungsratsbeschluss des Kantons Zürich, Nr. 1005, Fachstelle für Forensisches Assessment und Fallmanagement (Überführung des Pilotprojekts in den Regelbetrieb), 28. Oktober 2015 (zit.: ZH RRB 1005/2015)
- Evaluation des Opferhilfegesetzes vom 21. Dezember 2015, Institut für Strafrecht und Kriminologie (ISK), Schanzeneckstrasse 1, Postfach 8573, 3001 Bern (zit.: Evaluation Opferhilfegesetz)
- Vernehmlassungsantwort des Kantons Bern zum Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen vom 20. Januar 2016 (zit.: Stellungnahme Bern).
- Parlamentarische Initiative, Modifizierung von Art. 53 StGB (10.519), Vorentwurf und erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 13. Oktober 2016 (zit.: Bericht NR 2016)
- Bundesamt für Justiz, Medienmitteilung vom 3.7.2019, Besserer Schutz vor häuslicher Gewalt und Stalking (zit.: Medienmitteilung BJ vom 3.7.2019)
- Bundesamt für Justiz, Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen, Bericht über das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens, 17. Juli 2017, (zit.: Bericht BJ Vernehmlassungsverfahren)
- Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, Häusliche Gewalt – Informationsblatt 1, Definitionen, Formen und Folgen häuslicher Gewalt, September 2017 (zit.: EBG Informationsblatt 1)
- Der Bundesrat, Bedrohungsmanagement, insbesondere bei häuslicher Gewalt, Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates Feri 13.3441 vom 13.06.2013, vom 11. Oktober 2017 (zit.: Bericht BR Bedrohungsmanagement)
- Der Bundesrat, Stalking bekämpfen, Übersicht zu Massnahmen in der Schweiz und im Ausland, Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates Feri 14.4204 vom 11. Dezember 2014, Bern, 11 Oktober 2017 (zit.: Bericht BR Stalking)
- Stellungnahme des Bundesrates zur Parlamentarischen Initiative zur Parlamentarischen Initiative 10.417: Militärstraftprozess, Ausdehnung der Rechte der Geschädigten, vom 21. Oktober 2015, BBI 2015 7711 ff. (zit.: BR Stellungnahme LÜSCHER)
- Kanton Basel-Landschaft, Regierungsrat, Vorlage an den Landrat, Änderung des Polizeigesetzes, des Gesundheitsgesetzes und des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung: Bedrohungsmanagement, Entbindung von der Schweigepflicht vom 1. November 2016 (zit.: BL Vorlage Landrat 2016)
- Kanton Zug, Änderung des Polizeigesetzes vom 30. November 2006 (BGS 512.1), Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 28. März 2017, 2733.1–15416 (zit.: ZG Änderung PolG, Bericht und Antrag RR)
- Kanton Obwalden, Sicherheits- und Justizdepartement SJD, Sozialamt SA, Arbeitsgruppe Runder Tisch «Häusliche Gewalt», Informationsbroschüre, Stopp Gewalt!, Ausweisung und Betretungsverbot gemäss Gesetz über den Schutz bei häuslicher Gewalt vom 21. Mai 2010 (Stand 01.03.2015), Zivilrechtliche Schutzmassnahmen bei einer Persönlichkeitsverletzung nach Art. 28b ZGB, Sarnen, 24. Februar 2011, aktualisiert 27. Juni 2017 (abrufbar unter <<https://www.ow.ch/de/kanton/publiert/broschueren/?action=info&pubid=1071>>, zuletzt besucht am 1.7.2020) (zit.: OW Informationsbroschüre)

- Kanton Bern, Anträge des Regierungsrates und der Kommission, Polizeigesetz (PolG) vom 5. Juli 2017 (zit.: BE Anträge RR)
- Botschaft zum Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen vom 11. Oktober 2017, BBl 2017 7307 ff. (zit.: BBl 2017 7307)
- Kanton Schaffhausen, Vernehmlassungsvorlage, Erläuternder Bericht betreffend Polizeigesetz (zit.: SH Bericht Vernehmlassungsvorlage)
- Botschaft zur Genehmigung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) vom 2. Dezember 2016, BBl 2017 185 (zit.: BBl 2017 185).
- Kanton Schaffhausen, Finanzdepartement, Neues Polizeigesetz; Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung, 9. Januar 2018 (zit.: SH Bericht Ergebnisse)
- Kantonsrat St. Gallen, XIII. Nachtrag zum Polizeigesetz, Botschaft und Entwurf der Regierung vom 2. Juli 2019, 22.19.07 (zit.: SG Botschaft)
- Bericht zur Änderung des DNA-Profil-Gesetzes (Umsetzung der Motion 15.4150 Vitali «Kein Täterschutz für Mörder und Vergewaltiger» und des Postulats 16.3003 der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates «Prüfung der Aufbewahrungsfristen für DNA-Profile») vom August 2019 (zit.: Bericht Änderung DNA-Profil-Gesetz)
- Kanton Schwyz, Medienmitteilung vom 4. Juli 2019, Teilrevision des Polizeigesetzes, Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens (abrufbar unter <<https://www.sz.ch/behoerden/vernehmlassungen/medieninformation-teilrevision-polizeigesetz.html/72-416-376-6644>>, zuletzt besucht am 28.6.2020) (zit.: SZ Medienmitteilung vom 4.7.2019)
- Kanton Glarus, Infoblatt Kantonspolizei Glarus, Kantonales Bedrohungsmanagement (abrufbar unter <https://www.gl.ch/public/upload/assets/4434/Infoblatt_KBM_Juli_2017.pdf>, zuletzt besucht am 29.6.2020) (zit.: GL Infoblatt)
- Evaluationsbericht Lernprogramm gegen häusliche Gewalt 2016-2017, Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt Basel-Landschaft, Liestal 2018 (zit.: Evaluationsbericht Basel-Landschaft)
- Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 3. Mai 2018, BBl 2018 3757 (zit.: Bericht NR, BBl 2018 3757.)
- Botschaft zur Änderung der Strafprozessordnung (Umsetzung der Motion 14.3383, Kommission für Rechtsfragen des Ständerats, Anpassung der Strafprozessordnung) vom 28. August 2019, BBl 2019 6697 ff. (zit.: Botschaft Teilrevision StPO)
- Informationsblatt Häusliche Gewalt Nr. 3 EBG (zit.: Informationsblatt EBG Nr. 3), Informationsblatt Häusliche Gewalt Nr. 6 EBG (zit.: Informationsblatt EBG Nr. 6), Informationsblatt Häusliche Gewalt Nr. 19 EBG (zit.: Informationsblatt EBG Nr. 19), alle abrufbar unter: <<https://www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/dokumentation/Publications/publikationen-zu-gewalt/informationsblaetter-haeusliche-gewalt.html>>
- Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, Regierungsratsbeschluss vom 18. September 2018, Nr. 18.1285.01, Ratschlag zur Revision des Gesetzes betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz, PolG) und Bericht zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend «Ausarbeitung eines Gewaltschutzgesetzes für den Kanton Basel-Stadt» sowie Be-

- richt zum Anzug Ursula Metzger und Konsorten betreffend «Einfügung einer Legaldefinition der häuslichen Gewalt im Polizeigesetz» (zit.: BS RRB 18.1285.01)
- Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, Häusliche Gewalt – Informationsblatt 11, Häusliche Gewalt in der Schweizer Gesetzgebung, Januar 2019 (zit.: EBG Informationsblatt 11)
- Kanton Freiburg, Sicherheits- und Justizdirektion SJD, Erläuternder Bericht zum Vorentwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei, Januar 2019 (zit.: FR Bericht Vorentwurf).
- Regierungsrat des Kantons Schwyz, Beschluss Nr. 48/2020, Schwyz, 28. Januar 2020, Teilrevision Polizeigesetz, Bericht und Vorlage an den Kantonsrat (zit.: SZ Bericht Regierungsrat)
- Kanton Aargau, Regierungsrat, Botschaft an den Grossen Rat 20.35, Gesetz über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG); Änderung, Bericht und Entwurf zur 1. Beratung, 12. Februar 2020 (zit.: AG Botschaft)
- Zürcher Lernprogramme. Merkblatt für Staatsanwaltschaften und Gerichte im Kanton Zürich v. 1.8.2019 (zit.: Merkblatt Zürcher Lernprogramme)
- Opferhilfe und Sozialhilfe, eine Gegenüberstellung der Leistungen mit Anwendungshinweisen für einzelne Schnittstellenbereiche, Grundlagenpapier der SVK-OHG und der SKOS vom 18.9.2018 (zit.: Opferhilfe und Sozialhilfe, SVK-OHG/SKOS)
- Empfehlung des Ministerkomitees des Europarates CM/Rec(2018)8 über Restorative Justice in Strafsachen (zit.: Europarat, CM/Rec[2018]8 vom 3. Oktober 2019) und Rec[99]19 über Mediation in Strafsachen vom 15. September 1999 (zit.: Europarat, Rec[99]19 vom 15. September 1999)
- Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, Regierungsratsbeschluss vom 23. Juni 2020, Nr. 18.1673.01, Ratschlag Kantonales Bedrohungsmanagement – Teilrevision des Polizeigesetzes (PolG) sowie Bericht zum Anzug Ursula Metzger und Konsorten betreffend Bedrohungsmanagement und Bericht zum Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend Massnahmen gegen Stalking (zit.: BS RRB 18.1673.01)
- Kantonspolizei Bern, Kantonales Bedrohungsmanagement, Leitfaden für Behörden und Institutionen, 1/2020 (abrufbar unter <<https://www.bedrohungsmanagement.police.be.ch/de/start/behoerden-institutionen.html>>, zuletzt besucht am 28.6.2020) (zit.: KBDM Bern, Leitfaden)
- Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft Zürich für das Vorverfahren vom 1.7.2020 (zit.: WOSTA ZH).

Literaturverzeichnis

- ACKERMANN JÜRG-BEAT/CARONI MARTINA/VETTERLI LUZIA, Anonyme Zeugenaussagen: Bundesgericht contra EGMR, in: AJP 9/2007, 1071 ff. (zit.: ACKERMANN/CARONI/VETTERLI, Anonyme Zeugenaussagen)
- ACKERMANN JÜRG-BEAT/WEILENMANN RETO, Wiedergutmachung (Art. 53 StGB) – «Freikauf» oder Anreiz zum Fehlermanagement?, in: Ackermann Jürg-Beat/Hilf Marianne Johanna, Kurzer Prozess, zu kurzer Prozess – im Wirtschaftsstrafverfahren 10. Schweizerische Tagung zum Wirtschaftsstrafrecht, Zürich 2019, 29–58 (zit.: ACKERMANN/WEILENMANN, Wiedergutmachung).
- AEMISEGGER HEINZ/SCHODER CHARLOTTE, Opferhilfe in der Gerichtspraxis, insbesondere in der Rechtsprechung des Bundesgerichts, in: ZBl 11/2008, 565 ff. (zit.: AEMISEGGER/SCHODER, Opferhilfe)
- ALBERTINI GIANFRANCO/ARMBRUSTER THOMAS/RIEDO CHRISTOF, Art. 212–219 StPO, in: Niggli Marcel Alexander/Heer Marianne/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), Basler Kommentar Strafprozessordnung, 2. Aufl., Basel 2014 (zit.: ALBERTINI/ARMBRUSTER, BSK-Strafprozessordnung).
- ALBERTINI GIANFRANCO/ARMBRUSTER THOMAS/SPÖRRI BEAT, Militärisches Einsatzrecht, Zürich 2016
- ALBRECHT PETER, Mitwirkungsrechte der Parteien im Strafverfahren aus der Sicht des Richters. Kritische Anmerkungen zum Vorentwurf einer Schweizerischen Strafprozessordnung, in: SJZ 7/2002, 165 ff. (zit.: ALBRECHT, Mitwirkungsrechte)
- ALBRECHT PETER, Opfer und Strafprozess: Was hilft den Opfern?, in: BRÄGGER BENJAMIN F./CAPUS NADJA/CIMICHELLA SANDRO (Hrsg.), Kriminologie – wissenschaftliche und praktische Entwicklung: gestern, heute, morgen, Zürich 2005, 235 ff. (zit.: ALBRECHT, Opfer)
- ALIOTTA MASSIMO, Der Vergleich zwischen Täter und Opfer vor dem Strafrichter, in: forum poenale 2/2008, 117 ff. (zit.: ALIOTTA, Vergleich)
- ARZT GUNTHER, Das neue Sexualstrafrecht der Schweiz, in: Kriminalistik 1993, 347 ff. (zit.: ARZT, Sexualstrafrecht)
- AUBERSON GÉRALDINE, Personnalités publiques et vie privée. Etude de droit privé suisse à la lumière du droit américain, Zürich 2013 (zit.: AUBERSON, Personnalités).
- BAECHTOLD ANDREA/WEBER JONAS/HOSTETTLER UELI, Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen in der Schweiz, 3. Aufl., Bern 2016.
- BÄHLER JÜRG, Art. 162–167 StPO, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/HEER MARIANNE/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.) Basler Kommentar, Schweizerische Strafprozessordnung. Jugendstrafprozessordnung; Basel 2014 (zit.: BSK StPO-BAHLER)
- BANTLI KELLER RUTH, Überblick über das Opferhilfegesetz und seine praktische Anwendung im Kanton Zürich in den Bereichen Beratung sowie Entschädigung und Genugtuung, in: Kriminalstatistik 1995, 65 ff. (zit.: BANTLI KELLER, Überblick)
- BANTLI KELLER RUTH/WEDER ULRICH/MEIER KURT, Anwendungsprobleme des Opferhilfegesetzes, in: plädoyer 5/1995, 30 ff. (zit.: BANTLI KELLER/WEDER/MEIER, OHG)

- BARRELET DENIS/WERLY STÉPHANE, *Droit de la communication*, 2. Aufl., Bern 2011 (zit.: BARRELET/WERLY, *Communication*).
- BAUMANN ANDREAS, *Aargauisches Polizeigesetz, Praxiskommentar*, Zürich 2006
- BAUMANN JÜRGEN, *Alternativ-Entwurf Wiedergutmachung: (AE-WGM): Entwurf eines Arbeitskreises Deutscher, Österreichischer und Schweizerischer Strafrechtslehrer (Arbeitskreis AE)*, München 1992 (zit.: BAUMANN, *Alternativentwurf*).
- BAZEMORE GORDON/WALGRAVE LODE, *Restorative juvenile justice: In search of fundamentals and an outline for systemic reform*, in: Gordon Bazemore/Lode Walgrave, *Restorative juvenile justice: Repairing the harm of youth crime*, Boulder/Colorado 1999, 45–74 (zit.: BAZEMORE/WALGRAVE, *Reform*).
- BECK PETER, *Zusammenwirken der Schadenausgleichssysteme*, in: MÜNCH PETER/GEISER THOMAS (Hrsg.), *Schaden – Haftung – Versicherung*, 2. Aufl., Basel 2015, 235 ff. (zit.: BECK, *Schadenausgleichssysteme*).
- BERGER GABRIELE, *Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft im Schnittbereich von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung*, in: *forumpoenale* 2016, 343 ff.
- BERGER MAX B., Art. 3 VG, in: FISCHER WILLI/LUTERBACHER THIERRY (Hrsg.), *Haftpflichtkommentar*, Zürich/St. Gallen 2015 (zit.: BERGER, *Haftpflichtkommentar*).
- BERGER MAX, *Die Genugtuung und ihre Bestimmung*, in: MÜNCH PETER/GEISER THOMAS (Hrsg.), *Schaden – Haftung – Versicherung*, Basel 2015, (zit.: BERGER, *Genugtuung*).
- BERNDT ANDREA, *Der Täter-Opfer-Ausgleich aus Sicht des Opfers: Theorie und Praxis einer alternativen strafrechtlichen Intervention unter Einbeziehung konsistenztheoretischer Annahmen*, Berlin 2017 (zit.: BERNDT, *Täter-Opfer-Ausgleich*).
- BERNHARD ROBERTO, *Die Bundesgerichtspraxis zum OHG und revidierten BStP: Die Legitimation zur eidg. Nichtigkeitsbeschwerde Privater*, in: *SJZ* 14/1994, 254 ff. (zit.: BERNHARD, *Legitimation*).
- BIANCHI HERMAN, *Das Tsedeka-Modell als Alternative zum konventionellen Strafrecht*, *Zeitschrift für evangelische Ethik* 18/1974, 89–110 (zit.: BIANCHI, *Tsedeka-Modell*).
- BOESS MARTIN/ELMIGER LAURA, *Bedrohungsmanagement im Bereich Häuslicher Gewalt – Sicherheit gegen Freiheit?*, in: Schwarzenegger Christian/Nägeli Rolf (Hrsg.), *7. Zürcher Präventionsforum – Häusliche Gewalt*, Zürich/Basel/Genf 2015, 117 ff.
- BOLLINGER FRANZ, *Appellation im Militärstraßprozess*, Zürich 1988
- BOMMER FELIX, *DNA-Analyse zu Identifizierungszwecken im Strafverfahren*, in: *ZStrR* 118/2000, S. 131 ff. (zit.: BOMMER, *DNA-Analyse*).
- BOMMER FELIX, *Offensive Verletztenrechte im Strafprozess*, Bern 2006 (zit.: BOMMER, *Verletztenrechte*).
- BOMMER FELIX, *Bemerkungen zur Wiedergutmachung (Art. 53 StGB)*, *forumpoenale* 3/2008, 171 ff. (zit.: BOMMER, *Bemerkungen*).
- BOMMER FELIX, *Privatklägerische Rechte im Straßpunkt – ein Überblick*, in: *recht* 2015, 183 ff.
- BREHM ROLAND, *Die Entstehung durch unerlaubte Handlungen: Art. 41–61 OR*, in: *Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht*, Bern 2013 (zit.: BREHM, *BK-OR*).
- BREITENMOSER STEPHAN/SCHWEIZER RAINER J., *Die schweizerische Bundesverfassung*, *St. Galler Kommentar*, St. Gallen 2014 (zit.: BREITENMOSER/SCHWEIZER, *Art. 13 BV*).

- BRÖNNIMANN JÜRG, Das OHG und der Adhäsionsprozess, in: FELLMANN WALTER/WEBER STEPHAN (Hrsg.), Haftpflichtprozess 2007: Taktik, Tücken, Vergleich und Rechtsmittel, Zürich 2007, 131 ff. (zit.: BRÖNNIMANN, Adhäsionsprozess)
- BRAITHWAITE JOHN, Crime, shame and reintegration, Cambridge 1989 (zit.: BRAITHWAITE, Reintegration).
- BRUN MARCEL, Der Untersuchungsbefehl im Militärstraßprozess, Luzern 2011.
- BRUNNER REINHARD, Bedrohungsmanagement im Kanton Zürich – Praxisbericht zum Stand der Projekte und Entwicklungen, in: Schwarzenegger Christian/Brunner Reinhard, Bedrohungsmanagement – Gewaltprävention, Zürich/Basel/Genf 2017, 15 ff.
- BRÜSCHWEILER DANIELA, Art. 61–103, in: Donatsch Andreas/Hansjakob Thomas/Lieber Viktor, Kommentar zur Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO), 2. Aufl., Zürich 2014 (zit.: BRÜSCHWEILER, Kommentar StPO).
- BUCHER ANDREAS, Natürliche Personen und Persönlichkeitsschutz, 4. Aufl., Basel 2009 (zit.: BUCHER, Natürliche Personen und Persönlichkeitsschutz)
- BÜCHLER ANDREA, Zivilrechtliche Interventionen bei Gewalt in Lebensgemeinschaften, Rechtstatsachen – Rechtsvergleich – Rechtsanalyse, in: FamPra 2000, 583 ff. (zit.: BÜCHLER, Interventionen)
- BÜCHLER ANDREA, Gewalt in Ehe und Partnerschaft, Polizei-, straf- und zivilrechtliche Interventionen am Beispiel des Kantons Basel-Stadt, Basel/Genf/München 1998 (zit.: BÜCHLER, Gewalt)
- CARIGIET ERWIN/KOCH UWE, Ergänzungsleistungen zur AHV/IV: Darstellung, Charakterisierung und Wirkungsweise, Zürich 2009 (zit.: CARIGIET/KOCH, Ergänzungsleistungen)
- CHAIX FRANÇOIS, Art. 212–223, in: Bohnet François/Haldy Jacques/Jeanin Nicolas/Schweizer Philippe/Tappy Denis (Hrsg.), Code de procédure civile, Commentaire romand, 2. Aufl., Basel 2019 (zit.: CHAIX, CR).
- CHRISTEN-SCHNEIDER CLAUDIA, Erste Erfahrungen mit Restaurativer Justiz im Falle schwerer Verbrechen in einem Schweizer Gefängnis, in: QUELOZ NICOLAS, JACCOTTET TISSOT CATHERINE, KAPPERER NILS, MONA MARCO (Hrsg.), Changer de regard: La justice restaurative en cas d'infractions graves. Perspektivenwechsel: Restaurative Justiz auch bei schweren Verbrechen, Zürich 2020, 69–90 (zit.: CHRISTEN-SCHNEIDER, Erfahrungen).
- CHRISTEN-SCHNEIDER CLAUDIA, Restaurative Justiz – Mehr als eine Methode, in: QUELOZ NICOLAS, JACCOTTET TISSOT CATHERINE, KAPPERER NILS, MONA MARCO (Hrsg.), Changer de regard: La justice restaurative en cas d'infractions graves. Perspektivenwechsel: Restaurative Justiz auch bei schweren Verbrechen, Zürich 2020, 53–68 (zit.: CHRISTEN-SCHNEIDER, Restaurative Justiz).
- CHRISTIE NILS, Conflicts as property, British Journal of Criminology 17/1977, 1–15 (zit.: CHRISTIE, Conflicts).
- COLOMBI ROBERTO, Häusliche Gewalt – die Offizialisierung im Strafrecht am Beispiel der Stadt Zürich. Eine dogmatische und empirische Studie, Diss., Zürich 2009 (zit.: Colombi, Diss.).
- CONNE ANDREAS/PLÜSS KASPAR, Gewaltschutzmassnahmen im Kanton Zürich, in: Sicherheit & Recht 2011, 127 ff.

- CORBOZ BERNARD, Le pourvoi en nullité interjeté par le lésé auprès de la cour pénale du Tribunal fédéral, in: SJ 8/1995, 133 ff. (zit.: CORBOZ, Pourvoi en nullité)
- CORBOZ BERNARD, Les droits procéduraux découlant de la LAVI, in: SJ 4/1996, 53 ff. (zit.: CORBOZ, Droits procéduraux)
- CORNU PIERRE, Exemption de peine et classement – absence d'intérêt à punir, réparation et atteinte subie par l'auteur du fait de son acte (art. 52–54 CP), ZStrR 4/2009, 393–419 (zit.: CORNU, ZStrR 2009).
- COSSALI SAUVAIN MONIQUE, Les nouvelles directions prises par la révision de la LAVI, in: BRÄGGER BENJAMIN F./CAPUS NADJA/CIMICHELLA SANDRO (Hrsg.), Kriminologie – wissenschaftliche und praktische Entwicklung: gestern, heute, morgen, Zürich 2005, 193 ff. (zit.: COSSALI SAUVAIN, Nouvelles directions)
- DÄHLER MANFRED, Opferhilfe nach Verkehrsunfall, in: Bundesamt für Justiz (Hrsg.), Opferhilfe in der Schweiz: Erfahrungen und Perspektiven, Bern 2004, 93 ff. (zit.: DÄHLER, Opferhilfe)
- DÄHLER MANFRED/SCHAFFHAUSER RENÉ, Verkehrsunfall, in: MÜNCH PETER/GEISER THOMAS (Hrsg.), Schaden – Haftung – Versicherung, Basel 2015, 593 ff. (zit.: DÄHLER/SCHAFFHAUSER, Verkehrsunfall)
- DAPHINOFF MICHAEL, Das Strafbefehlsverfahren in der Schweizerischen Strafprozessordnung, Diss., Zürich/Basel/Genf 2012 (zit.: DAPHINOFF, Diss.). DEMKO DANIELA, Das Fragerecht des Angeklagten nach Art. 6 Abs. 3 lit. d EMRK aus Sicht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der schweizerischen sowie der deutschen Rechtsprechung, in: ZStrR 4/2004, 416 ff. (zit.: DEMKO, Fragerecht)
- DERISBOURG-BOY SABINE, La position du lésé dans la procédure pénale et ses possibilités d'obtenir un dédommagement, Lausanne 1992 (zit.: DERISBOURG-BOY, La position du lésé)
- DESSAUX FRANÇOISE, L'audition de la victime mineure par enregistrement vidéo – de la pratique vaudoise à l'art. 10c nLAVI, in: SJZ 12/2002, 297 ff. (zit.: DESSAUX, L'audition de la victime mineure)
- DETTMEYER REINHARD/VERHOFF MARCEL, Rechtsmedizin, Heidelberg 2011 (zit.: DETTMEYER/VERHOFF)
- DITTMANN VOLKER, Zur Glaubhaftigkeit von Zeugenaussagen, in: plädoyer 2/1997, 28 ff. (zit.: DITTMANN, Zeugenaussagen)
- DOLGE ANNETTE, Art. 122 StPO, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/HEER MARIANNE/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar, Schweizerische Strafprozessordnung I, 2. Aufl., Basel 2014 (zit.: DOLGE, BSK-StPO)
- DÖRR BIANKA S., Art. 28b ZGB, in: Bächler Andrea/Jakob Dominique (Hrsg.), Kurzkommentar Schweizerisches Zivilgesetzbuch, 2. Aufl., Basel 2018
- Donatsch Andreas/Hansjakob Thomas/Lieber Viktor (Hrsg.), Kommentar zur Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO), 2. Aufl. 2014 (zit.: Kommentar StPO-AUTOR)
- DRENKHahn KIRSTIN, Möglichkeiten und Herausforderungen von Restorative-Justice-Massnahmen im Jugendstrafrecht, 2017, 1–16, abrufbar unter: https://www.researchgate.net/publication/322101580_Möglichkeiten_und_Herausforderungen_von_Restorative_Justice-Massnahmen_im_Jugendstrafrecht, zuletzt besucht am 19.7.2020, (zit.: DRENKHahn, Jugendstrafrecht)

- DROESE LORENZ, Die Zivilklage nach der schweizerischen Strafprozessordnung, IN: FELLMANN WALTER/WEBER STEPHAN (Hrsg.), Haftpflichtprozess 2011: Substanziierung, Beweismittel, Beweiserleichterung, Prozess gegen mehrere, unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsschutzversicherung, Zürich 2011, 37 ff. (zit.: Droese, ZIVILKLAGE)
- DUBOIS JEANNE, Das Opferhilfegesetz (OHG): Endlich haben Opfer einer Straftat gegen Leib und Leben mehr Rechte. Was bringt das OHG Frauen, deren sexuelle Integrität verletzt wurde?, in: AJP 11/1993, 1395 ff. (zit.: DUBOIS, OHG)
- DUCROT MICHEL, La qualité de partie du lésé, en particulier sa qualité pour recourir contre les prononcés rendus sur l'action publique (LAVI et procédure pénale valaisanne), in: ZWR 4/1995, 333 ff. (zit.: DUCROT, La qualité de partie du lésé)
- DÜNKEL FRIEDER/GRZYWA-HOLTEN JOANNA/HORSFIELD PHILIP (Hrsg.), Restorative Justice and Mediation in Penal Matters. A stock-taking of legal issues, implementation strategies and outcomes in 36 European countries, Vol. 1–2, Mönchengladbach 2015 (zit.: DÜNKEL/GRZYWA-HOLTEN/HORSFIELD, Stock-taking)
- DÜNKEL FRIEDER/GRZYWA-HOLTEN JOANNA/HORSFIELD PHILIP, Comparative Overview, in: Dünkel Frieder/Grzywa-Holten Joanna/Horsfield Philip (Hrsg.), Restorative Justice and Mediation in Penal Matters. A stock-taking of legal issues, implementation strategies and outcomes in 36 European countries, Vol. 2, Mönchengladbach 2015, 1015–1096 (zit.: DÜNKEL/GRZYWA-HOLTEN/HORSFIELD, Overview).
- ECHLE REGULA, Die Adhäsionsklage nach der Schweizerischen Strafprozessordnung und der Anspruch des Beschuldigten auf ein faires Verfahren, Zürich/St. Gallen 2019
- EDELMANN URS, Opfer und Strafprozess. Was hilft den Opfern?, in: BRÄGGER BENJAMIN F./CAPUS NADIA/CIMICHELLA SANDRO (Hrsg.), Kriminologie – wissenschaftliche und praktische Entwicklung: gestern, heute, morgen, Zürich 2005, 209 ff. (zit.: EDELMANN, Opfer)
- EGGER THERES/JÄGGI JOLANDA/GUGGENBÜHL TANJA, Massnahmen zur Bekämpfung von Stalking: Übersicht zu national und international bestehenden Praxismodellen, Forschungsbericht, Im Auftrag des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, Bern, 22. März 2017
- EGGER THERES/SCHÄR MOSER MARIANNE, Gewalt in Paarbeziehungen, Ursachen und in der Schweiz getroffene Massnahmen, Schlussbericht, Im Auftrag der Fachstelle gegen Gewalt des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, Bern, September 2008
- EXQUIS DOMINIQUE, Sinn und Gesinnung: Bemerkung zu Art. 53 rev. StGB, AJP 2005, 309–314 (zit.: EXQUIS, Sinn und Gesinnung).
- FANKHAUSER ROLAND, Wider die Boulevardisierung der Verbrechen – ein Denkanstoss zugunsten von Betroffenen, in: recht 2018, 76–82 (zit.: FANKHAUSER, recht 2018).
- FELLMANN WALTER, Arzt und das Rechtsverhältnis zum Patienten, in: KUHN MORITZ/POLEDNA TOMAS (Hrsg.), Arztrecht in der Praxis, 2. Aufl., Zürich 2007, 103 ff. (zit.: FELLMANN, Arztrecht)
- FELLMANN WALTER/KOTTMANN ANDREA, Schweizerisches Haftpflichtrecht, Bern 2012 (zit.: FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht)

- FIOLKA GERHARD/RIEDO CHRISTOF, Art. 6–8 StPO, in: Niggli Marcel Alexander/Heer Marianne/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), Basler Kommentar Strafprozessordnung, 2. Aufl., Basel 2014 (zit.: FIOKA/RIEDO, BSK-Strafprozessordnung).
- FLACHSMANN STEFAN/IMMENHAUSER MARTIN, Die Unabhängigkeit der Militärjustiz, in: Jusletter vom 13. Mai 2019
- FLACHSMANN STEFAN/ISENRING BERNHARD, Grundsatz der Einheit des schweizerischen Strafprozessrechts – Auswirkungen der Beweisverbote der schweizerischen StPO auf den Militärstrafprozess, in: CAVALLO ANGELA ET AL. (Hrsg.), Liber amicorum für Andreas Donatsch, Zürich 2012, S. 289 ff.
- FLEURY SCHIEMANN CAROLIN, Die Berücksichtigung von Opferinteressen in der Strafrecht, Hamburg 2015 (zit.: FLEURY SCHIEMANN, Opferinteressen).
- FREI JÖRG, Art. 145 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstrafprozess, Zürich 2008 (zit.: FREI, Komm. MStP)
- FREI MIRJAM ANNIKA, Der sachlich relevante Kausalzusammenhang im Strafrecht im Vergleich mit dem Zivilrecht, Zürich 2010 (zit.: FREI, Kausalzusammenhang)
- FRICKER CHRISTOPH/MAEDER STEFAN, Art. 255 StPO, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/HEER MARIANNE/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar, Schweizerische Strafprozessordnung II, 2. Aufl., Basel 2014 (zit.: FRICKER/MAEDER, BSK-StPO)
- FUHRER STEPHAN, Vision Zero als Leitbild des Verkehrsoferschutzes: Zur Teilrevision des SVG und des VAG (Übernahme der Besucherschutz-Richtlinie der EU), in: HAVE 5/2002, 352 ff. (zit.: FUHRER, Vision Zero)
- FUHRER STEPHAN, Vom Schutz der Geschützten, in: HAVE 3/2003, 262 ff. (zit.: FUHRER, Schutz)
- FUHRER STEPHAN/BÜCHLER GÜNTER, Der Nationale Garantiefonds der Schweiz, in: METZLER MARTIN/FUHRER STEPHAN (Hrsg.), FS des Nationalen Versicherungsbüros Schweiz (NVB) und des Nationalen Garantiefonds Schweiz (NGF), Basel 2000, 87 ff. (zit.: FUHRER/BÜCHLER, Garantiefonds)
- GERKIN PATRICK M., Seeking Justice for Victims and Offenders: A Needs-Based Approach to Justice, Diss., Michigan 2006 (zit.: GERKIN, Seeking Justice).
- GETH CHRISTOPHER/SCHIEDERGER NORA, Vergleich im Wirtschaftsstrafverfahren, in: Ackermann Jürg-Beat/Hilf Marianne Johanna, Kurzer Prozess, zu kurzer Prozess – im Wirtschaftsstrafverfahren 10. Schweizerische Tagung zum Wirtschaftsstrafrecht, Zürich 2019, 59–80 (zit.: GETH/SCHIEDERGER, Vergleich).
- GLOCKENGIESSER IRIS/STÄMPFLI SANDRA, Häusliche Gewalt: Daten- oder Opferschutz, in: digma 2010, 158 ff.
- GLOOR DANIELA/MEIER HANNA, Beurteilung des Schweregrades häuslicher Gewalt, Sozialwissenschaftlicher Grundlagenbericht, Sozialwissenschaftliche Überlegungen zur Anforderung des Bundesgerichts, dass eheliche Gewalt «eine gewisse Intensität» aufweisen muss, um als wichtiger persönlicher Grund für den unabhängigen Aufenthalt in der Schweiz im Sinne von Art. 50 Abs. 2 des Ausländergesetzes AuG geltend gemacht werden zu können., Im Auftrag des Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, Bern, Juni 2012 (zit.: GLOOR/MEIER, Grundlagenbericht)

- GLOOR DANIELA/MEIER HANNA, Frauen, Gesundheit und Gewalt im sozialen Nahraum, Repräsentativbefragung bei Patientinnen der Maternité Inselhof Triemli, Klinik für Geburtshilfe und Gynäkologie, 1. Aufl., Bern 2004 (zit.: GLOOR/MEIER, Frauen)
- GLOOR DANIELA/MEIER HANNA/BÜCHLER ANDREA, Evaluation «Umsetzung und Wirkung von Art. 28b ZGB», Schlussbericht zuhanden Bundesamt für Justiz, Schinznach-Dorf und Zürich, 10. April 2015
- GMÜNDER MARC, Art. 104 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstrafprozess, Zürich 2008 (zit.: GMÜNDER, Komm. MStP)
- GODEL THIERRY, La procédure pénale militaire en Suisse, Basel 2018
- GOLDSCHMID PETER/MAURER THOMAS/SOLLBERGER JÜRIG, Kommentierte Textausgabe zur Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) vom 5. Oktober 2007, Bern 2008 (zit.: GOLDSCHMID/MAURER/SOLLBERGER, Textausgabe StPO).
- GOMM PETER, Einzelfragen bei der Ausrichtung von Entschädigung und Genugtuung nach dem Opferhilfegesetz, in: Solothurner Festgabe zum Schweizerischen Juristentag 1998, Solothurn 1998, 673 ff. (zit.: GOMM, Einzelfragen)
- GOMM PETER, Die Genugtuung nach dem Opferhilfegesetz, in: Verein Haftung und Versicherung (Hrsg.), Personen-Schaden-Forum 2005, Zürich 2005, 175 ff. (zit.: GOMM, Genugtuung)
- GOMM PETER, Subsidiarität und Koordination von Entschädigungsleistungen nach dem Opferhilfegesetz, in: Bundesamt für Justiz (Hrsg.), Opferhilfe in der Schweiz: Erfahrungen und Perspektiven, Bern 2004, 281 ff. (zit.: GOMM, Entschädigungsleistungen)
- GOMM PETER/STEIN PETER/ZEHTNER DOMINIK, Kommentar zum Opferhilfegesetz, 1. Aufl., Bern 1995 (zit.: GOMM/STEIN/ZEHTNER, Kommentar aOHG, 1. Aufl.)
- GOMM PETER/ZEHTNER DOMINIK (Hrsg.), Kommentar zum Opferhilfegesetz, 2. Aufl., Bern 2005 (zit.: GOMM/ZEHTNER, Kommentar aOHG, 2. Aufl.)
- GOMM PETER, in: Gomm/Zehntner, Kommentar zum Opferhilfegesetz, 3. Aufl. 2009 (zit.: GOMM, Voraufgabe Art.)
- GRABENWARTER CHRISTOPH/PABEL KATHARINA, Europäische Menschenrechtskonvention, 6. Aufl. 2016
- GRAF DAMIAN K., Was kann das Strafrecht für das Zivilrecht leisten?, in: Jusletter vom 23. April 2018 (zit.: GRAF, Strafrecht)
- GRETER JEAN-PIERRE, Die Mitwirkungspflichten der Privatklägerschaft im Strafverfahren, Zeitschrift für Walliser Rechtsprechung 4/2016, S. 441 ff.
- GREUEL LUISE, Eskalationsdynamik in Paarbeziehungen – Sind Intimtizide präventabel?, in: Schwarzenegger Christian/Nägeli Rolf (Hrsg.), 7. Zürcher Präventionsforum – Häusliche Gewalt, Zürich/Basel/Genf 2015, 133 ff.
- GREUTER KARIN, Erfahrungen mit dem Instrument der Gefährderansprache, Befragung und Analyse am Beispiel der Kantonspolizei Zürich/I. – III., in: Schwarzenegger Christian/Brunner Reinhard (Hrsg.), Bedrohungsmanagement – Häusliche Gewalt, Zürich/Basel/Genf 2018, 91 ff.
- GROSS JOST, Schweizerisches Staatshaftungsrecht, 2. Aufl., Bern 2001

- GRÜNBAUM JAKOB, Die Friedensbürgschaft im Schweizerischen Strafgesetz, Bern 1991
- GUÉNIAT OLIVIER/HAINARD FRÉDÉRIC, Art. 251 StPO, in: JEANNERET YVAN/KUHN ANDRÉ/PERRIER DEPEURSINGE CAMILLE (Hrsg.), Commentaire Romand, Code de procédure pénale suisse, 2. Aufl., Basel 2019 (zit.: GUÉNIAT/HAINARD, CR-CPP)
- GUINAND JEAN, Révision de la LAVI – Les travaux de la commission d’experts, in: Bundesamt für Justiz (Hrsg.), Opferhilfe in der Schweiz: Erfahrungen und Perspektiven, Bern 2004, 363 ff. (zit.: GUINAND, Révision de la LAVI)
- GUJER ALFRED, Art. 135 MG, in: FISCHER WILLI/LUTERBACHER THIERRY (Hrsg.), Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2015 (zit.: GUJER, Haftpflichtkommentar)
- GURZELER BEATRICE, Beitrag zur Bemessung der Genugtuung, unter besonderer Berücksichtigung potentiell traumatisierender Ereignisse, Zürich 2005 (zit.: GURZELER, Genugtuung)
- GYGI FRITZ, Bundesverwaltungsrechtspflege, 2. Aufl., Bern 1983 (zit.: GYGI, Bundesverwaltungsrechtspflege)
- HÄBERLI THOMAS, Das Opferhilferecht unter Berücksichtigung der Praxis des Bundesgerichtes, in: ZBJV 6/2002, 361 ff. (zit.: HÄBERLI, Opferhilferecht)
- HAEFLIGER ARTHUR, Kommentar zur Militärstrafgerichtsordnung, Bern 1959
- HAEFLIGER ARTHUR/SCHÜRMANN FRANK, Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Schweiz: Die Bedeutung der Konvention für die schweizerische Rechtspraxis, 2. Aufl., Bern 1999 (zit.: HAEFLIGER/SCHÜRMANN, Die EMRK und die Schweiz)
- HÄFELIN ULRICH/HALLER WALTER/KELLER HELEN/THURNHERR DANIELA, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 9. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016 (zit.: HÄFELIN ET AL.)
- HÄFELIN ULRICH/MÜLLER GEORG/UHLMANN FELIX, Allgemeines Verwaltungsrecht, 7. Aufl., Zürich/St. Gallen 2016
- HANSJAKOB THOMAS, Art. 251 StPO, in: DONATSCH ANDREAS/HANSJAKOB THOMAS/LIEBER VICTOR (Hrsg.), Kommentar zur Schweizerischen Strafprozessordnung, 2. Aufl., Zürich 2014 (zit.: HANSJAKOB, Kommentar StPO)
- HANSJAKOB THOMAS, Art. 255 StPO, in: DONATSCH ANDREAS/HANSJAKOB THOMAS/LIEBER VICTOR (Hrsg.), Kommentar zur Schweizerischen Strafprozessordnung, 2. Aufl., Zürich 2014 (zit.: HANSJAKOB, Kommentar stopp)
- HÄNNI CHARLES, Art. 251/252 StPO, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/HEER MARIANNE/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar, Schweizerische Strafprozessordnung II, 2. Aufl., Basel 2014 (zit.: HÄNNI, BSK-StPO)
- HATT ANNE-CATHERINE, Opferbefragung: Das Kindeswohl geht vor, in: plädoyer 1/2005, 22 ff. (zit.: HATT, Opferbefragung)
- HAURI KURT, Militärstrafgesetz, Kommentar, Bern 1983
- HAUSER ROBERT, Die Kassationsbeschwerde im Militärstrafprozess, in: DONATSCH ANDREAS/SCHMID NIKLAUS (Hrsg.), Festschrift für Jörg Rehberg zum 65. Geburtstag, Zürich 1996, S. 151 ff.
- HAUSER ROBERT, Das Adhäsionsurteil, in: Aktuelle Probleme der Kriminalitätsbekämpfung, FS zum 50-jährigen Bestehen der Schweizerischen Kriminalistischen Gesellschaft, Bern 1992, 207 ff. (zit.: HAUSER, Adhäsionsurteil)
- HAUSER ROBERT, Die Zusprechung von Genugtuung im Adhäsionsurteil, in: ZStrR 1996, Suppl., 187 ff. (zit.: HAUSER, Genugtuung)

- HEIMGARTNER STEFAN, Art 34–110 StGB, in: Donatsch Andreas (Hrsg.), Orell Füssli Kommentar StGB, 20. Aufl., Zürich 2018 (zit.: HEIMGARTNER, OFK-Strafrecht).
- HERMANN ERNST K., Opfer von Straftaten und posttraumatische Belastungsstörungen, in: Bundesamt für Justiz (Hrsg.), Opferhilfe in der Schweiz: Erfahrungen und Perspektiven, Bern 2004, 168 ff. (zit.: HERMANN, Opfer von Straftaten)
- HIRT BEAT, Art. 166 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstrafprozess, Zürich 2008 (zit.: HIRT, Komm. MStP)
- HOFFMANN JENS/STREICH, KATRIN, Bedrohungsmanagement in Fällen von Stalking, Ein verhaltensorientierter Ansatz zur Risikoeinschätzung und zur Prävention von psychischer und physischer Gewalt, in: Wolf Ortiz-Müller (Hrsg.), Stalking – das Praxishandbuch, Opferhilfe, Täterintervention, Strafverfolgung, 1. Aufl., Stuttgart 2017, 241 ff.
- HÖRNLE TATJANA, Strafrecht, 2. Aufl., Tübingen 2017 (zit.: HÖRNLE, Strafrecht).
- HOFFER MARTIN, Opfer- und Geschädigtenstellung im Wandel, in: ZStrR 1/2002, 107 ff. (zit.: HOFFER, Opferstellung)
- HRUBESCH-MILLAUER STEPHANIE/VETTERLI ROLF, Häusliche Gewalt: die Bedeutung des Artikels 28b ZGB, in: FamPra 2009, 535 ff.
- HUNZIKER-BLUM FELIX, Patient Lenkerhaftung: Grosse Chefarztvisite mit Amputation der Halterhaftung, in: HAVE 2/2013, 120 ff. (zit.: HUNZIKER-BLUM, Lenkerhaftung)
- HÜTTE KLAUS, Genugtuung – Eine Einrichtung zwischen Zivilrecht, Strafrecht, Sozialversicherungsrecht und Opferhilfegesetz, in: MÜLLER ANDREAS (Hrsg.), Collezione Assista, Genf 1998, 264 ff. (zit.: HÜTTE, Genugtuung)
- HÜTTE KLAUS, Anleitung zur Ermittlung angemessener Genugtuungsleistungen im Zivil- und Opferhilferecht, in: Verein Haftung und Versicherung (Hrsg.), Personen-Schaden-Forum 2005, Zürich 2005, 139 ff. (zit.: HÜTTE, Ermittlung Genugtuung)
- HÜTTE KLAUS/DUCKSCH PETRA/GUERRERO KAYUM, Die Genugtuung. Eine Tabellarische Übersicht über Gerichtsentscheide aus den Jahren 1990–2005, 3. Aufl., Zürich 2005 (zit.: HÜTTE/DUCKSCH/GUERRERO, Genugtuung)
- ILERI ATILAY, Vertretung von Geschädigten, in: MÜNCH PETER/GEISER THOMAS (Hrsg.), Schaden – Haftung – Versicherung, Basel 2015, 323 ff. (zit.: ILERI, Vertretung)
- INTERVENTIONSSTELLE GEGEN HÄUSLICHE GEWALT, SICHERHEITSDIREKTION BASEL-LANDSCHAFT (Hrsg.), Evaluation 2008 der polizeilichen Wegweisung bei häuslicher Gewalt im Kanton Basel-Landschaft, Kurzbericht, Liestal, 25. Juni 2009 (zit.: INTERVENTIONSSTELLE BL)
- ISENRING BERNHARD, Mehr Rechte für die geschädigte Person im Militärstrafprozess – ein Aus- und Überblick, in: Sicherheit & Recht 1/2011, S. 27 ff.
- ISENRING BERNHARD/MATHYS HANS, Art. 172 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstrafprozess, Zürich 2008 (zit.: ISENRING/MATHYS, Komm. MStP)
- JAAG TOBIAS, § 30 VRG Vollstreckbarkeit und Zwangsmittel, in: Griffel Alain (Hrsg.), Kommentar zum Verwaltungsrechtspflegegesetz des Kantons Zürich (VRG), 3. Aufl., Zürich 2014

- JABORNIGG DANIELA V., Die Stellung des Verletzten in den schweizerischen Strafprozessordnungen zwischen Beweismittel und Partei, Basel 2001 (zit.: JABORNIGG, Stellung des Verletzten)
- JEANDIN NICOLAS/FONTANET STÉPHANIE, Art. 122 StPO, in: JEANNERET YVAN/KUHN ANDRÉ/PERRIER DEPEURSINGE CAMILLE (Hrsg.), Commentaire Romand, Code de procédure pénale suisse, 2. Aufl., Basel 2019 (zit.: JEANDIN/FONTANET, CR-CPP)
- JEANDIN NICOLAS/FONTANET STÉPHANIE, Art. 123 StPO, in: JEANNERET YVAN/KUHN ANDRÉ/PERRIER DEPEURSINGE CAMILLE (Hrsg.), Commentaire Romand, Code de procédure pénale suisse, 2. Aufl., Basel 2019 (zit.: JEANDIN/FONTANET, CR-CPP)
- JEANDIN NICOLAS/FONTANET STÉPHANIE, Art. 126 StPO, in: JEANNERET YVAN/KUHN ANDRÉ/PERRIER DEPEURSINGE CAMILLE (Hrsg.), Commentaire Romand, Code de procédure pénale suisse, 2. Aufl., Basel 2019 (zit.: JEANDIN/FONTANET, CR-CPP)
- JABORNIGG DANIELA V., Die Stellung des Verletzten in den schweizerischen Strafprozessordnungen zwischen Beweismittel und Partei, Basel 2001 (zit.: JABORNIGG, Stellung des Verletzten)
- JABORNIGG DANIELA V./WEHRENBURG STEFAN, Art. 84a(–84k) MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstrafprozess, Zürich 2008 (zit.: JABORNIGG/WEHRENBURG, Komm. MStP)
- JAQUIER ERARD Véronique, Die Wirksamkeit von Täterprogrammen zur Prävention von Wiederholungstaten im Bereich der häuslichen Gewalt, 2016, EBG (zit.: JAQUIER ERARD, Wirksamkeit).
- JÄGER ROLF, Strafuntersuchungen und Medien im Spannungsfeld der Interessen. Unter besonderer Berücksichtigung der Zürcher Praxis, Diss., Zürich/St. Gallen 2010 (zit.: JÄGER, Spannungsfeld).
- JEANNERET YVAN, Les mesures provisoires en procédure pénale, in: Bohnet François/Dupont Anne-Sylvie (Hrsg.), Les mesures provisionnelles en procédures civile, pénale et administrative, Neuchâtel 2015, 79–94 (zit.: JEANNERET, Mesures).
- JEANNERET YVAN/KUHN ANDRÉ, Précis de procédure pénale, 2. Aufl., Bern 2018 (zit.: JEANNERET/KUHN, Précis).
- JOHNSON MICHAEL P./LEONE JANEL M., The Differential Effects of Intimate Terrorism and Situational Couple Violence, Findings From the National Violence Against Women Survey, in: Journal of Family Issues 2005, 322 ff.
- JOSITSCH DANIEL/EGE GIAN/SCHWARZENEGGER CHRISTIAN, Strafrecht II, Strafen und Massnahmen, 9. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2018
- KÄGI-DIENER REGULA, «Wer nicht ins Bild passt, liegt im Unrecht»: Das rechtliche Menschenbild und die Opferhilfe, in: Bundesamt für Justiz (Hrsg.), Opferhilfe in der Schweiz, Bern 2004, 17 ff. (zit.: KÄGI-DIENER, Menschenbild)
- KANYAR ANDRÉ, Wiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich im schweizerischen Strafrecht. Entwicklung eines Modells unter Berücksichtigung des deutschen und österreichischen Strafrechts, Diss., Basel 2008 (zit.: KANYAR, Diss.)
- KARLEN PETER, Das neue Bundesgerichtsgesetz: Die wesentlichen Neuerungen und was sie bedeuten, Basel 2006 (zit.: KARLEN, Bundesgerichtsgesetz)

- KERNER ROLAND, Art. 178–181 StPO, in NIGGLI MARCEL ALEXANDER/HEER MARIANNE/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.) Basler Kommentar, Schweizerische Strafprozessordnung. Jugendstrafprozessordnung; Basel 2014 (zit.: BSK StPO-KERNER)
- KETTIGER DANIEL/SCHWANDER MARIANNE, Art. 305 Abs. 3 StPO: Zwischen Persönlichkeits- und Opferschutz, in: Jusletter 10.10.2011, 1 ff. (zit.: KETTIGER/SCHWANDER, Opferschutz)
- KETTIGER DANIEL/SCHWANDER MARIANNE, Follow-up: Häusliche Gewalt (digma 2010.4) Häusliche Gewalt: Vom Bund geregelt, in: digma 2011, 86 ff. (zit.: KETTIGER/SCHWANDER, Follow-up)
- KETTIGER DANIEL, Schnittstellenfragen der Schweizerischen Strafprozessordnung, in: Jusletter 13. Februar 2012 (KETTIGER, Schnittstellenfragen)
- KIENER HANSPETER, Art. 115–126 StPO, in: GOLDSCHMID PETER/MAURER THOMAS/SOLLBERGER JÜRG (Hrsg.), Kommentierte Textausgabe zur Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) vom 5. Oktober 2007, Bern 2008 (zit.: KIENER, Textausgabe StPO)
- KIENER REGINA/KÄLIN WALTER/WYTTEBACH JUDITH, Grundrechte, 3. Aufl., Bern 2018.
- KIESER UELI, Kommentar zum Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, 4. Aufl., Zürich 2020 (zit.: KIESER, Kommentar ATSG)
- KILLIAS MARTIN, Die Stellung des Opfers von Straftaten in den Strafprozessordnungen des Bundes und der Kantone. Gutachten zuhanden des Bundesamtes für Justiz (Beilage zum Schlussbericht der Studienkommission zur Ausarbeitung eines Vorentwurfs zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten gegen Leib und Leben vom 23. Dezember 1986) (zit.: KILLIAS, Opfer)
- KILLIAS MARTIN, La LAVI comme fruit de recherches sur les attentes et les difficultés des victimes d'infractions criminelles in: ZStR 4/1993, 397 ff. (zit.: KILLIAS, LAVI)
- KILLIAS MARTIN/HAYMOZ SANDRINA/LAMON PHILIPPE, Swiss Crime Survey: Die Kriminalität in der Schweiz im Lichte der Opferbefragungen von 1985 bis 2005, Bern 2007 (zit.: KILLIAS/HAYMOZ/LAMON, Swiss Crime Survey)
- KISSLING RENÉ, Friedensbürgschaft und Zwangsmassnahmen, in: SJZ 2007, 197 ff.
- KLEY ANDREAS, Zeugenschutz im internationalen Recht. Erfahrungen im Hinblick auf das künftige eidgenössische Strafprozessrecht, in: AJP 2/2000, 177 ff. (zit.: KLEY, Zeugenschutz)
- KLEY-STRULLER ANNA, Wiedergutmachung im Strafrecht, Diss., Bern 1993 (zit.: KLEY-STRULLER, Diss.).
- KILCHLING MICHAEL, Opferinteressen und Strafverfolgung (Vol. K 58), Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht. Freiburg i.Br. 1995 (zit.: KILCHLING, Opferinteressen).
- KOLLER THOMAS, Das Opferhilfegesetz: Auswirkungen auf das Strassenverkehrsrecht, in: AJP 5/1996, 578 ff. (zit.: KOLLER, OHG)
- KOLLY GILBERT, Zu den Verfahrensrechten der Opfer von Straftaten im freiburgischen Strafprozess, in: FZR 1/1994, 32 ff. (zit.: KOLLY, Verfahrensrechte)
- KRANICH SCHNEITER CORNELIA, Das neue Zürcher Gewaltschutzgesetz, in: FamPra 2008, 90 ff.

- KREN KOSTKIEWICZ JOLANTA/MARKUS ALEXANDER R./RODRIGUEZ RODRIGO (Hrsg.), Schnittstellen zwischen Zivilprozess und Strafverfahren – Prozessuale Besonderheiten und beweisrechtliche Strategien des Adhäsionsverfahrens sowie Zusammenspiel zwischen zivil- und strafprozessualer Sicherung national und international, Bern 2014
- KÜNG HANSPETER, Art. 416–436 StPO, in: GOLDSCHMID PETER/MAURER THOMAS/SOLLBERGER JÜRGE (Hrsg.), Kommentierte Textausgabe zur Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) vom 5. Oktober 2007, Bern 2008 (zit.: KÜNG, Textausgabe StPO)
- KUNZ KARL-LUDWIG, Opferschutz und Verteidigungsrechte, in: Forum Strafverteidigung (Hrsg.), Sexualdelikte und Strafprozess, plädoyer 5/2002 (Sonderbeilage), 2 ff. (zit.: KUNZ, Opferschutz und Verteidigungsrechte)
- KUNZ KARL-LUDWIG/KELLER PHILIPP, Die Rechtsprechung zum Opferhilfegesetz in den Jahren 1993 bis 1998. Eine Studie im Auftrage des Bundesamtes für Justiz, Bern 1999 (zit.: KUNZ/KELLER, Rechtsprechung OHG)
- KUNZ KARL-LUDWIG/SINGELNSTEIN TOBIAS, Kriminologie, 7. Aufl., Bern 2016.
- LÉCHOT JEAN-FRANÇOIS, Art. 100 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstrafprozess, Zürich 2008 (zit.: LÉCHOT, Komm. MStP)
- LERCH CHRISTOPH, Täteransprachen bei häuslicher Gewalt im Kanton Bern, in: Schwarzenegger Christian/Brunner Reinhard (Hrsg.), Bedrohungsmanagement – Häusliche Gewalt, Zürich/Basel/Genf 2018, 39 ff.
- LEUBIN MÜLLER GABRIELA, Die Stellung und Rechte des erwachsenen Opfers im Strafprozess, AJP 2012, 1585 ff.
- LIEBER VIKTOR, Parteien und andere Verfahrensbeteiligte nach der neuen schweizerischen Strafprozessordnung, in: ZStrR 2/2008, 174 ff. (zit.: LIEBER, Verfahrensbeteiligte)
- LIEBER VICTOR, Art. 125 StPO, in: DONATSCH ANDREAS/HANSJAKOB THOMAS/LIEBER VICTOR (Hrsg.), Kommentar zur Schweizerischen Strafprozessordnung, 2. Aufl., Zürich 2014 (zit.: LIEBER, Kommentar StPO)
- LINSI CHRISTIAN, Verfassungsrechtliche Zuständigkeit des Bundes für den Erlass von Polizeirecht, in: LeGes 2008, 465 ff.
- MARTI HANS, Die staatsrechtliche Beschwerde: Nach der neuesten Rechtsprechung des Bundesgerichtes, 3. Aufl., Basel 1977 (zit.: MARTI, Staatsrechtliche Beschwerde)
- MACALUSO ALAIN/PIQUEREZ GÉRARD, Procédure pénale suisse, 3. Aufl., Zürich 2011 (zit.: MACALUSO/PIQUEREZ, PPS).
- MAGNIN JOSIANNE, Die Polizei: Aufgaben, rechtsstaatliche Grenzen und Haftung, Zürich/Basel/Genf 2017
- MARFURT THOMAS/RINDLISBACHER MARTIN, Art. 56 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstrafprozess, Zürich 2008 (zit.: MARFURT/RINDLISBACHER, Komm. MStP)
- MASSARI SANDRA, Kosten- und Entschädigungsfolgen für die Privatklägerschaft im Strafprozess, in: Jusletter vom 2. Februar 2015 (zit.: MASSARI, Kostenfolgen)

- MARSHALL TONY F., The Evolution of Restorative Justice in Britain, in: *European Journal of Criminal Policy and Research*, Heft 4/1996, 21–43 (zit.: KLEY-STRULLER, Evolution).
- MATHYS HEINZ WALTER, Der Bergunfall an der Jungfrau: sechs Tote als Folge einer Mitreisenskaskade, in: *Sicherheit & Recht* 1/2011, S. 70 ff.
- MÄDER STEFAN, Rechtsstaatlichkeit und Effizienz: MSTP und StPO im Vergleich, in: *Jusletter* 13. Mai 2019 (zit.: MÄDER, Vergleich)
- MAURER THOMAS, Opferhilfe zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: *ZBJV* 5/2000, 305 ff. (zit.: MAURER, Opferhilfe)
- MAURER THOMAS, Das Opferhilfegesetz und die kantonalen Strafprozessordnungen, in: *ZStR* 4/1993, 375 ff. (zit.: MAURER, OHG)
- MAURER THOMAS, Das bernische Strafverfahren, 2. Aufl., Bern 2003 (zit.: MAURER, Strafverfahren)
- MCCOLD PAUL/WACHTEL TED, In Pursuit of Paradigm: A Theory of Restorative Justice, *Restorative Practices eforum*, August 12/2003, 1–3 (zit.: MCCOLD/WACHTEL, Paradigm).
- MEIER HANNA/GLOOR DANIELA, Gewaltbetroffene Männer – wissenschaftliche und gesellschaftlich-politische Einblicke in eine Debatte, in: *FamPra* 2003, 526 ff.
- MEIER PHILIPPE/STETTLER MARTIN, *Droit de la filiation*, Genf/Zürich/Basel 2019
- MEILI ANDREAS, Art. 28b ZGB, in: Geiser Thomas/Fountoulakis Christiana (Hrsg.), *Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I*, Art. 1–456 ZGB, 6. Aufl., Basel 2018.
- MESSMER GEORG/IMBODEN HERMANN, Die eidgenössischen Rechtsmittel in Zivilsachen: Berufung, zivilrechtliche Nichtigkeitsbeschwerde und staatsrechtliche Beschwerde, Zürich 1992 (zit.: MESSMER/IMBODEN, Rechtsmittel)
- MEYER-BLASER ULRICH/GÄCHTER THOMAS, Der Sozialstaatsgedanke, in: THÜRER DANIEL/AUBERT JEAN-FRANÇOIS/MÜLLER JÖRG PAUL (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz*, Zürich 2001, 549 ff. (zit.: MEYER-BLASER/GÄCHTER, Sozialstaatsgedanke)
- MICHLIG MATTHIAS, Öffentlichkeitskommunikation der Strafbehörden unter dem Aspekt der Amtsgeheimnisverletzung (Art. 320 StGB), Zürich 2013 (zit.: MICHLIG, Öffentlichkeitskommunikation).
- MIZEL CÉDRIC, La qualité de victime LAVI et la mesure actuelle des droits qui en découlent, in: *JT* 2/2003, 38 ff. (zit.: MIZEL, Victime)
- MOERI GIAN, Art. 113 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), *Kommentar zum Militärstrafprozess*, Zürich 2008 (zit.: MOERI, Komm. MStP)
- MOERI GIAN, Art. 101 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), *Kommentar zum Militärstrafprozess*, Zürich 2008 (zit.: MOERI, Komm. MStP)
- MOHLER MARKUS H.F., *Grundzüge des Polizeirechts in der Schweiz*, Basel 2012
- MOREILLON LAURENT/MACALUSO ALAIN, Les relations entre la PPM et le CPP: une loi moderne pour suppléer une loi ancienne?, in: *Jusletter* 13. Mai 2019
- MOHLER MARKUS H.F., Kurzgutachten zuhanden der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern betreffend die Frage nach der, Befugnis des Grossen Rates, in bestimmter Weise zur Informationspraxis der Staatsanwaltschaft und der Polizei (stete Nennung der Nationalität von

- Tatverdächtigen und Opfern) zu legiferieren, 7. Mai 2018, Basel-Binningen, abrufbar unter <<https://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwbinary.DOKUMENTE.acq/da3b8e7d2eb74bd5a7514038e7ca8a33-332/1/PDF/2018.POM.674-Beilage-D-181015.pdf>> (zit.: MOHLER, Kurzgutachten).
- MOECKLI DANIEL/KELLER RAPHAEL, Wegweisungen und Rayonverbote – ein Überblick, in: Sicherheit & Recht 2012, 231 ff.
- MÖSCH PAYOT PETER, Die aktuelle rechtliche Situation im Umgang mit häuslicher Gewalt in der Schweiz: Hintergründe, Neuerungen und Herausforderungen, in: FamPra 2009, 561 ff. (zit.: MÖSCH PAYOT, Umgang)
- MÖSCH PAYOT PETER, Die aktuelle rechtliche Situation im Umgang mit häuslicher Gewalt in der Schweiz: Neuerungen, Hintergründe und Herausforderungen, Unter besonderer Berücksichtigung der strafrechtlichen Offizialisierung und der provisorischen Einstellung nach Art. 55a StGB, in: Frauenfragen 2008, 15 ff. (zit.: MÖSCH PAYOT, Frauenfragen)
- MÖSCH PAYOT PETER, Der Kampf gegen häusliche Gewalt: Zwischen Hilfe, Sanktion und Strafe, Kriminalpolitische Veränderungen und die Funktionalisierung des Strafrechts zum Opferschutz am Beispiel der Reformen im Kampf gegen häusliche Gewalt in der Schweiz, Luzern 2007 (zit.: MÖSCH PAYOT, Kampf)
- MÖSCH PAYOT PETER, Anordnung von Pflichtberatung und Lernprogrammen im Rahmen von strafrechtlichen Sanktionen, insb. als Weisungen. Gutachten im Auftrag des EBG, Bern 2012 (zit.: MÖSCH PAYOT, Gutachten).
- MÜLLER JÖRG PAUL/SCHEFER MARKUS, Grundrechte in der Schweiz: Im Rahmen der Bundesverfassung, der EMRK und der UNO-Pakte, 4. Aufl., Bern 2008 (zit.: MÜLLER/SCHEFER, Grundrechte)
- MÜLLER SONJA, Risikoeinschätzungsinstrumente – Nutzen und Bedeutung in der polizeilichen Praxis, in: Schwarzenegger Christian/Nägeli Rolf (Hrsg.), 7. Zürcher Präventionsforum – Häusliche Gewalt, Zürich/Basel/Genf 2015, 99 ff.
- NAY GIUSEP, Rechte des Opfers im Strafverfahren, in: Wiedergutmachung und Aussöhnung, Luzern 1997, 26 ff.
- NIGGLI MARCEL ALEXANDER/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht I, Art. 1–136 StGB, 4. Aufl., Basel 2019 (zit.: BSK StGB I–BEARBEITER/IN, Art.)
- NIGGLI MARCEL ALEXANDER/WIPRÄCHTIGER HANS, Basler Kommentar, Strafrecht II, Art. 137–392 StGB, Jugendstrafgesetz, 4. Aufl., Basel 2019 (zit.: BSK StGB II–BEARBEITER/IN, Art.)
- Niggli Marcel Alexander/Heer Marianne/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), Basler Kommentar, Schweizerische Strafprozessordnung I/II, 2. Aufl., 2014 (zit.: BSK StPO–AUTOR)
- Niggli Marcel Alexander/Uebersax Peter/Wiprächtiger Hans/Kneubühler Lorenz (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesgerichtsgesetz, 3. Aufl. 2018 (zit.: BSK BGG–AUTOR)
- NONN MICHAEL, Art. 119 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstrafprozess, Zürich 2008 (zit.: NONN, Komm. MStP)
- NONN MICHAEL, Art. 122 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN,

- NYDEGGER MICHA, Vom Geschädigten zum Privatkläger. Hürden und Hilfestellungen bei der Konstituierung als Privatklägerschaft, ZStrR 1/2018, 55 ff. (zit.: NYDEGGER, Privatkläger)
- OBERHOLZER NIKLAUS, Grundzüge des Strafprozessrechts, 4. Aufl., Bern 2020 (zit.: OBERHOLZER, Grundzüge)
- OBERHOLZER NIKLAUS, Art. 320–321^{ter} StGB, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar zum Strafgesetzbuch II, Basel 2018 (zit.: OBERHOLZER, BSK-Strafrecht II)
- OFTINGER KARL/STARK EMIL W., Schweizerisches Haftpflichtrecht, Band I: Allgemeiner Teil, 5. Aufl., Zürich 1995 (zit.: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I)
- OFTINGER KARL/STARK EMIL W., Schweizerisches Haftpflichtrecht, Band II a–c: Besonderer Teil, 4. Aufl., Zürich 1987–1991 (zit.: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II)
- OPPLIGER BEAT/HEIMGARTNER STEFAN, § 25 PolG Voraussetzungen, in: Donatsch Andreas/Jaag Tobias/Zimmerlin Sven (Hrsg.), PolG – Kommentar zum Polizeigesetz des Kantons Zürich, Zürich/Basel/Genf 2018
- OTT BARBARA, Art. 65 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstrafprozess, Zürich 2008 (zit.: OTT, Komm. MStP)
- OTT RAHEL/SCHWARZENEGGER CHRISTIAN, Erste Ergebnisse der Studie «Polizeiliche und strafrechtliche Massnahmen gegen häusliche Gewalt – Praxis und Wirkungsevaluation», in: Schwarzenegger Christian/Brunner Reinhard (Hrsg.), Bedrohungsmanagement – Gewaltprävention, Zürich/Basel/Genf 2017, 87 ff.
- PERRIER CAMILLE, La médiation en droit pénal suisse. Etude de la législation suisse relative à la médiation pénale à la lumière des droits français, allemand et belge, Diss., Basel 2011 (zit.: PERRIER, Diss.).
- PESENTI HUBER PATRIZIA, Für einen besseren Schutz des minderjährigen Opfers im Strafprozess: Postulate zu einer Revision der Strafprozessordnungen am Beispiel des Kantons Tessin, in: AJP 12/1992, 1533 ff. (zit.: PESENTI HUBER, Schutz)
- PFLAUM SONJA, Revision der Wiedergutmachungsnorm (Art. 53 StGB), AJP 2020, 413–427 (zit.: PFLAUM, Revision).
- PIQUEREZ GÉRARD, La nouvelle loi sur l'aide aux victimes d'infractions: Quels effets sur la RC et la procédure pénale?, in: RJJ 1/1996, 1 ff. (zit.: PIQUEREZ, LAVI)
- PIQUEREZ GÉRARD, Les nouvelles dispositions en matière de procédure pénale, in: RJJ 1/2001, 73 ff. (zit.: PIQUEREZ, Procédure)
- PITSELA ANGELIKA/SYMEONIDOU-KASTANIDOU ELISAVET (Hrsg.), Restorative Justice in POPP PETER, Kommentar zum Militärstrafgesetz, Besonderer Teil, St. Gallen 1992 (zit.: POPP, Komm. MStG)
- PITSELA ANGELA/SYMEONIDOU-KASTANIDOU ELISAVET, Criminal Matters. Towards a New European Perspective, Athen 2013 (zit.: PITSELA/SYMEONIDOU-KASTANIDOU, Perspective).
- POPP PETER, Kommentar zum Militärstrafgesetz, Besonderer Teil, St. Gallen 1992 (zit.: POPP, Komm. MStg).

- POPP PETER/LEVANTE PATRIZIA, Art. 1–9 StGB, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar zum Strafgesetzbuch I, Basel 2018 (zit.: POPP/LEVANTE, BSK-Strafrecht I)
- QUELOZ NICOLAS, Les défis posés à la justice pénale et à la justice restaurative dans le cas des infractions graves, in: QUELOZ NICOLAS, JACCOTTET TISSOT CATHERINE, KAPFERER NILS, MONA MARCO (Hrsg.), Changer de regard: La justice restaurative en cas d'infractions graves. Perspektivenwechsel: Restaurative Justiz auch bei schweren Verbrechen, Zürich 2020, 1–11 (zit.: QUELOZ, Défis).
- REY HEINZ, WILDHABER ISABELLE, Ausservertragliches Haftpflichtrecht, 5. Aufl., Zürich 2018 (zit.: REY, Ausservertragliches Haftpflichtrecht)
- RIKLIN FRANZ, Orell Füssli Kommentar StPO, 2. Aufl., Zürich 2014 (zit.: RIKLIN, OFK-StPO).
- RIKLIN FRANZ, Vor Art. 52–55 und Art. 52–55 StGB, in: Niggli Marcel Alexander/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), Basler Kommentar zum Strafgesetzbuch I, 4. Aufl., Basel 2018 (zit.: RIKLIN, BSK-Strafrecht I).
- RINIKER JELENA, Opferrechte des Tatzeugen, Die Problematik des Opferbegriffs nach OHG und die strafrechtliche Qualifikation der Verletzung der psychischen Integrität, Diss. Bern 2011 (zit.: RINIKER, Opferrechte des Tatzeugen)
- ROTH ANDREAS A./BERKEMEIER ANNE, Art. 120–123 StGB, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar zum Strafgesetzbuch II, Basel 2018 (zit.: ROTH/BERKEMEIER, BSK-Strafrecht II)
- ROTH ROBERT/KELLERHALS CHRISTOPHE/LEROY DAVID/MATHEY JOËLLE, La protection de la victime dans la procédure pénale. Rapport d'évaluation rédigé sur mandat de l'Office fédéral de la justice, Genève 1997 (zit.: ROTH/KELLERHALS/LEROY/MATHEY, Rapport)
- RÖTHLISBERGER ALAIN P., Art. 116 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstrafprozess, Zürich 2008 (zit.: RÖTHLISBERGER, Komm. MStP)
- RÖTHLISBERGER ALAIN P., Art. 196 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstrafprozess, Zürich 2008 (zit.: RÖTHLISBERGER, Komm. MStP)
- RUCKSTUHL NIKLAUS, Adhäsionsprozess – was leistet das Strafverfahren? in: KREN KOSTKIEWICZ JOLANTA/MARKUS ALEXANDER R./RODRIGUEZ RODRIGO (Hrsg.), Schnittstellen zwischen Zivilprozess und Strafverfahren – Prozessuale Besonderheiten und beweisrechtliche Strategien des Adhäsionsverfahrens sowie Zusammenspiel zwischen zivil- und strafprozessualer Sicherung national und international, Bern 2014, 1 ff. (zit.: RUCKSTUHL, Adhäsionsprozess)
- RUMO-JUNGO ALEXANDRA, Haftpflicht und Sozialversicherung: Begriffe, Wertungen und Schadenausgleich, Freiburg 1998 (zit.: RUMO-JUNGO, Haftpflicht)
- RUMO-JUNGO ALEXANDRA, Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Sozialversicherungsrecht: Bundesgesetz über die Unfallversicherung, 4. Aufl., Zürich 2012 (zit.: RUMO-JUNGO, Rechtsprechung)
- RYSER BÜSCHI NADINE, Familiäre Gewalt an Kindern, Eine Untersuchung der Umsetzung der staatlichen Schutzpflicht im Strafrecht, in: ZStStr 2012, 264 ff.

- RYSER BÜSCHI NADINE/LUGINBÜHL FRANZISKA, Schutz vor häuslicher Gewalt – zivilrechtliche Instrumente, in: FamPra 2020, 86 ff.
- SANTSCHI KALLAY MASCHA, Externe Kommunikation der Gerichte, Rechtliche und praktische Aspekte der aktiven und reaktiven Medienarbeit der Judikative, bern 2018 (zit.: SANTSCHI KALLAY, Kommunikation).
- SAUTNER LYANE, Opferinteressen und Strafrechtstheorien. Zugleich ein Beitrag zum restaurativen Umgang mit Straftaten, Studien-Verlag, 2010 (zit.: SAUTNER, Opferinteressen)
- SAXER URS, Art. 69–75 StPO, in: Niggli Marcel Alexander/Heer Marianne/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), Basler Kommentar Strafprozessordnung, 2. Aufl., Basel 2014 (zit.: SAXER, BSK-Strafprozessordnung).
- SCHÄDLER SIMON M., Der Strafprozess vor Militärgericht im Rechtsstaat, in: LOCKER LEANDER D./ZELLWEGE-GUTKNECHT CORINNE (Hrsg.), Differenzierung als Legitimationsfrage, Zürich/St. Gallen 2012, S. 401 ff.
- SCHÄR MOSER MARIANNE/EGGER THERES, Gewalt in Paarbeziehungen – Bericht zum Forschungsbedarf, Umsetzung einer Massnahme aus dem Bericht des Bundesrates «Gewalt in Paarbeziehungen – Ursachen und in der Schweiz getroffene Massnahmen» vom 13. Mai 2009, Bern, Oktober 2011
- SCHAETZLE MARC/WEBER STEPHAN/DOLF REMO, Der Personenschaden und seine Berechnung, in: MÜNCH PETER/GEISER THOMAS (Hrsg.), Schaden – Haftung – Versicherung, Basel 2015 (zit.: SCHAETZLE/WEBER/DOLF, Schaden und Berechnung)
- SCHAETZLE MARC/WEBER STEPHAN, Kapitalisieren: Handbuch zur Anwendung der Barwerttafeln (Leonardo II), 5. Aufl., Zürich 2001 (zit.: SCHAETZLE/WEBER, Kapitalisieren)
- SCHAFFHAUSER RENÉ/DÄHLER MANFRED, Tücken der Adhäsionsklage nach OHG, in: BÉNÉDICT JÉRÔME/MARVILLE PAUL/ROUX FRANÇOIS/SCHLOSSER RALPH/SCHUPP PIERRE-DOMINIQUE (Hrsg.), Responsabilité civile et assurance: Etudes en l'honneur de Baptiste Rusconi, Lausanne 2000, 315 ff. (zit.: SCHAFFHAUSER/DÄHLER, Adhäsionsklage)
- SCHAFFHAUSER RENÉ/ZELLWEGE JAKOB, Grundriss des schweizerischen Strassenverkehrsrechts, Band II: Haftpflicht und Versicherung, Bern 1988 (zit.: SCHAFFHAUSER/ZELLWEGE, Strassenverkehrsrecht)
- SCHAFFNER-HESS SUSANNE, in: Gomm Peter/Zehntner Dominik (Hrsg.), Kommentar zum Opferhilfegesetz, 3. Aufl., Bern 2009 (zit.: SCHAFFNER, Voraufgabe 2009).
- SCHAUB LUKAS, Die Wiedergutmachung nach Art. 53 StGB: Formelle und materielle Aspekte, ius.full 3+4/2014, 74–83 (zit.: SCHAUB, Aspekte).
- SCHEIDEGGER ALEXANDRA, Minderjährige als Zeugen und Auskunftspersonen im Strafverfahren: Unter besonderer Berücksichtigung der für das Strafverfahren relevanten psychologischen Aspekte, Zürich 2006 (zit.: SCHEIDEGGER, Minderjährige Zeugen)
- SCHLEIMINGER DORRIT, Konfrontation im Strafprozess: Art. 6 Ziff. 3 lit. d EMRK mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zum Opferschutz im Bereich von Sexualdelikten gegen Minderjährige, Freiburg 2000 (zit.: SCHLEIMINGER, Konfrontation)
- SCHLEIMINGER DORRIT, Bemerkungen zu BGE 129 I 151, in: AJP 7/2003, 860 ff. (zit.: SCHLEIMINGER, Bemerkungen zu BGE 129 I 151)
- SCHLUEP WALTER R., Über Sinn und Funktionen des Anwaltsgeheimnisses im Rechtsstaat, Zürich 1994 (zit.: SCHLUEP, Anwaltsgeheimnis)

- SCHLÜSSELBERGER DANIEL, Electronic Monitoring – eine Übersicht, in: Schwarzenegger Christian/Brunner Reinhard (Hrsg.), Bedrohungsmanagement – Häusliche Gewalt, Zürich/Basel/Genf 2018, 75 ff.
- SCHMID NIKLAUS/JOSITSCH DANIEL, Handbuch des schweizerischen Strafprozessrechts, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2017 (zit.: SCHMID/JOSITSCH, Handbuch)
- SCHMID NIKLAUS/JOSITSCH DANIEL, Schweizerische Strafprozessordnung, Praxiskommentar, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2018 (zit.: SCHMID/JOSITSCH, Art.)
- SCHNEIDER CARL, What It Means To Be Sorry: The Power Of Apology In Mediation, Mediation Quarterly Vol. 17/3 2000 (zit.: SCHNEIDER, Apology).
- SCHOBER FABIENNE Der Anspruch der Öffentlichkeit auf Informationen während des Vorverfahrens, ZStrR 133/2015, 318–338 (zit.).
- SCHODER CHARLOTTE, Opferhilfeleistungen im Lichte des revidierten Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 23. März 2007, in: AJP 12/2008, 1483 ff. (zit.: SCHODER, Opferhilfeleistungen)
- SCHÖNFELD WALTHER, Über die Gerechtigkeit: Ein Tryptichon, Göttingen 1952 (zit.: SCHÖNFELD, Tryptichon).
- SCHORER PRISCILLE, Les droits procéduraux des victimes avant et après l'entrée en vigueur du Code de procédure pénale, Jusletter vom 31. August 2015
- SCHUBARTH MARTIN, Bemerkungen zu BGE 133 III 701, in: AJP 3/2007, 370 ff. (zit.: SCHUBARTH, Bemerkungen zu BGE 133 III 701)
- SCHWANDER MARIANNE, Das Opfer im Strafrecht, Grundlagen, Häusliche Gewalt, Zwangs- und Minderjährigenheirat, Prostitution, Menschenhandel, Pornografie, Knabenbeschneidung, weibliche Genitalverstümmelung, 3. Aufl., Bern 2019 (zit.: SCHWANDER, Opfer)
- SCHWANDER MARIANNE, Bedrohungsmanagement bei Häuslicher Gewalt – rechtliche Rahmenbedingungen für die interdisziplinäre Zusammenarbeit, in: Schwarzenegger Christian/Brunner Reinhard (Hrsg.), Bedrohungsmanagement – Gewaltprävention, Zürich/Basel/Genf 2017, 115 ff. (zit.: SCHWANDER, Bedrohungsmanagement)
- SCHWANDER MARIANNE, Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt: Neue Erkenntnisse – neue Instrumente, in: ZStrR 2003, 195 ff. (zit.: SCHWANDER, Interventionsprojekte)
- SCHWARZENEGGER CHRISTIAN, Art. 111–120 StGB, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar zum Strafgesetzbuch II, Basel 2018 (zit.: SCHWARZENEGGER, BSK-Strafrecht II)
- SCHWARZENEGGER CHRISTIAN, Art. 372 StPo Voraussetzungen und Zuständigkeit, in: Donatsch Andreas/Hansjakob Thomas/Lieber Viktor (Hrsg.), Kommentar zur Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO, 2. Aufl., Zürich 2014.
- SCHWARZENEGGER CHRISTIAN/FISCHBACHER RAHEL/LOEWE-BAUR MIRJAM/STÖSSEL JASMINE, Häusliche Gewalt, rechtliche Instrumente zum Schutz der Opfer und ihre Wirksamkeit – unter besonderer Berücksichtigung des polizeilichen Gewaltschutzes/I. – II., 9 ff. (zit.: SCHWARZENEGGER ET AL., I. – II.)
- SCHWARZENEGGER CHRISTIAN/GURT AURELIA, Rechtliche Möglichkeiten gegen Stalking in der Schweiz, Gutachten zuhanden des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG), Zürich, 10. März 2019

- SCHWARZENEGGER CHRISTIAN/OTT RAHEL, Polizeiliche und strafrechtliche Massnahmen gegen häusliche Gewalt – Wirkung und Praxis, in: Kaufmann Claudia/Hausamann Christina (Hrsg.), Zugang zum Recht, Vom Grundrecht auf einen wirksamen Rechtsschutz, Basel 2017, 79 ff.
- SCHWEIZER RAINER J., Art. 10 BV, in: EHRENZELLER BERNHARD/MASTRONARDI PHILIPPE/SCHWEIZER RAINER J./VALLENDER KLAUS A. (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung, St. Galler Kommentar, 3. Aufl., St. Gallen 2014 (zit.: SCHWEIZER, Art. 10 BV)
- SCHWEIZER RAINER J./ABDERHALDEN URSULA, Art. 48 BV, in: Ehrenzeller Bernhard/Schindler Benjamin (Schweizer Rainer J./Valender Klaus A. (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung, St. Galler Kommentar, Art. 1–80; 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2014.
- SCHWERI ERHARD, Eidgenössische Nichtigkeitsbeschwerde in Strafsachen, Bern 1993 (zit.: SCHWERI, Nichtigkeitsbeschwerde)
- SEELMANN KURT, Paradoxien der Opferorientierung im Strafrecht, in: JZ 14/1989, 670 ff. (zit.: SEELMANN, Paradoxien der Opferorientierung)
- SEELMANN KURT, Art. 14–18 StGB, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar zum Strafgesetzbuch I, Basel 2018 (zit.: SEELMANN, BSK-Strafrecht I)
- SIDLER MAX, Die Bemessung der Genugtuung bei Todesfällen: Ein Plädoyer für die Zuspprechung von Regelgenugtuungen, in: recht 2/2003, 54 ff. (zit.: SIDLER, Regelgenugtuung)
- SOFFI K. SOZIALWISSENSCHAFTLICHES FRAUENFORSCHUNGSINSTITUT DER KONTAKTSTELLE PRAXISORIENTIERTE FORSCHUNG E.V. AN DER EVANGELISCHEN FACHHOCHSCHULE, Abschlussbericht zum 30.10.2004, Forschungsprojekt, Wissenschaftliche Untersuchung zur Situation von Frauen und zum Beratungsangebot nach einem Platzverweis bei häuslicher Gewalt «Platzverweis → Beratung und Hilfen», Freiburg 2004 (zit.: SOFFIK)
- STAUFFER THOMAS P., Art. 167 BV, in: in: EHRENZELLER BERNHARD/MASTRONARDI PHILIPPE/SCHWEIZER RAINER J./VALLENDER KLAUS A. (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung, St. Galler Kommentar, 2. Aufl., St. Gallen 2008 (zit.: STAUFFER, Bundesverfassung)
- STAUFFER WILHELM/STAUFFER THEO/SCHAETZLE MARC, STEPHAN WEBER, Barwerttafeln (Leonardo I), 5. und 7. Aufl., Zürich 2001 und 2019 (zit.: SCHAETZLE/WEBER, Barwerttafeln)
- STAUFFER THOMAS P./CAVELTI Ulrich, St. Galler Kommentar zur Bundesverfassung (Die Schweizerische Bundesverfassung, Bernhard Ehrenzeller, Benjamin Schindler, Rainer J. Schweizer, Klaus A. Vallender (Hrsg.), 3. Auflage, Zürich 2014)
- STEGMANN MARIO, Über die Unabhängigkeit der militärischen Gerichtsbarkeit, Sicherheit & Recht 1/2015, S. 22 ff.
- STEIN PETER, Wer zahlt die Anwaltskosten im Haftpflichtfall?, in: ZSR 4/1987, 635 ff. (zit.: STEIN, Anwaltskosten)
- STEIN PETER, Die Genugtuung, 4. Aufl., Genf 1987 (zit.: STEIN, Genugtuung)
- STEINER DAVID/ARN RAPHAËL, Art. 73–75, in: Bohnet François/Haldy Jacques/Jeandin Nicolas/Schweizer Philippe/Tappy Denis (Hrsg.), Code de procédure civile, Commentaire romand, 2. Aufl., Basel 2019 (zit.: STEINER/ARN, CR).
- STRATENWERTH GÜNTER/BOMMER FELIX, Schweizerisches Strafrecht, Allgemeiner Teil II: Strafen und Massnahmen, 3. Aufl., Bern 2020

- STRATENWERTH GÜNTER/BOMMER FELIX, Schweizerisches Strafrecht, Besonderer Teil II, Bern 201
- STREBEL ELISABETH, Grenzen medialer Öffentlichkeitsarbeit der Staatsanwaltschaft. Zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der beschuldigten Person im Vorverfahren., Diss., Bern 2011 (zit.: STREBEL, Grenzen).
- SCHWARZENEGGER CHRISTIAN/THALMANN URS/ZANOLINI VEIO, Mediation im Strafrecht: Erfahrungen im Kanton Zürich. Schlussbericht zur kriminologischen Evaluation des Zürcher Pilotprojekts, Zürich 2006 (zit.: SCHWARZENEGGER/THALMANN/ZANOLINI, Schlussbericht).
- STRATENWERTH/BOMMER, Schweizerisches Strafrecht. Allgemeiner Teil II: Strafen und Massnahmen, 3. Aufl., Bern 2020 (zit.: STRATENWERTH/BOMMER, AT/II).
- STRATENWERTH GÜNTER/WOHLERS WOLFGANG, Schweizerisches Strafgesetzbuch: Handkommentar, 2. Aufl., Bern 2009 (zit.: STRATENWERTH/WOHLERS, Handkommentar Strafgesetzbuch)
- STUDER PETER, Opfer und Medien, in: Bundesamt für Justiz (Hrsg.), Opferhilfe in der Schweiz, Bern 2004, 225 ff. (zit.: STUDER, Opfer und Medien)
- SWOBODA ILONA, Opferschutz – eine vielschichtige Herausforderung für die Praxis, in: Schwarzenegger Christian/Brunner Reinhard (Hrsg.), Bedrohungsmanagement – Häusliche Gewalt, 59 ff.
- TAMM NIKOLAUS, in: Gomm Peter/Zehntner Dominik (Hrsg.), Kommentar zum Opferhilfegesetz, 3. Aufl., Bern 2009 (zit.: TAMM, Voraufgabe 2009, Art.).
- TAMM NIKOLAUS, Die Zivilklage im neuen Strafprozessrecht, in: Anwaltsrevue 10/2010, 405 ff. (TAMM, Zivilklage)
- TANNER BETTINA, Das Teilnahmerecht der Privatklägerschaft nach Art. 147 StPO und seine Grenzen, Zürich 2018 (zit.: TANNER, Teilnahmerecht)
- THOMMEN MARC, Art. 78–81 BGG: Beschwerde in Strafsachen, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/UEBERSAX PETER/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar zum Bundesgerichtsgesetz, Basel 2018 (zit.: THOMMEN, BGG)
- THOMMEN MARC, Opfer zweiter Klasse – gutta cavat lapidem, sui-generis 2019, 91–102 (zit.: Thommen, sui-generis 2019).
- TIEFENTHAL JÜRG MARCEL, Kantonales Polizeirecht der Schweiz, Zürich/Basel/Genf 2018
- TRACHSEL JOHN, Die Bemessung der Genugtuung: eine rechtvergleichende Studie, Diss. Zürich 2018 (zit.: TRACHSEL, Genugtuung)
- TRECHSEL STEFAN/PIETH MARC (Hrsg.), Schweizerisches Strafgesetzbuch: Praxiskommentar, Zürich 2018 (zit.: TRECHSEL/PIETH, Praxiskommentar StGB)
- TRENCZEK THOMAS/HARTMANN ARTHUR, Kriminalprävention durch Restorative Justice – Evidenz aus der empirischen Forschung, in: Walsh Maria/Pniewski Benjamin, Kober Marcus, Armbrorst Andreas (Hrsg.), Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland, Wiesbaden 2018, 859–886 (zit.: TRENCZEK/HARTMANN, Evidenz).
- TREUTHARDT DANIEL, Tatpersonen häuslicher Gewalt. Ein delinquenzbezogenes Handlungsmodell für Behörden, Institutionen und Fachpersonen, erstellt im Auftrag des Eidgenössi-

- schen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, 2017 (zit.: TREUTHARDT, Handlungsmodell)
- TREUTHARDT DANIEL/KRÖGER MELANIE, Evaluation des Lernprogramms Partnerschaft ohne Gewalt, Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, 14/2020, 177–187 (zit.: TREUTHARD/KRÖGER, Evaluation).
- TSCHENTSCHER AXEL/LIENHARD ANDREAS/SPRECHER FRANZISKA, Öffentliches Recht, 2. Aufl., Zürich 2019.
- UHLMANN FELIX/ZEHNDER VITAL, Rechtsetzung durch Konkordate, in: LeGes 2011, 9 ff.
- VAN NESS DANIEL/STRONG KAREN HEETDERKS, Restoring Justice: An Introduction to Restorative Justice, 5. Aufl., New Providence 2015 (zit.: Van Ness/Strong, Restoring Justice).
- VEST HANS/HORBER SALOME, Art. 168–171 StPO, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/HEER MARIANNE/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.) Basler Kommentar, Schweizerische Strafprozessordnung. Jugendstrafprozessordnung; Basel 2014 (zit.: BSK StPO VEST/HORBER)
- VETTERLI ROLF, Art. 176 ZGB, in: Schwenzer Ingeborg/Fankhauser Roland (Hrsg.), Fam-Kommentar, Scheidung, Band I: ZGB, 3. Aufl., Bern 2017
- VILLIGER MARK E., Handbuch der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), Zürich 1999 (zit.: VILLIGER, Handbuch EMRK)
- WALDER HANS/HANSJAKOB THOMAS, Kriminalistisches Denken, 10. Aufl., Heidelberg 2016
- WALGRAVE LODE, Restorative Justice and the Law, Devon 2002 (zit.: WALGRAVE, Restorative Justice).
- WALKER LENORE E., The Battered Woman, New York 1979
- WEHRENBURG STEFAN, Art. 149–156 StPO, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/HEER MARIANNE/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.) Basler Kommentar, Schweizerische Strafprozessordnung. Jugendstrafprozessordnung; Basel 2014 (zit.: BSK StPO-WEHRENBURG)
- WEHRENBURG STEFAN, Vorbemerkungen zu Art. 163–165 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstraßprozess, Zürich 2008 (zit.: WEHRENBURG, Komm. MStP)
- WEHRENBURG STEFAN, Art. 163 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstraßprozess, Zürich 2008 (zit.: WEHRENBURG, Komm. MStP)
- WEHRENBURG STEFAN, Art. 164 MStP, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstraßprozess, Zürich 2008 (zit.: WEHRENBURG, Komm. MStP)
- WEHRENBURG STEFAN, Exkurs zu Art. 135 MG, in: WEHRENBURG STEFAN/MARTIN JEAN DANIEL/FLACHSMANN STEFAN/BERTSCHI MARTIN, SCHMID STEFAN G. (Hrsg.), Kommentar zum Militärstraßprozess, Zürich 2008 (zit.: WEHRENBURG, Komm. MStP)
- WEIGEND THOMAS, «Die Strafe für das Opfer»? – Zur Renaissance des Genugtuungsgedankens im Straf- und Strafverfahrensrecht, Rechtswissenschaft 1/2010, 39–57 (zit.: WEIGEND, Strafe).

- WEISHAUPT EVA, Die verfahrensrechtlichen Bestimmungen des Opferhilfegesetzes (OHG) unter besonderer Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf das Zürcher Verfahrensrecht, Zürich 1998 (zit.: WEISHAUPT, OHG)
- WEISHAUPT EVA, Finanzielle Ansprüche nach Opferhilfegesetz, in: SJZ 13/2002, 322 ff. (zit.: WEISHAUPT, Ansprüche)
- WEISHAUPT EVA, Besonderer Schutz minderjähriger Opfer im Strafverfahren: Teilrevision des OHG, in: ZStrR 3/2002, 231 ff. (zit.: WEISHAUPT, Minderjährige Opfer)
- WEISHAUPT EVA, OHG-Revision: Eine Diskussion der Zwischenergebnisse, Ansprüche der Opfer und Aufgaben der Beratungsstellen, in: HAVE 3/2003, 256 ff. (zit.: WEISHAUPT, OHG-Revision)
- WEISHAUPT EVA, Die Schweigepflicht nach Art. 4 OHG unter besonderer Berücksichtigung des Vorentwurfs, in: Bundesamt für Justiz (Hrsg.), Opferhilfe in der Schweiz, Bern 2004, 139 ff. (zit.: WEISHAUPT, Schweigepflicht)
- WEISHAUPT EVA, Die Ansprüche des Opfers im Adhäsions- und im Opferhilfeverfahren, in: FELLMANN WALTER/WEBER STEPHAN (Hrsg.), Haftpflichtprozess 2008, Zürich 2008, 113 ff. (zit.: WEISHAUPT, Adhäsionsverfahren)
- WEITEKAMP ELMAR G. M., The History of Restorative Justice, in: Gordon Bazemore/Lode Walgrave, Restorative juvenile justice: Repairing the harm of youth crime, Boulder/Colorado 1999, 45–74 (zit.: WEITEKAMP, History).
- WERLEN STEFAN, Der Anspruch auf Ergänzungsleistungen und deren Berechnung, Diss., Freiburg 1995
- WIDMER PIERRE/KRAUSKOPF FRÉDÉRIC, Privatrechtliche Haftung, in: MÜNCH PETER/GEISER THOMAS (Hrsg.), Schaden – Haftung – Versicherung, Basel 2015, 7 ff. (zit.: WIDMER/KRAUSKOPF, privatrechtliche Haftung)
- WINDLIN FRANZISKA, Grundfragen staatlicher Opferentschädigung: Entschädigung und Genugtuung nach Opferhilfegesetz (OHG) im Spiegel sozialstaatlicher, kriminalpolitischer und haftungsrechtlicher Begründungsansätze, Bern 2005 (zit.: WINDLIN, Grundfragen)
- WIPRÄCHTIGER HANS, Kontrolle der Strafjustiz durch Medien und Öffentlichkeit – eine Illusion, in: Medialex 1/2004, 38 ff. (zit.: WIPRÄCHTIGER, Kontrolle der Strafjustiz)
- WIPRÄCHTIGER HANS, Revision des Allgemeinen Teils des StGB Änderungen im Schatten des Sanktionenrechts Überblick über diverse kleinere Neuerungen (Art. 1–33, 52–55a, 97–101 und 103–110 nStGB), ZStrR 123/2005, 403–437 (zit.: WIPRÄCHTIGER, ZStrR 2005)
- WOHLERS WOLFGANG, Aktuelle Fragen des Zeugenschutzes: Zur Vereinbarkeit der im Strafprozessrecht des Kantons Zürich anwendbaren Zeugenschutznormen mit Art. 6 Abs. 1 lit. d EMRK, in: ZStrR 2/2005, 144 ff. (zit.: WOHLERS, Zeugenschutz)
- WYSS SISTI ESTHER, Mehr Rechte für Opfer, in: plädoyer 1/2002, 27 ff. (zit.: WYSS SISTI, Opfer)
- WYSS SISTI ESTHER, Neuer Strafprozess: Die Rechte der Opfer, in: plädoyer 1/2008, 34 ff. (zit.: WYSS SISTI, Neuer Strafprozess)
- WYSSMANN DANIEL, Art. 92a StGB, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar Strafrecht I, 4. Aufl., Basel 2018.

- WYSSMANN DANIEL/RUTSCHI CHRISTOPH, Opferhilfe, in: Steiger-Sackmann/Mosimann (Hrsg.), Recht der Sozialen Sicherheit, Handbücher für die Anwaltspraxis, Bd. XI, Basel 2014, Rz. 38.1 ff.
- ZANOLINI VEIO, Wiedergutmachung durch Mediation. Eine Untersuchung über praktische Erfahrungen in Strafsachen, Diss., Bern 2014 (zit.: ZANOLINI, Diss.).
- ZEHTNER DOMINIK, Bemerkungen zu BGE 125 II 230, in: AJP 2/2000, 217 ff. (zit.: ZEHTNER, Bemerkungen zu BGE 125 II 230)
- ZEHTNER DOMINIK, Bemerkungen zu BGE 129 II 49, in: AJP 6/2003, 711 ff. (zit.: ZEHTNER, Bemerkungen zu BGE 129 II 49)
- ZEHTNER DOMINIK, Der Opferbegriff gemäss OHG, in: plädoyer 2/1995, 28 ff. (zit.: ZEHTNER, Opferbegriff)
- ZEHTNER DOMINIK/ARMESTO MONICA, Straftaten, in: MÜNCH PETER/GEISER THOMAS (Hrsg.), Schaden – Haftung – Versicherung, Basel 2015, 677 ff. (zit.: ZEHTNER/ARMESTO, Straftaten)
- ZEHTNER DOMINIK/HOFER HELENA, Vertretung von Opfern und Geschädigten, in: NIGGLI MARCEL ALEXANDER/WEISSENBERGER PHILIPPE (Hrsg.), Strafverteidigung, Basel 2002, 131 ff. (zit.: ZEHTNER/HOFER, Vertretung)
- ZEHTNER DOMINIK/SEIDLER PIERRE, Moment de la réduction de l'indemnité due au titre de la loi sur l'aide aux victimes d'infractions en cas de faute concomitante de la victime (Urteilsbesprechung zu BGE 128 II 49), in: HAVE 5/2002, 380 ff. (zit.: ZEHTNER/SEIDLER, Urteilsbesprechung BGE 128 II 49)
- ZEHTNER DOMINIK/TAMM NIKOLAUS, Unerwünschte Auswirkungen des Strafprozesses auf Zivilansprüche – Urteil des Bundesgerichts 6B_780/2009 vom 21. Januar 2010, in: HAVE – Haftung und Versicherung 2010, 360 ff. (zit.: ZEHTNER/TAMM, Auswirkungen)
- ZEHR HOWARD, Changing lenses. A new focus for crime and justice, Scottsdale 1990 (zit.: ZEHR, Lenses).
- ZEHR HOWARD, Fairsöhnt. Restaurative Gerechtigkeit – Wie Opfer und Täter heil werden können, Schwarzenfeld 2010 (zit.: ZEHR, Fairsöhnt).
- ZELLER FRANZ, Gerichtsöffentlichkeit als Quelle der Medienberichterstattung, in: Medialex 1/2003, 15 ff. (zit.: ZELLER, Gerichtsöffentlichkeit)
- ZEN-RUFFINEN PIERMARCO, Art. 4 BV: Le point sur l'évolution de la jurisprudence du Tribunal fédéral en matière d'assistance judiciaire, in: ZEN-RUFFINEN PIERMARCO/AUER ANDREAS (Hrsg.), De la Constitution, Etudes en l'honneur de Jean-François Aubert, Basel 1996, 693 ff. (zit.: ZEN-RUFFINEN, Art. 4 BV)
- ZIMMERLI ULRICH, Die Bundesversammlung, in: THÜRER DANIEL/AUBERT JEAN-FRANÇOIS/MÜLLER JÖRG PAUL (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Zürich 2001, 1027 ff. (zit.: ZIMMERLI, Bundesversammlung)
- ZIMMERLI ULRICH/KÄLIN WALTER/KIENER REGINA (Hrsg.), Grundlagen des öffentlichen Verfahrensrechts, Bern 2004 (zit.: ZIMMERLI/KÄLIN/KIENER, Grundlagen Verfahrensrecht)
- ZIMMERLIN SVEN, Stalking – Erscheinungsformen, Verbreitung, Rechtsschutz, in: Sicherheit & Recht 2011, 3 ff.

- ZINGG RAPHAEL, Schutz der Persönlichkeit gegen Gewalt, Drohungen und Nachstellungen nach Art. 28b ZGB, in: Jusletter 28.7.2008, 1 ff.
- ZINSSTAG ESTELLE/KEENAN MARIE (Hrsg.), *Restorative Responses to Sexual Violence. Legal, Social and Therapeutic Dimensions*, London 2017 (zit.: ZINSSTAG/KEENAN, Responses).
- ZUBERBÜHLER SIMONE, Geheimhaltungsinteressen und Weisungen der Strafbehörden an die Verfahrensbeteiligten über die Informationsweitergabe im ordentlichen Strafverfahren gegen Erwachsene, Zürich 2011
- ZÜND ANDREAS/ERRASS CHRISTOPH, Die polizeiliche Generalklausel, in: ZBJV 2011, 261 ff.

Einleitung

Inhaltsübersicht

Seite

I.	Wozu Opferhilfe?	1
A.	Strafanspruch und Opferstellung	2
B.	Opfer in der Schweiz	3
1.	Wiederentdeckung des Opfers	3
2.	Erstes Gesetz	4
3.	Die Totalrevision	4
C.	Auswirkungen für die Opfer	5
D.	Der Vollzug in den Kantonen	6
E.	Entwicklung	7
II.	Grundsätze des Opferhilferechts	7
A.	Opferoptik	8
B.	Wirksamkeit	9
C.	Zuwendung zum Opfer	10
III.	Leistungsqualität	10

I. Wozu Opferhilfe?

Auch wenn die Gewaltdelikte gestützt auf die Statistiken des Bundesamts für Statistik in den vergangenen Jahren tendenziell etwas abgenommen haben sollen, zeigen die vom gleichen Amt erstellten Statistiken über die Nachfrage nach Opferhilfeleistungen auf, dass sich diese im gleichen Zeitraum stark gesteigert haben. Im Jahr 2010 wurden in der gesamten Schweiz 30'136 Opferberatungen gezählt; im Jahr 2018 sind sie auf 41'540 angestiegen. Der Bedarf nach dieser Hilfeleistung nimmt zu, der Bedarf ist ausgewiesen. Die unterstützende Rückführung einer von einer Straftat betroffenen Person in die Gesellschaft bringt auch für diese erhebliche Vorteile mit sich. Ein Mensch, der aufgrund eines Gewaltverbrechens sein Vertrauen in den staatlichen Schutz verloren hat und dessen Möglichkeit zur Selbsterhaltung wegen der Folgen der Straftat möglicherweise reduziert wurde, stellt für die Gesellschaft, zumindest aus materieller Sicht, eher eine Belastung dar. Dass es sich lohnt, den Eintritt solch negativer Folgen einer Straftat auf ein Individuum zu verhindern, war bereits den Vätern der ersten Sozialversicherungen klar (WINDLIN, Grundfragen, 38 ff.). Mit dem zunehmenden Wegfall des familiären Auffangnetzes wird dessen Ersatz über soziale Leistungen im weiteren Sinn (Sozialversicherung, Opferhilfe, Sozialhilfe etc.) von immer grösserer Bedeutung (KÄGI-DIENER, Menschenbild, 28 ff.). Heute sind die Notwendigkeit und der **Nutzen der staatlichen Opferhilfe** allgemein anerkannt (Viola Amherd in der nationalrätlichen Beratung des Gesetzes, AB 2006 N 1081; WINDLIN, Grundfragen, 184).

1

- 2 Von der Wissenschaft werden **sozialpolitische, kriminalpolitische und haftungsrechtliche Begründungsansätze** für die staatliche Hilfe an Opfer von Straftaten vorgebracht (WINDLIN, Grundfragen, 7 ff.). Aus sozialstaatlichen Überlegungen rechtfertigt es sich, Hilfe an Opfer von Straftaten zu leisten, um dadurch die **Solidarität der Gesellschaft** wegen der Unvermeidlichkeit des Auftretens von Kriminalität im gesellschaftlichen Zusammenleben zum Ausdruck zu bringen. Die Opfer von Verbrechen sollen unterstützt werden, weil es unbillig scheint, sie an die Sozialfürsorge zu verweisen (WINDLIN, Grundfragen, 7 ff.). In kriminalpolitischer Hinsicht rechtfertigt sich die Opferunterstützung, um dadurch die Motivation zur **Gefahrenabwehr** und die **Mithilfe zur Durchsetzung des materiellen Strafrechts** in der Bevölkerung und insbesondere bei betroffenen Opfern zu fördern (WINDLIN, Grundfragen, 53 ff.). Letztendlich wird aus haftungsrechtlicher Sicht angeführt, dass der Staat aufgrund der Tatsache, dass er im Einzelfall nicht in der Lage gewesen ist, eine Straftat und damit eine Schädigung der davon betroffenen Person pflichtgemäss zu verhindern, dieser gegenüber für den entstandenen Schaden aufzukommen hat (KUNZ/SINGELNSTEIN, Kriminologie, 373; WINDLIN, Grundfragen, 97 ff.).

A. Strafanspruch und Opferstellung

- 3 Ursprünglich lag das Recht zur Bestrafung des Täters, das **ius puniendi**, entweder in der Hand des Oberhauptes der Sippe oder der Familie des Verletzten oder stand ihm selbst zu (JABORNIGG, Stellung des Verletzten, 180). Innerhalb einer Sippe oblag es deren Haupt oder einem Gremium ehrwürdiger Sippenmitglieder, den Täter zu eruierten oder zu bestrafen. Ausserhalb derselben wurde durch die Sippe an jener des Täters Rache genommen (JABORNIGG, Stellung des Verletzten, 182). Es entstand eine Fehde zwischen den beiden betroffenen Sippen (JABORNIGG, Stellung des Verletzten, 4). Im Rahmen der Staatenbildung ging das Recht zur Bestrafung des Täters allmählich von der Sippe des Betroffenen auf den Staat über, nachdem sich die Auffassung, dass durch Straftaten gegen Individualinteressen auch die Allgemeinheit betroffen sei, immer mehr durchsetzte (JABORNIGG, Stellung des Verletzten, 198). Es entstanden allmählich gerichtliche Instanzen (Friedensgerichte, Volksgerichte, Landgerichte), und die zivile Gerichtsbarkeit begann sich von der Strafjustiz zu lösen (JABORNIGG, Stellung des Verletzten, 220). Der **Strafanspruch** des Verletzten oder dessen Sippe ging auf den Staat über. Die Rechte des Betroffenen wurden im sich durchsetzenden Inquisitionsprozess praktisch inexistent (JABORNIGG, Stellung des Verletzten, 253). Erst in den vergangenen zwei Jahrhunderten wurde der Verletzte allmählich und zögerlich wieder in den Strafprozess gegen den Täter einbezogen und mit gewissen Rechten darin ausgestattet (JABORNIGG, Stellung des Verletzten, 286).

Seitdem der Staat das alleinige Recht zur Bestrafung von sich nicht rechtskonform verhaltenden Subjekten übernommen hat, kam es zu einer Vernachlässigung der von einer Straftat betroffenen Personen, den Verletzten. Das Strafverfahren konzentrierte sich darauf, den Täter der verdienten Strafe zuzuführen, um ihn dadurch wieder zu einem rechtskonformen Verhalten zu veranlassen. Es wurde während langer Zeit stillschweigend angenommen, dass die Interessen des straffenden Staates mit jenen der von Straftaten betroffener Personen deckungsgleich seien. Die empirische Forschung hat allerdings ergeben, dass dem nicht so ist. Aufgrund der Resultate aus der viktimologischen Forschung ergab sich eine «Renaissance des Opfers» (KUNZ/SINGELNSTEIN, Kriminologie, 372, JABORNIGG, Stellung des Verletzten, 292). Die **Viktimologie** hat aufgezeigt, dass die Bedürfnisse der Verletzten sich nicht im Interesse an der Bestrafung des Täters erschöpfen. Die Rehabilitation von den Folgen der Tat, die Wiedergutmachung durch den Ersatz des Schadens sowie die Schonung im Strafprozess gegen den Täter zur Vermeidung der sekundären Viktimisierung sind die hauptsächlichen **Bedürfnisse der Opfer** (KUNZ/SINGELNSTEIN, Kriminologie, 372). 4

B. Opfer in der Schweiz

I. Wiederentdeckung des Opfers

Im letzten Jahrhundert kam es auch in der Schweiz zu einer Wiederentdeckung des Opfers, wobei eingesehen werden musste, dass die Einräumung von vermehrten Rechten an den Verletzten im Strafverfahren dazu führen muss, dass die Rechte des Täters eine Einschränkung erfahren, was weder wünschbar noch angezeigt ist (KUNZ/SINGELNSTEIN, Kriminologie, 372). Die Unterstützung der Opfer setzte deshalb nicht in erster Linie bei der Verstärkung von dessen Position im Strafverfahren, sondern in der Hilfeleistung und Entschädigung an. So konnte eine erhebliche Schlechterstellung des Täters im gegen ihn geführten Verfahren vermieden und eine Verbesserung der Situation des Opfers erzielt werden. Allerdings ist die Verbesserung der Opfersituation weitgehend von dessen finanzieller Situation abhängig. Die **staatliche Solidarität** beschränkt sich grösstenteils auf jene, die finanziell selbst nicht in der Lage sind, die Folgen der Straftat zu überwinden. Zudem ist sie dahingehend limitiert, als dem Opfer andere Quellen zur Überwindung seiner Situation und für die Entschädigung zur Verfügung stehen (Botschaft Totalrevision OHG, 7182). Die Opferhilfe unterliegt im staatlichen Leistungsbereich ausserhalb der Soforthilfe streng dem Gedanken der **Subsidiarität**, welcher allgemein anerkannt ist (GOMM, Entschädigungsleistungen, 285; Botschaft Totalrevision OHG, 7186; Evaluation des Opferhilfegesetzes, Bern 21. Dezember 2015, S. 95). 5

2. *Erstes Gesetz*

- 6 Nachdem sich während relativ kurzer Zeit ausschliesslich private Organisationen um die Opferhilfe gekümmert haben, hat die Eidgenossenschaft aufgrund einer vom schweizerischen Beobachter lancierten und am 18. September 1980 eingereichten **Volksinitiative** im Rahmen eines Gegenvorschlags ein neues Gesetz zur Hilfe an Opfer von Straftaten geschaffen (WEISHAUPT, OHG, 9 ff.). Mit diesem Bundesgesetz wurden die Kantone dazu verpflichtet, Beratungsstellen für die Beratung und Hilfeleistung zu schaffen, Entschädigungen und Genugtuung zu leisten, und es wurden Minimalregeln für die kantonalen Strafprozessordnungen aufgestellt, um die Stellung sowie die Rechte der Opfer im Strafverfahren gegen den Täter zu verbessern. Das erste Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten datiert vom 4. Oktober 1991 und trat am 1. Januar 1993 in Kraft.
- 7 Dieses Gesetz wurde während seiner kurzen «Lebenszeit» bereits zweimal revidiert. Die **erste Änderung** erfolgte mit dem Bundesgesetz vom 20. Juni 1997 und trat am 1. Januar 1998 in Kraft. Sie erfolgte wegen der Revision des Bundesgesetzes vom 19. März 1965 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG), mit welcher eine neue Methode zur Ermittlung der Anspruchsberechtigung eingeführt worden ist, welche wiederum eine Anpassung der Art. 12–14 des Gesetzes und Art. 2 und 3 der Verordnung notwendig machten (Botschaft ELG, 1199). Eine **zweite Revision** erfolgte zur Verbesserung des Schutzes von Kindern, die Opfer von Gewalttaten geworden sind. Sie wurde mit dem Bundesgesetz vom 23. März 2001 vorgenommen und am 1. Oktober 2002 in Kraft gesetzt. Sie führte zur Aufnahme besonderer Bestimmungen zum Schutz der Persönlichkeit von Kindern als Opfer im Strafverfahren in das Gesetz (Botschaft Totalrevision OHG, 7171).

3. *Die Totalrevision*

- 8 Bereits siebeneinhalb Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes setzte der Bundesrat auf Druck der Kantone am 3. Juli 2000 eine Expertenkommission zur Vorbereitung einer Revision des Gesetzes ein. Dieses verabschiedete das Parlament am 23. März 2007 das neue Gesetz, welches den gleichen Namen wie sein Vorgänger trägt. In der Kurzbezeichnung wird es «Opferhilfegesetz» und in der Abkürzung «OHG» genannt.
- 9 Die vollständige Revision des noch jungen Gesetzes im Sinne einer **Totalrevision**, womit die vollständige Aufhebung des alten Erlasses verbunden ist (Art. 46 OHG), wurde damit begründet, dass praktisch alle Bestimmungen des bestehenden Gesetzes davon betroffen seien (Bericht Expertenkommission OHG, 15). hatte. Durch das Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung vom

5. Oktober 2007, welche am 1. Januar 2011 erfolgt ist, wurde das Gesetz in seinem Umfang wieder etwas reduziert, indem seine das Strafverfahren betreffenden Bestimmungen in die Strafprozessordnung überführt worden sind.

Heute sind Bestimmungen, welche die Opferhilfe betreffen, nicht mehr allein im Opferhilfegesetz zu finden, sondern müssen in Bezug auf den dritten ursprünglichen Pfeiler des Gesetzes in der vereinheitlichten Strafprozessordnung nachgelesen werden, was die Information des Opfers über seine Rechte nicht vereinfacht hat. Andererseits hat sich der für sie massgebliche Gesetzestext jenen Behörden angenähert, welche den Strafprozess tatsächlich durchführen, womit die Hoffnung besteht, dass sie vermehrt zur Kenntnis genommen und berücksichtigt werden.

Das neue Gesetz wurde im Auftrag des Bundesrats und gestützt auf seinen Artikel 33, der vorsieht, dass die darin vorgesehenen Massnahmen periodisch auf ihre Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden, im Jahr 2015 evaluiert. Die dem Bericht über diese Evaluation zu entnehmenden «Empfehlungen» wurden, soweit sie die Gesetzgebung betreffen, bis heute nicht umgesetzt (Evaluation des Opferhilfegesetzes, Bern 21. Dezember 2015). Allerdings wurde im Nationalrat am 6. März 2019 eine Motion eingereicht, womit der Bundesrat aufgefordert worden ist, dem Parlament die nötigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen, um den Empfehlungen aus der Evaluation nachzukommen.

Die sich aus der Evaluation ergebenden Empfehlungen richteten sich zu einem wesentlichen Teil im Bereich der Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen an die Kantone und betrafen Massnahmen im Bereich des Umgangs mit direkt oder indirekt betroffenen Kindern, mit Problemen, die sich aus der Ausweitung des Strafbefehlsverfahrens ergeben haben, die Bemessung der Genugtungssummen und die Ermittlung der längerfristigen Leistungen sowie der Entschädigungen anhand der Bestimmungen der Gesetzes über die Ergänzungsleistungen (Evaluation des Opferhilfegesetzes, Bern 21. Dezember 2015).

Art. 124 BV ist nach wie vor die **Verfassungsgrundlage** des revidierten Gesetzes und lautet wie folgt: «Bund und Kantone sorgen dafür, dass Personen, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Unversehrtheit beeinträchtigt worden sind, Hilfe erhalten und angemessen entschädigt werden, wenn sie durch die Straftat in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.»

C. Auswirkungen für die Opfer

Die Totalrevision des Gesetzes hat **Veränderungen** mit sich gebracht, die sich zum Teil für die betroffenen Opfer positiv auswirken. Zu einem anderen nicht unwesentlichen Teil wurde die Stellung der Opfer jedoch im Verhältnis zum aufgehobenen Gesetz verschlechtert. Die **Verbesserungen** liegen im Wesentlichen in der verbesserten Information der Opfer (Art. 8 OHG), in der klareren

Abgrenzung zwischen der längerfristigen Hilfe, deren Leistungen nicht an den Schaden und die staatliche Entschädigungsleistung anzurechnen sind (Art. 19 Abs. 3 OHG) und der Entschädigung als solche, deren Maximalsumme um 20% erhöht worden ist (Art. 20 Abs. 3 OHG). Zugunsten der Opfer wirkt sich auch die Verlängerung der Verwirkungsfrist von zwei auf fünf Jahre im Sinne von Art. 25 OHG aus. Letztendlich kann der Ausschluss der Rückforderbarkeit der Kosten eines unentgeltlichen Rechtsbeistands als Verbesserung der Situation der Opfer angesehen werden (Art. 30 Abs. 3 OHG). Als hauptsächliche **Verschlechterungen** sind die starken Einschränkungen der Berücksichtigung von Straftaten im Ausland (Art. 3 und 17 OHG), die vom Haftpflichtrecht abweichenden Einschränkungen in der Bestimmung des ersatzfähigen Schadens (Art. 19 Abs. 4 OHG), die Beschränkung der Höhe der Genugtuung (Art. 23 Abs. 2 OHG) und der ausdrückliche Ausschluss eines Verzinsungsanspruchs (Art. 28 OHG) zu nennen. Mit der Schweizerischen Strafprozessordnung wurde die Situation der Opfer in erster Linie aufgrund der ausgedehnten Anwendung des Strafbefehlsverfahrens, in welchem über nicht anerkannte Zivilforderungen nicht entschieden wird, verschlechtert. Die Möglichkeit, die Zivilansprüche adhäsiv im gegen den Täter geführten Strafprozess geltend zu machen und durchzusetzen wurden damit in weiten Bereichen eingeschränkt (z.B. Strassenverkehr). Diese Tatsache wurde in der Evaluation des Gesetzes im Jahr 2015 klar herausgearbeitet, und es wurden Empfehlungen dazu abgegeben (Evaluation des Opferhilfegesetzes, Bern 21. Dezember 2015 S. 44 ff.). Der Bundesrat hat mittlerweile (2019) eine Botschaft zur Änderung der Eidgenössischen Strafprozessordnung zu Händen des Parlamentes verabschiedet. Darin soll einigen der angeregten Gesetzesänderungen Rechnung getragen werden (Botschaft Totalrevision StPO, 6697 ff.)

D. Der Vollzug in den Kantonen

- 14 Die Umsetzung der Opferhilfe liegt weitgehend in der Verantwortung der Kantone, wodurch unterschiedliche Regelungen und Handhabungen entstanden sind, wie dies im föderal strukturierten Land üblich ist, wenn nicht der Bund selbst die alleinige Zuständigkeit beansprucht. Im Hinblick auf die Koordination der kantonalen Praxis hat die Konferenz der schweizerischen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) die schweizerische Verbindungsstellen-Konferenz (SVK-OHG) ins Leben gerufen. Diese fachtechnische Konferenz ist durch Fachleute besetzt, die aus allen Regionen der Schweiz kommen, welche von einem Vertreter der kantonalen Behörden und einem solchen des Bundes begleitet werden. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, eine wirkungsvolle und einheitliche Anwendung des Opferhilfegesetzes in den Kantonen sicher zu stellen. Dies tut sie über einen regelmässigen Erfahrungsaustausch, die Herausgabe von Empfehlungen zur Umsetzung des Gesetzes, die Beratung der politischen Gremien SODK,

sowie die fachliche Vertretung der Kantone bei Projekten und Geschäften des Bundes (www.sodk.ch/de/fachkonferenzen/svk-ohg/).

Die SVK-OHG ist für die Umsetzung der beiden im Gesetz verbliebenen Pfeiler der Beratung und der Leistung von Entschädigung und Genugtuung von erheblicher Bedeutung. Die von ihr abgegebenen Empfehlungen werden von den kantonal zuständigen Behörden weitgehend übernommen (Evaluation des Opferhilfegesetzes, Bern 21. Dezember 2015 S. 74), was zu einer gewissen Vereinheitlichung in der Praxis geführt hat, ohne allerdings deren grundsätzliche Verschiedenheit gänzlich aufzuheben. Am 22. Oktober 2019 hat die Konferenz beispielsweise eine Empfehlung betreffend die Kosten von durch Dritte geleisteter juristischer Hilfe abgegeben. Die Empfehlung enthält qualitative, formelle und materielle Faktoren in diesem Bereich (Fachtechnische Empfehlung SVK-OHG zur Vereinheitlichung und Konkretisierung der Praxis bezüglich Übernahme von Kosten juristischer Hilfe Dritter vom 22. Oktober 2019). Die Empfehlungen sollen auf den föderalen Vollzug harmonisierend wirken. 15

E. Entwicklung

Gut sechs Jahre nach dem Inkrafttreten des totalrevidierten Gesetzes legte der Bundesrat erstmals die in Art. 33 OHG enthaltenen Verpflichtung die erste Evaluation über die Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der im Gesetz vorgesehenen Massnahmen vor. Weitere Evaluation sollten in regelmässigen Abständen folgen. Es werden Lösungen für die Fragen der Entschädigungshöhe, der Weiterführung der für die Opfer emotional so wichtigen Genugtuung und deren Bemessung gesucht und gefunden werden müssen (Der vom Bundesamt für Justiz am 3. Oktober 2019 herausgegebene Leitfaden zur Bemessung der Genugtuung nach Opferhilfegesetz ist zwar hilfreich, stellt aber keine gesetzliche Vorschrift dar). Zudem sind die im Bereich der Strafverfahren für die Opfer bereits erkannten Nachteile (z.B. Strafbefehlsverfahren) durch geeignete Massnahmen zu beheben oder zumindest zu lindern (vgl. dazu N 29 ff. zu Art. 118 StPO). 16

II. Grundsätze des Opferhilferechts

In der Opferhilfe gilt es einige **Grundsätze der Interpretation** des Gesetzes und der Behandlung der Betroffenen zu beachten, damit der Zweck des Gesetzes korrekt erfüllt werden kann. So macht es keinen Sinn, die gesetzlichen Begriffe des Strafrechts nur aus der Täteroptik hinaus zu interpretieren, da dies oft nicht zu adäquaten Lösungen führt. Die **Wirksamkeit** der Massnahmen der Opferhilfe ergibt sich implizit aus Art. 33 OHG. Ohne angemessene Leistungsqualität, würde sie entfallen. Es ist deshalb in der praktischen Umsetzung stets für 17

eine hohe Qualität der erbrachten Leistungen zu sorgen. Letztendlich ist es ein Gebot für die Behörden und Instanzen der Strafrechtspflege, sich mit der nötigen Empathie den Bedürfnissen des Opfers zu stellen und ihnen gebührend Rechnung zu tragen, denn das Strafverfahren richtet sich zwar in erster Linie gegen den Täter, aber die Empfindlichkeiten des Opfers und seine sich aus der Tat ergebenden Ansprüche sind in angemessener Weise zur berücksichtigen, um bei ihm das Gefühl zu erwecken, die Gemeinschaft konzentrierte sich nicht ausschliesslich um die Belange des Verursachers seiner Leiden, sondern bemühe sich auch um sein sich daraus ergebenden Nachteile.

A. Opferoptik

- 18 Das Opferhilferecht findet seine Grundlage einerseits im Strafrecht und andererseits in den Entschädigungsnormen des Haftungsrechts. Die dem Strafrecht diesem inhärente **Täteroptik**, welche notwendig ist, um die Begründetheit des Anklagevorwurfs zu überprüfen (KUNZ/ SINGELNSTEIN, Kriminologie, 371), taugt nicht dazu, die Probleme des Opfers zu evaluieren. Dies gilt bereits für die Frage, ob es sich bei einer von einer Straftat betroffenen Person um ein Opfer handelt, indem das Gesetz (Art. 1 Abs. 3 lit. b OHG) dafür ausdrücklich festhält, dass die Schuld des Täters keine Voraussetzung dafür ist. Ob die Tatbegehung als vorsätzlich oder fahrlässig zu bezeichnen ist, spielt für das Opfer keine Rolle (Art. 1 Abs. 3 lit. c OHG). Beide Begehungsarten lassen Opfer hinter sich, welche durch die Folgen der Tat schwer betroffen sein können. Ob einem Menschen eine schwere Körperverletzung fahrlässig oder vorsätzlich zugefügt worden ist, ist für ihn mit zunehmender zeitlicher Distanz zum Tatereignis von abnehmender Bedeutung. Im täglichen Leben wirken sich die durch die Tat erfahrenen und bleibenden Beeinträchtigungen der Integrität in genau gleicher Weise aus, ob nun die Fahrlässigkeit eines Fahrzeuglenkers oder die Absicht eines brutalen Schlägers oder Räubers dafür verantwortlich sind (WINDLIN, Grundfragen, 146). Dieser Tatsache muss man sich stets bewusst sein, wenn man sich mit Fragen der Opferhilfe auseinandersetzt. Die lange Tradition der Beschäftigung mit den Tätern (WEISHAUPT, OHG, 3; WINDLIN, Grundfragen, 3 ff.) steht einer für das Opfer nützlichen und aus seiner Sicht gerechten Sichtweise bei der Behandlung opferhilferechtlicher Fragen immer wieder im Wege. Nur eine Perspektive, welche sich vom ausschliesslichen Bezug zum Täter hin auch zur **Optik des Opfers** wendet, kann geeignet sein, diesem aus seiner durch die Straftat geschaffenen Situation herauszuhelfen oder die Konsequenzen davon zu mildern. Die Erfahrung zeigt zwar, dass vor allem Opfer von schweren vorsätzlich begangenen Straftaten Wert auf die Bestrafung des Täters legen, was für Opfer fahrlässig begangener Taten in einem weit geringeren Mass gilt. Von weit wesentlicherer Bedeutung ist für alle Opfer, einerseits als in ungerechter Weise Geschädigte anerkannt zu werden und andererseits möglichst rasch zu ihrem Leben vor der Tat

zurückzufinden, weswegen sich die Bemühungen der Opferhilfe in erster Linie auf diese beiden Aspekte konzentrieren sollten.

In einem wegleitenden Entscheid vom 1. Oktober 2008 hat das Bundesgericht (BGE 134 II 308) das Prinzip der Opferoptik, welches im Opferhilferecht zur Anwendung zu kommen hat, ein weiteres Mal bestätigt. Es wies zu Recht darauf hin, dass eine Straftat für das Opfer erfolgsbezogen sei, weswegen eine fahrlässige Körperverletzung, in casu eine Asbestexposition, aus opferhilferechtlicher Sicht erst zum Zeitpunkt der auf diese Tatsache zurückzuführenden Erkrankung als «begangen» zu gelten habe. Die «Ausführung einer strafbaren Tätigkeit» im strafrechtlichen Sinne weiche von der «Begehung einer Straftat», wie sie im Opferhilferecht zu verstehen sei, ab. Die Auslegung des Opferhilfegesetzes hat demnach stets nach dem Grundsatz der **Opferbezogenheit** zu erfolgen. 19

B. Wirksamkeit

Die **Wirksamkeit** ist eines der Grundprinzipien des Opferhilfegesetzes und ist in Art. 33 OHG ausdrücklich erwähnt. Der Bundesrat hat die Pflicht zur regelmässigen Überprüfung der Wirksamkeit der im Gesetz vorgesehenen Massnahmen. Hilfe kann wirksam nur geleistet werden, wenn sie rasch und relativ unkompliziert erfolgt. Ist man von einer Straftat betroffen, kompliziert sich in aller Regel der danach folgende Lebensabschnitt erheblich, sogar wenn keine bleibende körperliche oder geistige Schädigung bestehen bleibt. Betroffene müssen sich medizinischen Behandlungen unterziehen, Meldungen an Behörden (Strafanzeige etc.) und Versicherungen (Schadenanzeige) machen, sich immer wieder über die Tat und deren Folgen befragen lassen und gleichzeitig versuchen, die psychischen Tatfolgen zu überwinden. All dies muss in einem Zustand der verminderten Leistungsfähigkeit, welche zumeist eine Folge der Straftat ist, getan werden. Es rechtfertigt sich deshalb in der Opferhilfe besonders, an die Betroffenen, insbesondere in der Phase nach der Tat, keine hohen Ansprüche an die **Rechtfertigung der Leistungsansprüche** zu stellen. Unterlägen diese zu hohen Anforderungen, würden sie nicht beansprucht und der Zweck des Gesetzes ausgehöhlt. Der Gesetzgeber hat diesem Umstand Rechnung getragen, indem die zuerst zu erbringenden Leistungen (Soforthilfe) unentgeltlich sind, so dass für deren Erbringung keinerlei Abklärungen über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Opfers notwendig sind (Art. 5 OHG). Der Grundsatz gilt jedoch als **Gesamtes für alle zu entscheidenden Fragen. Die Beweisforderungen an den Nachweis der Opferqualität** einer Person oder deren genügender Nähe zu demselben, um als Angehörige (Art. 1 Abs. 2 OHG) zu gelten, sind deshalb je nach Leistungsbereich zu definieren, in Anbetracht der jeweiligen Situation, in welcher sich die betroffene Person jedoch befindet, möglichst niedrig zu halten, um den Zweck der Leistung und deren Wirksamkeit nicht durch die Last des Anspruchsnachweises zu gefährden. 20

C. Zuwendung zum Opfer

- 21 Polizeiorgane, Untersuchungsbehörden und Strafrichter arbeiten täterzentriert, da es ihre erste Aufgabe ist, Straftäter zu fassen, die Tatumstände zu klären und die richtige Sanktion zu finden. Bei dieser Arbeit auch an die von der Straftat betroffenen Personen zu denken und diesen den angemessenen Raum im Verfahren einzuräumen ist nicht immer einfach. Mit der Einführung der Mindestrechte des Opfers im Strafverfahren durch das Opferhilfegesetz verbesserte sich die Situation der Betroffenen allmählich. Behörden und Richter haben sich langsam daran gewöhnt, Opfer nicht nur als Störfaktor bei ihrer Arbeit zu betrachten. Ob dabei jeweils kriminalpolitische Überlegungen eine Rolle spielen, dürfte allerdings eher fraglich sein (WINDLIN, Grundfragen, 184). Mit Sicherheit ist es aber richtig, dem Opfer einer Straftat mehr **Aufmerksamkeit** zu schenken, um ihm, welches sich konform verhalten hat, die volle Reintegration in die Gemeinschaft zu ermöglichen (KUNZ/SINGELNSTEIN, Kriminologie, 371). Sämtliche Organe der Strafverfolgung sind deshalb immer wieder dazu zu motivieren, ihre ihnen vom Gesetz auferlegten Pflichten auch gegenüber dem Opfer mit der nötigen Ernsthaftigkeit wahrzunehmen. Um ihnen dies zu ermöglichen, bedarf es natürlich auch einer genügenden finanziellen Basis, da knappe Mittel eine Konzentration auf die Hauptaufgabe und damit eine Vernachlässigung von anderen Pflichten nach sich ziehen müssen.

III. Leistungsqualität

- 22 In Art. 9 OHG ist ausdrücklich vorgesehen, dass die Kantone dafür zu sorgen haben, dass die Beratungsstellen den besonderen Bedürfnissen verschiedener Opferkategorien Rechnung zu tragen haben. Damit stellte der Gesetzgeber einen **Qualitätsanspruch an die Opferberatung**, dem eine allgemeine Gültigkeit zukommt. Um wirksam sein zu können, muss die Beratung und Hilfeleistung an Opfer von Straftaten qualitativ hochstehend sein. Es ist absolut kontraproduktiv, qualitativ minderwertige Beratung oder Hilfe zu leisten, da damit nicht nur eine Verschlechterung der Situation des Opfers, sondern auch eine zusätzliche Verletzung desselben verbunden sein kann. Nicht nur der Bund hat deshalb für die Ausbildung der Fachleute (Art. 31 Abs. 1 OHG) zu investieren, sondern auch die Kantone haben für ausreichende Mittel zur Erfüllung der sich in der Opferhilfe stellenden Aufgaben zu sorgen.

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Grundsätze	¹ Jede Person, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden ist (Opfer), hat Anspruch auf Unterstützung nach diesem Gesetz (Opferhilfe). ² Anspruch auf Opferhilfe haben auch der Ehegatte oder die Ehegattin des Opfers, seine Kinder und Eltern sowie andere Personen, die ihm in ähnlicher Weise nahestehen (Angehörige). ³ Der Anspruch besteht unabhängig davon, ob der Täter oder die Täterin: - ermittelt worden ist; - sich schuldhaft verhalten hat; - vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt hat.
Principes	¹ Toute personne qui a subi, du fait d'une infraction, une atteinte directe à son intégrité physique, psychique ou sexuelle (victime) a droit au soutien prévu par la présente loi (aide aux victimes). ² Ont également droit à l'aide aux victimes, le conjoint, les enfants et les père et mère de la victime ainsi que les autres personnes unies à elle par des liens analogues (proches). ³ Le droit à l'aide aux victimes existe, que l'auteur de l'infraction: - ait été découvert ou non; - ait eu un comportement fautif ou non; - ait agi intentionnellement ou par négligence.
Principi	¹ Ogni persona la cui integrità fisica, psichica o sessuale è stata direttamente lesa a causa di un reato (vittima) ha diritto all'aiuto conformemente alla presente legge (aiuto alle vittime). ² Hanno diritto all'aiuto alle vittime anche il coniuge, i figli e i genitori della vittima, nonché le altre persone unite alla vittima da legami analoghi (congiunti). ³ Il diritto sussiste indipendentemente dal fatto che l'autore: - sia stato rintracciato; - si sia comportato in modo colpevole; - abbia agito intenzionalmente o per negligenza.

Inhaltsübersicht

	Seite
I. Absatz 1	12
A. Allgemeines	12
B. Straftat	14
C. Opfer	23

D. Integrität.....	23
1. Körperliche und psychische Integrität.....	24
2. Sexuelle Integrität.....	25
E. Beeinträchtigung der Integrität.....	26
1. Unmittelbare Beeinträchtigung.....	28
2. Nachweis der Beeinträchtigung.....	29
II. Absatz 2: Dem Opfer gleichgestellte Personen.....	31
III. Absatz 3: Täter.....	33

I. Absatz 1

A. Allgemeines

- 1 Mit der Totalrevision des Gesetzes vom 23. März 2007 wurden die ersten beiden Bestimmungen etwas anders gestaltet, ohne dass dadurch eine inhaltliche inhaltliche Änderung beabsichtigt wurde (Botschaft Totalrevision OHG, 7185 und 7203; EVA WEISHAUPT, Finanzielle Leistungen gemäss Opferhilfegesetz, in Das revidierte Opferhilfegesetz, 53). Es wurde die Bestimmung von Art. 2 Abs. 1 des aufgehobenen Gesetzes in Art. 1 Abs. 1 des neuen Gesetzes übernommen, wobei eine redaktionelle Veränderung im Sinne einer Erleichterung der Lesbarkeit des Textes und dessen struktureller Verbesserung vorgenommen wurde (Botschaft Totalrevision OHG, 7185 und 7203). Im Unterschied zum alten Text und auch zu jenem in der Bundesverfassung (Art. 124 BV) ist jedoch der Begriff der Opferhilfe als eine **Unterstützung** bezeichnet worden. Damit wird der grundlegende **Gedanke der Hilfeleistung** im Sinne einer die vom Opfer selbst unternommenen Bemühungen begleitenden und unterstützenden Massnahme zum Ausdruck gebracht. (Botschaft Totalrevision OHG, 7183). Mit dieser Veränderung des Textes ist keine inhaltliche Änderung der **Opferdefinition** vorgenommen worden (Botschaft Totalrevision OHG, 7203). Dies gilt auch für die zweite Textveränderung, die in der ausdrücklichen Erwähnung des Anspruchs des Opfers auf die gesetzlichen Leistungen besteht. Immerhin kann diese Anpassung als Verankerung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung in Bezug auf den **Genugtuungsanspruch**, der bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen befriedigt werden muss und nicht einer freiwilligen Leistung entspricht, gewertet werden (BGE 121 II 369; Botschaft Totalrevision OHG, 7166). Art. 116 der Schweizerischen Strafprozessordnung hat die Opferdefinition des Opferhilfegesetzes mit einer abweichenden Reihenfolge der Art der Beeinträchtigungen des Opfers, die bedeutungslos ist, übernommen. Die untenstehenden Ausführungen gelten deshalb auch für dieses Gesetz in Bezug auf die Definition des Opfers und dessen Angehörige (VIKTOR LIEBER, in: DONATSCH/HANSJAKOB/LIEBER, StPO-Komm. 2. Auflage 2014, Art. 116 N 1 ff.).

Der Gesetzgeber hat keine präzise Definition des Opferbegriffs geschaffen (Botschaft Totalrevision OHG; Botschaft Totalrevision BBl 2005 7165 ff., 7173). Auch in der schweizerischen Strafprozessordnung (Art. 116 StPO) wird der Begriff beibehalten (Botschaft StPO, 1085 f.). Es ist sicher richtig, diese Begriffsgestaltung der Praxis zu überlassen, da die Bestimmung des Opferbegriffs aufgrund der vielen möglichen Situationen seiner Anwendung als schwierig zu bezeichnen ist und damit einer konzisen und allgemein gültigen Umschreibung kaum zugänglich sein dürfte (WINDLIN, Grundfragen, 125). Von Anbeginn an stellte die Bestimmung der **Opfereigenschaft** einen der grössten Diskussionspunkte in der Praxis zum Opferhilfegesetz dar. Die Befürchtung eines möglichen Missbrauchs führte zu einer eher restriktiven Haltung der Behörden (KUNZ/KELLER, Rechtsprechung OHG, 1; BGE 120 Ia 157). Die **Anforderungen an den Nachweis** der Opfereigenschaft wurden zum Teil recht hoch angesetzt, was dazu führen konnte, dass der Zweck des Gesetzes nicht mehr zu erfüllen war. Klar ist aber, dass der Zugang zu Hilfeleistungen und anderen rechtlichen Vorteilen, die sich aus der Opferstellung ergeben nicht auf eine Weise erschwert werden darf, die eine wirk-same Hilfe illusorisch werden lässt. Im Gesetzestext ist die Wirksamkeit der Opferhilfe lediglich im Zusammenhang mit den durch den Bundesrat vorzunehmenden Evaluationen (Art. 33 OHG) erwähnt, was nichts daran ändert, dass sie als Grundprinzip zu gelten hat. Dass solche Hilfe oder Unterstützung wirksam sein muss, bedarf keiner weiteren Erläuterung, da eine unwirksame Hilfe nutzlos wäre. Im Rahmen der vom Bund in Auftrag gegebenen und von der Universität Bern am 21. Dezember 2015 vorgelegten Evaluation des Opferhilfegesetzes wurde die Frage der Schaffung von Opferkategorien diskutiert, deren Notwendigkeit auf gesetzlicher Ebene jedoch verworfen, auch wenn sie in der praktischen Anwendung durchaus als nützlich erweisen können, was insbesondere bei der Kategorie der Kinder der Fall ist (Evaluation OHG vom 21.12.2015, 124).

Im Rahmen der von der Schweizerischen Verbindungsstellen-Konferenz Opferhilfegesetz (SVK-OHG) am 21. Januar 2010 abgegebenen Empfehlungen zur Anwendung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG) hat die SODK (Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren) eine gewisse Vereinheitlichung der Anwendung des Gesetzes angestrebt, wobei diesen Empfehlungen keine Verbindlichkeit zukommt. Es sind darin jedoch nützliche Hinweise auf die Anwendung des Gesetzes in der Praxis zu finden. Im Folgenden wird immer wieder auf die darin enthaltenen Empfehlungen verwiesen werden. Auch weitere von der SVK-OHG abgegebene Empfehlungen werden bei der Anwendung des Gesetzes in der Praxis zu berücksichtigen sein. Sind beispielsweise Kosten für psychologische Hilfe zu übernehmen, kann auf die Empfehlungen vom 13. Februar 2018 zu dieser Thematik zurückgegriffen werden.

B. Straftat

- 4 Das Vorliegen einer **Straftat** ist Gesetz unabdingbare Voraussetzung für die Anerkennung der Opferqualität einer durch ein Ereignis geschädigten Person. Ohne Straftat gibt es kein Opfer im Sinne des Gesetzes (RINIKER, Opferrechte des Tatzeugen, S. 99). Unter einer Straftat ist ein tatbestandsmässiges, rechtswidriges Verhalten im Sinne des Strafgesetzbuches zu verstehen. Im Unterschied zum Strafrecht muss dieses Verhalten im Opferhilferecht jedoch nicht zusätzlich schuldhaft sein, um eine dadurch geschädigte Person als Opfer anzuerkennen (siehe Abs. 3). Dies wurde bereits im ursprünglichen Gesetz so bestimmt (BGE 122 II 315) und hat nichts von seiner Gültigkeit verloren (BGE 134 II 308, Empfehlungen SVK-OHG 2010 S. 9 Ziff. 2.1 lit. a). Aus opferhilferechtlicher Sicht genügt für das Vorliegen einer Straftat ein **tatbestandsmässiges, rechtswidriges Verhalten**. Schuldauhebungsgründe auf der Seite des Täters, wie die Zurechnungsunfähigkeit oder der Rechtsirrtum, sind deshalb nicht relevant (WEISHAUP, OHG, 24; KUNZ/KELLER, Rechtsprechung OHG, 18; MIZEL, Victime, 46).
- 5 Die **Tatbestandsmässigkeit** bezieht sich dabei grundsätzlich sowohl auf den objektiven als auch den subjektiven Tatbestand (RINIKER Opferrechte des Tatzeugen, S. 100), soweit dieser überhaupt eruiert werden kann, was beispielsweise bei einem unbekannten Täter in aller Regel schwierig sein dürfte (MIZEL, Victime, 47, Empfehlungen SVK-OHG 2010 S.10 Ziff. 2.3). Die Ermittlung des Täters ist keine Voraussetzung für die Anerkennung des Vorliegens einer Straftat (Empfehlungen SVK-OHG 2010 S. 10 Ziff. 2.3). An den Nachweis einer Straftat dürften allerdings höhere Ansprüche zu erfüllen sein, wenn die Ermittlung des Täters nicht gelungen ist. Es genügt grundsätzlich, dass eine Straftat in Betracht fällt (BGE 143 IV 154). Für die Leistungen der Soforthilfe und die Wahrnehmung der prozessualen Rechte des Opfers genügt das Vorliegen des objektiven Tatbestandes. Dies gilt, solange nicht nachgewiesen ist, dass der subjektive Tatbestand nicht erfüllt ist, wobei eine Rückforderung allfälliger zu diesem Zeitpunkt bereits erbrachter Leistungen grundsätzlich nicht zu erfolgen hat. Die Opfereigenschaft wird in einem solchen Fall lediglich für die Zukunft aberkannt (BGE 134 II 33, 38).
- 6 Wegen der etwas unbestimmten Formulierung des Gesetzestextes ist es nicht möglich, diejenigen **Straftatbestände** definitiv festzulegen, die gemäss Opferhilfegesetz Rechte des Opfers zu begründen und seine Leistungsansprüche auszulösen vermögen. Bereits bei der Ausarbeitung des Gesetzes vom 4. Oktober 1991 stellte sich das Problem der Bestimmung der Straftatbestände, welche die Opferqualität begründen können. Wie damals wurde auch bei der Totalrevision des Gesetzes auf eine Aufzählung von Straftatbeständen, welche einen Anspruch auf Leistungen aus dem Gesetz begründen können, bewusst verzichtet. In der Botschaft zum revidierten Gesetz hat der Bundesrat auf Seite 7203 dazu ausdrücklich Folgendes festgehalten: «Es ist der Praxis überlassen, im Einzelfall zu entscheiden, ob ein Vorfall in den Geltungsbereich fällt oder nicht. Während gewisse

Straftaten offensichtlich als Straftat im Sinne des OHG gelten (z.B. Mord, Körperverletzung, Vergewaltigung oder andere sexuelle Delikte), ist dies für andere Taten weniger klar. Das Bundesgericht hat beispielsweise erkannt, dass eine schwere Verleumdung unter besonderen Umständen Anspruch auf Opferhilfeleistungen geben kann (BGer 1A.70/2004 vom 7.7.2004). Die SVK-OHG hat in ihren Empfehlungen 2010 eine Liste der opferrechtlich relevanten Straftaten erstellt, diese jedoch mit dem Hinweis verbunden, dass es sich dabei lediglich um die häufigsten Tatbestände handle und andere Straftaten infrage kämen, wenn deren Auswirkungen auf das Opfer die gesetzlich vorgesehenen Kriterien erfülle (Empfehlungen SVK-OHG 2010, S. 12 Ziff. 2.6).

Der **strafrechtlichen Qualifikation der Tat**, welche beim Opfer eine Beeinträchtigung der körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität bewirkt, kommt keine entscheidende Bedeutung zu. Viel wesentlicher ist die **Wirkung der Straftat auf das Opfer** und dessen durch das Gesetz geschützte Integrität (CORBOZ, Droits procéduraux, 56; RINIKER, Opferrechte des Tatzeugen, S. 112; GORAN MAZZUCHELLI/MARIO POSTIZZI, KBS StPO, 2. Auflage, Art. 116 Rz. 7). Im Opferhilfegesetz gilt ein opfer-, nicht ein täterbezogener Ansatz, was die Subsumtion einer Handlung unter einen bestimmten Tatbestand oder deren Qualifikation als vorsätzlich oder fahrlässig zweitrangig erscheinen lässt, solange das Kriterium der Unmittelbarkeit der Beeinträchtigung der Integrität erfüllt ist (RINIKER, Opferrechte des Tatzeugen, S. 112; GORAN MAZZUCHELLI/MARIO POSTIZZI, KBS StPO, 2. Auflage, Art. 116 Rz. 6). Das Bundesgericht hat dies in den Entscheiden BGE 129 IV 95 und 125 II 265 ausdrücklich bestätigt. Es hält fest, dass beispielsweise der Tatbestand der Tötlichkeit (Art. 126 StGB) die Qualifizierung der davon betroffenen Person als Opfer nicht in absoluter Weise ausschliesst. Entscheidend sei nicht die Schwere der Straftat, sondern der **Grad der Betroffenheit** der geschädigten Person (BGE 131 IV 78 E. 1.2; BGer 6B_974/2010 E. 1.4). Eine Tötlichkeit kann danach die Opferstellung begründen, «wenn sie zu einer nicht unerheblichen psychischen Beeinträchtigung führt». Jedoch besteht auch die Möglichkeit, dass eine aus strafrechtlicher Sicht als einfache Körperverletzung zu qualifizierende Tat nicht dazu führen muss, die geschädigte Person als Opfer im Sinne des Gesetzes werden zu lassen, wenn deren Beeinträchtigung als unerheblich anzusehen ist. «Entscheidend ist, ob die Beeinträchtigung des Geschädigten in seiner körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität das legitime Bedürfnis begründet, die Hilfsangebote und die Schutzrechte des Opferhilfegesetzes – ganz oder zumindest teilweise – in Anspruch zu nehmen» (BGE 125 II 265, 268 E. 4, BGer 6B_987/2010 E. 1.5). Die Tatsache, dass sowohl vorsätzlich als auch **fahrlässig begangene Taten** Berücksichtigung finden, ist im Gesetz ausdrücklich erwähnt.

Als Abgrenzungskriterium zwischen Tatbeständen, welche die **Opferqualität** einer davon betroffenen Person verschaffen können, und solchen, bei welchen dies nicht der Fall ist, gilt zudem der Begriff der **Unmittelbarkeit** (siehe dazu N 40). In BGE 129 IV 95 hielt das Bundesgericht dazu fest: «Ob die gemäss

7

8

Art. 2 Abs. 1 OHG erforderliche Unmittelbarkeit der Beeinträchtigung gegeben ist, bestimmt sich nach dem zur Diskussion stehenden Straftatbestand.» Im beurteilten Fall ging es um den Vorwurf der Rassendiskriminierung gemäss Art. 261^{bis} Abs. 4 StGB, bei welchem die Möglichkeit einer unmittelbaren Betroffenheit durch das Gericht verneint worden ist (siehe auch unten N 9). Es stellte zudem fest, dass in der Regel der Träger des durch die fragliche Strafbestimmung geschützten Rechtsgutes (BGE 128 I 218) von einer darunter zu subsumierenden Straftat als unmittelbar betroffen zu gelten habe und damit zu deren Opfer werden könne.

- 9 Im parlamentarischen Verfahren zum ersten Gesetz wurden noch verschiedene andere eingrenzende Umschreibungsmöglichkeiten für die Bestimmung der unter das Gesetz fallenden Tatbestände diskutiert. Schliesslich wurde jedoch die vom Bundesrat vorgeschlagene Fassung übernommen, mit der es der Gerichtspraxis überlassen bleibt «von Fall zu Fall zu prüfen», ob die Voraussetzungen der Anwendung der Bestimmungen des OHG nach einer bestimmten Straftat gegeben sind. Das gilt auch nach der Totalrevision weiter (Botschaft Totalrevision OHG, 7203). Listen von Straftatbeständen, die zur Anerkennung der Opfereigenschaft der davon betroffenen Geschädigten aufgestellt werden, was auch in der Doktrin geschehen ist (WEISHAUP, OHG, 36 ff.), sind insofern als problematisch zu bezeichnen, als sie von einer **Täteroptik**, die in der Opferhilfe systemwidrig ist, ausgehen. Für nicht juristisch ausgebildete Praktiker (z.B. Polizeiorgane) ist es zwar hilfreich über solche Listen zu verfügen, um den Verpflichtungen, die ihnen gesetzlich auferlegt sind (Art. 8 OHG), nachkommen zu können. Straftatbestände, die in solchen Listen nicht verzeichnet sind, dürfen aber nicht automatisch als der Opferhilfe nicht zugänglich angesehen werden (Empfehlungen SVK-OHG 2010 S.12 Ziff. 2.6). Es gilt vielmehr, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind (ZEHNTNER, Straftaten, Rz. 18.11).
- 10 Das Bundesgericht schliesst, wie oben bereits festgehalten, die Anwendbarkeit des Opferhilfegesetzes bei gewissen Tatbeständen ausdrücklich aus. So hat es auch in BGE 129 IV 197 erklärt, dass eine Privatperson durch einen tätlichen Angriff auf das schweizerische Hoheitszeichen (Art. 270 StGB) nicht zum Opfer im Sinne des Gesetzes werden könne, da das **geschützte Rechtsgut** dieser Bestimmung die Ehre und die Autorität des Staates sei. Eine Privatperson könne durch die Verletzung dieses Rechtsgutes nicht unmittelbar betroffen sein. Eine umfangreiche Kasuistik zu den anerkannten und den abgelehnten Tatbeständen findet sich bei MIZEL, Victime, 44 und 55 f. Auch wenn gewisse Autoren dies ablehnen (KUNZ/KELLER, Rechtsprechung OHG, 25), scheint das Kriterium des durch einen Tatbestand geschützten Rechtsgutes im Regelfall zur Abgrenzung zwischen Straftaten, welche Personen zu Opfern im Sinne des Gesetzes werden lassen, und solchen, die dies nicht bewirken können, tauglich zu sein (RINIKER, Opferrechte des Tatzeugen S. 110). Dies gilt oft auch für **Gefährdungsdelikte**, da es an der Unmittelbarkeit der Beeinträchtigung der (körperlichen) Integrität des Opfers fehlt. Dies ist allerdings dann möglich, wenn ein solcher Tatbestand

ebenfalls auf den Schutz der psychischen Integrität der einer solchen Gefährdung ausgesetzten Person abzielt oder diese durch die Tat darin in einer die Opfereigenschaft begründenden Intensität betroffen ist (WEISHAUPT, OHG, 36; RINIKER, Opferrechte des Tatzeugen S.111). Das Bundesgericht hat diese Auffassung insofern bestätigt, als es in BGE 129 IV 95 festhielt, dass beispielsweise Art. 261 StGB (Störung der Glaubens- und Kultusfreiheit) nicht nur den öffentlichen Frieden als Rechtsgut schütze, sondern auch unter gewissen Umständen die religiöse Überzeugung einer von dieser Straftat betroffenen Person. Im Gegensatz dazu schütze Art. 261^{bis} Abs. 4 zweiter Satzteil StGB (Leugnung von Völkermord oder anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit) kein individuelles Rechtsgut, weswegen die Begehung eines solchen Deliktes keine Opfer im Sinne des Gesetzes schafft, da keine unmittelbare Betroffenheit möglich sei. Ebenfalls Opfereigenschaft auslösen kann eine Gefährdung des Lebens (Art. 129 StGB), die oft mit einer Verletzung der psychischen Integrität einhergeht.

Für die Entscheidung der Frage, ob die **Opfereigenschaft** vorliegt, ist bei jedem Tatbestand danach zu fragen, ob ein individuelles Rechtsgut durch die Strafnorm unmittelbar geschützt wird. Unwichtig ist dabei die Tatsache, ob im konkreten Fall zusätzlich ein durch diesen Tatbestand nicht geschütztes Rechtsgut ebenfalls betroffen wird, auch wenn erst diese Tatsache der davon betroffenen Person unter Umständen gewisse Ansprüche aus dem Gesetz verschafft (Empfehlungen SVK-OHG 2010 S. 12 Ziff. 2.5). So spielt es entgegen der Meinung von KARL-LUDWIG KUNZ und PHILIPPE KELLER (KUNZ/KELLER, Rechtsprechung OHG, 25) im Hinblick auf die Gewährung einer Genugtuung wegen der Verletzung der psychischen Integrität keine Rolle, dass Art. 123 StGB (Einfache Körperverletzung) lediglich das Rechtsgut der körperlichen Integrität schützt und die psychische Integrität nicht von diesem Schutz erfasst wird. Von Bedeutung für die Anerkennung der Opfereigenschaft ist lediglich die Tatsache, dass durch den realisierten Tatbestand ein individuelles Rechtsgut in unmittelbarer Weise geschützt werden soll. Eine davon betroffene Person ist ein Opfer im Sinne dieses Gesetzes. Sobald die Opfereigenschaft gegeben ist, sind die Ansprüche des betroffenen Opfers unabhängig vom durch den Straftatbestand geschützten Rechtsgut zu beurteilen. So wäre im angeführten Beispiel eine Genugtuung für die nicht heilende Verletzung der psychischen Integrität zu leisten, auch wenn der durch die Strafbestimmung allein geschützte Körper längst wieder zur vollen Integrität zurückgefunden haben sollte. Insbesondere Straftaten gegen Kinder (z.B. sexueller Natur) können langfristige Folgen haben, die auch nach Jahren wieder traumatisierend wirken können, auch wenn die körperlichen Folgen längst verheilt sind (Empfehlungen SVK-OHG 2010 S. 11, Ziff. 2.4). 11

Aus der Sicht des Opfers und des Gesetzes ist es, soweit dies nicht die Frage der Tatbestandsmässigkeit einer Straftat betrifft, nicht von Bedeutung, ob der Täter schuldhaft gehandelt hat. Das Problem des Opfers besteht vielmehr in der durch die Tat erfolgten Beeinträchtigung seiner Integrität. Die **Schuld** als täterbezogenes Kriterium ist somit für die Bestimmung der Opferqualität nicht zu berücksichtigen. 12

sichtigen (Art. 1 Abs. 3 lit. b OHG; WINDLIN, Grundfragen, 145; BGE 122 II 315; BGer 1C_326/2014, E. 2.2). Dies ist auch eine Konsequenz aus der Tatsache, dass die Ermittlung des Täters nicht erforderlich ist (Art. 1 Abs. 3 lit. a OHG), so dass dessen Schuld gar nicht beurteilt werden kann. Denkbar ist zum Beispiel, dass er zurechnungsunfähig (BGer 1C_326/2014 E. 2.2), verstorben, flüchtig, strafunmündig oder aufgrund einer diplomatischen Immunität nicht strafbar ist (WEISHAUP, OHG, 24). Die Opferrechte werden durch derartige, sich auf den Täter beziehende Kriterien grundsätzlich nicht berührt.

- 13 Bleibt der Täter unbekannt oder wird er nicht zur Anzeige gebracht, entfällt weitgehend die Möglichkeit der Prüfung der Frage des Vorliegens der subjektiven Tatbestandsmerkmale (Vorsatz und Fahrlässigkeit), welche nach der modernen Strafrechtslehre nicht mehr zu den Schuldformen gehören, sondern unter die Rechtswidrigkeit subsumiert werden. In seinem Entscheid vom 30. November 2007 (BGE 134 II 33) hat das Bundesgericht in Erwägung 5.4 dazu folgende Überlegung präsentiert: «Der Wortlaut von Art. 2 Abs. 1 OHG spricht daher dafür, auch den subjektiven Tatbestand einer Straftat zu verlangen, und nur vom Erfordernis der Schuld abzusehen. Für diese Auslegung spricht auch der Zusammenhang mit den Bestimmungen über die opferhilferechtliche Entschädigungs- und Genugtuungsleistung (Art. 11 ff. OHG). Liesse man auch in diesem Zusammenhang das Vorliegen des objektiven Tatbestands einer Straftat genügen, würde dies im Ergebnis die Einführung einer allgemeinen (nicht nur auf die Fälle der Zurechnungsunfähigkeit des Täters beschränkten) Kausalhaftung bedeuten.» Bei unbekannter Täterschaft kann dieser Auffassung allerdings nicht gefolgt werden, da dies nämlich dazu führen könnte, dass ein von einer solchen Tat betroffenes Opfer nicht in der Lage wäre, das Vorliegen der subjektiven Tatbestandsmerkmale nachzuweisen, so dass es auf die Ermittlung des Täters angewiesen wäre, was wiederum gestützt auf Abs. 3 lit. a der Bestimmung nicht vorausgesetzt werden darf (BGE 140 II 7, 15 E. 3.12).
- 14 Die Tatsache, dass der Täter nicht ermittelt zu sein braucht, bedeutet, dass dem Opfer keine Verpflichtung zur Einreichung einer **Strafanzeige als Voraussetzung** für seine Anerkennung als Opfer im Sinne des Gesetzes auferlegt werden darf (siehe dazu auch KUNZ/KELLER, Rechtsprechung OHG, 26; WINDLIN, Grundfragen, 135). Dieser Grundsatz ist für die Opferhilfe von grosser Bedeutung, da eine sekundäre Viktimisierung des Opfers durch das gegen den Täter geführte Strafverfahren erfolgen könnte, was nicht Sinn und Zweck des Gesetzes sein kann. Auch kann ein Opfer aufgrund einer speziellen Beziehung zum Straftäter (naher Angehöriger) ein Interesse daran haben, dass kein Strafverfahren gegen den Täter geführt wird (WEISHAUP, OHG, 51). Für die Beanspruchung aus dem ersten und dem dritten Pfeiler des Gesetzes (Beratung sowie Entschädigung und Genugtuung) darf das Einreichen einer Strafanzeige somit nicht zur Bedingung gemacht werden (Empfehlungen SVK-OHG 2010, S. 15, Ziff. 2.8.1).

In gewissen Fällen führt die Erfüllung des objektiven Tatbestandes nicht zur Strafbarkeit der dafür verantwortlichen Personen, weil die Rechtswidrigkeit ihrer Handlung durch einen Rechtfertigungsgrund aufgehoben wird. Ein Verhalten, welches in aller Regel strafbar ist, kann unter bestimmten Umständen sozialadäquat erscheinen, was dazu führt, dass seine Strafbarkeit aufgehoben wird. Die Tat ist unter solchen Umständen nicht mehr als Straftat zu qualifizieren. Als Rechtfertigungsgründe gelten mit gewissen Einschränkungen die Einwilligung des Verletzten in die strafbare Handlung, der Notstand (Art. 17 StGB), die Notwehr (Art. 15 StGB) sowie die gesetzlich erlaubte Handlung (Art. 14 StGB). Auch aus völkerrechtlicher Sicht kann sich eine Rechtfertigung für ein Verhalten, welches unter normalen Bedingungen als Straftat gilt, ergeben. So ist das Töten und Verletzen des Kriegsgegners nicht strafbar, solange die völkerrechtlichen Normen über die Kriegsführung eingehalten werden. Die Getöteten und Verletzten sind nicht als Opfer im Sinne des Opferhilfegesetzes zu betrachten. 15

Die Rechtfertigung einer Tat unter Bezugnahme auf einen rechtfertigenden **Notstand** gemäss Art. 17 StGB dürfte relativ selten möglich sein, da die durch das Gesetz geschützte Integrität des Opfers als Rechtsgut einen hohen Rang unter den gesetzlich geschützten Rechtsgütern einnimmt. Lediglich die Rettung eines im Rang höheren Rechtsgutes kann die Verletzung eines fremden Rechtsgutes rechtfertigen. Ein Notstand im Sinne einer Tatrechtfertigung wird nur unter diesen Umständen anerkannt. So könnte sich allenfalls rechtfertigen, zur Rettung des eigenen Lebens eine Beeinträchtigung der körperlichen Integrität einer unbeteiligten Drittperson (Körperverletzung) hinzunehmen, falls keine andere Möglichkeit zur Erreichung dieses Zieles offensteht. An die Erfüllung dieses Rechtfertigungsgrundes sind im Rahmen des Gesetzes hohe Anforderungen zu stellen, da das Opfer einer solchen «gerechtfertigten» Handlung genauso stark betroffen sein kann wie eine durch eine Straftat ohne Rechtfertigungsgrund verletzte Person. Unter bestimmten Umständen, z.B. bei einer erheblichen Betroffenheit des Opfers, müsste im Rahmen der Opferhilfe auf die Berufung auf diesen Rechtfertigungsgrund verzichtet werden, da aus der Sicht des Opfers eine unterschiedliche Behandlung im Vergleich zu einer Person, welche durch eine nicht durch einen Rechtfertigungsgrund entschuldbare Straftat verletzt worden ist, nicht eingesehen werden kann. Gleiches gilt auch im Haftpflichtrecht, wo unter gewissen Bedingungen dem durch eine urteilsunfähige Person Geschädigten aus Billigkeitsüberlegungen ein Schadenersatzanspruch zugestanden wird (Art. 54 Abs. 1 OR). 16

Rechtfertigende **Notwehr** gemäss Art. 15 StGB kann nur dann vorliegen, wenn die sich zur Wehr setzende Person ihrerseits einen Angriff auf ihre körperliche Integrität durch das Notwehroffer erlitten hat. Dies muss im Rahmen der Opferhilfe dazu führen, dass nur erhebliche Notwehrexzesse der geschädigten Person Opferqualität im Sinne des Gesetzes verleihen. Lediglich wenn die Notwehr das notwendige Mass zur Abwehr des Angriffes erheblich überschreitet, ist dies demzufolge der Fall. Die Schutzwürdigkeit eines Opfers exzessiver Notwehr ist unter diesem Aspekt nur in ausserordentlichen Fällen gegeben. 17

- 18 Führt eine Handlung, die in Erfüllung einer gesetzlich gebotenen **Amts- oder Berufspflicht** vorgenommen wurde, zu einer unmittelbaren Beeinträchtigung der Integrität einer Person und sind sämtliche objektiven Elemente eines Straftatbestandes erfüllt, so kann die betroffene Person nicht als Opfer im Sinne des Gesetzes Anerkennung finden, sofern diese Handlung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit erfolgt. Einer solchen Handlung fehlt die Rechtswidrigkeit, da sie von Gesetzes wegen rechtmässig ist (Art. 14 StGB). Nach dem Grundsatz, wonach die Rechtsordnung nicht in sich widersprüchlich sein darf, kann in einem solchen Fall nicht von einer Straftat gesprochen werden (SEELMANN, BSK-StGB II, 323, Rz. 2 und 331 Rz. 6). Die durch eine solche Handlung geschädigte Person ist kein Opfer im Sinne des Gesetzes.
- 19 Als in der Praxis wichtigster Rechtfertigungsgrund ist die Einwilligung des Verletzten in die tatbestandsmässige Rechtsgutverletzung zu nennen. Täglich werden eine grosse Anzahl Handlungen ausgeführt, welche als tatbestandsmässig anzusehen sind und lediglich durch die Einwilligung der dadurch verletzten Person ihre Rechtswidrigkeit einbüssen. Dies ist insbesondere im Bereich der ärztlichen Tätigkeit der Fall. Viele ärztliche Handlungen verlieren ihre Rechtswidrigkeit lediglich durch die Einwilligung ihrer Patienten dazu. Oft erfüllt ein solcher Eingriff nämlich den Tatbestand einer Körperverletzung gemäss Art. 122/123 StGB und wird erst durch die aufgeklärte Einwilligung der Patientin oder des Patienten rechtmässig, was ihm die Qualität einer Straftat nimmt.
- 20 Es gilt festzuhalten, dass nicht jede Einwilligung in die Verletzung eines Rechtsgutes gültig ist, da einerseits Rechtsgüter bestehen, auf welche gegenüber einer Drittperson überhaupt nicht – das Leben –, oder nur unter erschwerten Umständen – die körperliche Unversehrtheit – verzichtet werden kann (SCHWARZENEGGER, BSK-I, 71 Rz. 11; BGE 117 Ib 197 f., 119 II 456 f.). Art. 114 StGB stellt die Tötung auf Verlangen, worunter auch die aktive Sterbehilfe subsumiert wird, unter Strafe. Hier ist die Einwilligung des Verletzten in die Straftat somit von Gesetzes wegen als Rechtfertigungsgrund ausgeschlossen. Die Hinterbliebenen einer auf diese Weise zu Tode gekommenen Person bleiben deshalb trotz der **Einwilligung zur Tötung** grundsätzlich Opfer im Sinne des Gesetzes. Davon zu unterscheiden sein dürfte die Sterbebegleitung, bei welcher es sich um eine Selbsttötung handelt, deren Begleitung nicht strafbar ist, so dass die Angehörigen des Verstorbenen nicht zu Opfern im Sinne des Gesetzes werden können.
- 21 Schwieriger ist die Situation bei den Körperverletzungen, die von Ärzten aus kosmetischen oder therapeutischen Bedürfnissen heraus vorgenommen werden. Sowohl in der straf- als auch in der zivilrechtlichen Literatur wurde über dieses Thema schon viel geschrieben. Darauf ist grundsätzlich zu verweisen (FELLMANN, Arztrecht, 167 f.). Es ist hier lediglich zu vermerken, dass an die Einwilligung zu einem ärztlichen Eingriff insbesondere bei nicht absolut notwendigen Operationen hohe Anforderungen in Bezug auf die **Aufklärung des Pati-**

enten über die damit verbundenen Risiken zu stellen sind. In einem Leitentscheid hat das Bundesgericht dazu Folgendes festgehalten: «Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts ist der **Arzt** verpflichtet, den Patienten über Art und Risiken der in Aussicht genommenen Behandlungsmethoden aufzuklären, es sei denn, es handle sich um alltägliche Massnahmen, die keine besondere Gefahr und keine endgültige oder länger dauernde Beeinträchtigung der körperlichen Integrität mit sich bringen. Der Patient soll über den Eingriff oder die Behandlung so weit unterrichtet sein, dass er seine Einwilligung in Kenntnis der Sachlage geben kann. Die Aufklärung darf jedoch keinen für seine Gesundheit schädlichen Angstzustand hervorrufen (BGE 113 Ib 426, E. 6; BGer 4A_266/2011, E. 2.1.1). Massstab des Ausmasses der Aufklärung sind auf der einen Seite die vom Arzt gestellte Diagnose und die nach den medizinischen Kenntnissen des damaligen Zeitpunktes mit dem Eingriff verbundenen Risiken (...). Andererseits kann der Arzt im allgemeinen davon ausgehen, dass er es mit einem verständigen Patienten zu tun hat, der im Rahmen seiner Lebenserfahrung um die allgemein bekannten Gefahren der in Frage stehenden Operation weiss. Nicht aufzuklären hat der Arzt deshalb über Komplikationen, die mit einem grösseren Eingriff regelmässig verbunden sind oder ihm folgen können, z.B. Blutungen, Infektionen, Thrombosen oder Embolien. Zu berücksichtigen sind aber auch die konkreten Umstände. So braucht der Arzt einen Patienten oder dessen gesetzlichen Vertreter dann nicht in allen Einzelheiten über die Gefahren der geplanten Operation aufzuklären, wenn auf der Hand liegt, dass diesem aufgrund früherer ähnlicher oder gleicher Operationen die einschlägigen Risiken bereits bekannt sein müssen (vgl. BGE 115 Ib 178). Allgemein gilt aber, dass der Arzt bei gewöhnlich mit grossen Risiken verbundenen Operationen, die schwerwiegende Folgen haben können, den Patienten ausführlicher aufklären und informieren muss, als wenn es sich um einen im Allgemeinen unproblematischen Eingriff handelt» (BGE 117 Ib 203 f., E. 3 b). Hat der Arzt seine so geartete Aufklärungspflicht nicht korrekt erfüllt, wofür er beweispflichtig ist, ist die Einwilligung des Verletzten dazu nicht gültig, was die ärztliche Handlung zu einer Straftat werden lässt und die Haftpflicht des Arztes begründet. Die verletzte Person gilt als Opfer im Sinne des Gesetzes, da kein Rechtfertigungsgrund vorliegt.

Auch wenn ein **Sachverhaltsirrtum** im Sinne von Art. 13 StGB vorliegt, verliert eine grundsätzlich als pönale Handlung zu qualifizierende Tat ihren Charakter als Straftat, da der subjektive Tatbestand als nicht erfüllt zu gelten hat. Dies hat das Bundesgericht in einem Urteil vom 30. November 2007 unter Einbezug des bereits bekannten Textes des totalrevidierten Gesetzes entschieden (BGE 134 II 33, 38). Verletzt ein Polizist, der eine Person trotz Einhaltung pflichtgemässer Sorgfalt (Art. 13 Abs. 2 StGB, STRATENWERTH/WOHLERS, Handkommentar Strafgesetzbuch, Art. 13 StGB Rz. 4) zu Unrecht für einen Straftäter gehalten hat, bei dessen Festnahme, gilt diese Handlung wegen des Irrtums über den Sachverhalt nicht als Straftat, womit der Verletzte auch nicht Opfer im Sinne des Gesetzes sein kann.

22

- 23 Sowohl vorsätzlich als auch **fahrlässig** begangene Delikte sind, sofern sie im Sinne des StGB tatbestandsmässig sind, vom Gesetz erfasst. Im revidierten Gesetz ist dies ausdrücklich festgehalten worden, obwohl diese Tatsache bereits unter dem alten Gesetz Gültigkeit hatte (WEISHAUPT, OHG, 26; WINDLIN, Grundfragen, 146). Sie wirkt sich vor allem im Bereich des Strassenverkehrs aus, wo die meisten Straftaten fahrlässig begangen werden. Auf Wunsch verschiedener Kantone prüfte deshalb die Expertenkommission im Rahmen der Totalrevision des Gesetzes, ob die im Strassenverkehr begangenen Delikte von der Geltung des Gesetzes ausgenommen werden müssten (Erläuternder Bericht der Expertenkommission vom 25. Juni 2002 S. 18; Botschaft Totalrevision OHG, 7184 und 7204). Dies wurde abgelehnt. Aufgrund des sehr hoch entwickelten Schutzes der Geschädigten im Strassenverkehr hat das Opferhilfegesetz in diesem Bereich jedoch fast ausschliesslich im Rahmen der beiden ersten Pfeiler (Beratung, Schutz und Rechte im Strafverfahren gegen den Täter) praktische Bedeutung. Dort ist sie allerdings recht hoch, da es keine vergleichbaren Beratungsstellen (Art. 3 OHG) gibt, an welche solche Opfer von Amtes wegen (Polizei) zu verweisen sind (Art. 8 Abs. 2 OHG). Die durch das Gesetz garantierte Teilnahme am Strafverfahren gegen den Täter kann auch in Fällen des Strassenverkehrs nützlich sein, findet jedoch nur in schweren Fällen effektiv statt, da die Strafkompetenz der Staatsanwaltschaft im Strafbefehlsverfahren verhältnismässig hoch ist, was die Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens in der Praxis eher selten werden lässt.
- 24 Die gesetzlichen Vorkehrungen im Bereich des Haftpflichtrechts garantieren dem **Strassenverkehrsoffer** eine angemessene Entschädigung (direktes Forderungsrecht gegen den Haftpflichtversicherer des Fahrzeughalters, Anspruch gegenüber dem nationalen Garantiefonds bei unbekanntem Schädiger), so dass ein Rückgriff auf das Opferhilfegesetz in aller Regel nicht nötig ist (DÄHLER, Opferhilfe, 97).
- 25 Auch der **Versuch** einer Straftat kann für die Anwendbarkeit des Gesetzes genügen, wenn die Integrität des Opfers dadurch in massgeblichem Sinne beeinträchtigt worden ist. So kann zum Beispiel durch einen missglückten Raubversuch, bei welchem der angestrebte Erfolg wegen des Eingriffs der Polizei nicht erzielt wurde, die körperliche oder psychische Integrität des Opfers genauso verletzt werden wie durch eine vollendete Tat. Die davon betroffene Person ist allenfalls einem zumindest ähnlichen Stress durch die entstandene Bedrohung ausgesetzt, wie dies bei einer vollendeten Tat der Fall gewesen wäre. Die Auswirkung auf das Opfer und dessen Beeinträchtigung können in einem mit der Vollendung der Tat vergleichbaren Ausmass vorhanden sein.
- 26 Schwierigkeiten können in der Praxis entstehen, wenn eine Mehrheit von Taten, von denen das Opfer betroffen wurde, zur Diskussion steht, oder wenn die Qualifikation der Tat unklar ist. Bei **Tatmehrheit** scheint klar zu sein, dass ein unter das Gesetz zu subsumierender Tatbestand vorliegen muss, welcher eine Integritätsbeeinträchtigung beim Opfer bewirkt hat. Es kann nicht zusätzlich verlangt

werden, dass diesem Tatbestand eine gewisse zentrale Bedeutung im gesamten Sachverhalt zukommen muss, wie dies vom Bundesgericht in BGE 120 Ia 157 ff. ausgeführt worden ist. Dort wurde der Geschädigten unter anderem deswegen die Legitimation zur staatsrechtlichen Beschwerde abgesprochen, da «der zentrale Vorwurf und der Schwerpunkt der Ermittlungen deutlich beim angezeigten Betrug» und nicht bei den mit zur Anzeige gebrachten Tatbeständen der Nötigung oder gar Erpressung lagen. Ist hingegen die Qualifikation der Tat unklar, so muss der bundesgerichtlichen Auffassung, wie sie im gleichen Entscheid zum Ausdruck kommt, zugestimmt werden. Danach kann es dafür nicht auf die subjektive Betrachtungsweise der geschädigten Person respektive auf deren persönliche Empfindlichkeiten ankommen, um deren Opfereigenschaft zu bestimmen. Es ist dazu vielmehr von objektiven Kriterien auszugehen.

C. Opfer

Als **Opfer** ist zunächst eine **natürliche Person** im zivilrechtlichen Sinn zu verstehen (GORAN MAZZUCHELLI/MARIO POSTIZZI, KBS StPO, 2. Auflage, Art. 116 Rz. 4). **Tiere** sind demnach als Opfer ausgeschlossen, was selbstverständlich auch für Eigentümer, deren Tier von einer Straftat betroffen ist, gelten muss. Auch **juristische Personen** werden vom Opferhilfegesetz nicht erfasst, da sie nicht über eine körperliche, geistige oder sexuelle Integrität verfügen (KUNZ/KELLER, Rechtsprechung OHG, 17). Es handelt sich um eine im zivilrechtlichen und strafprozessualen Sinn geschädigte Person (WEISHAUPT, OHG, 21; ZEHNTNER/HOFER, Vertretung, 132 f.).

27

D. Integrität

Der Begriff der **Integrität** ist bereits aus der sozialen Unfallversicherung (UVG) bekannt. Dort allerdings ist lediglich die körperliche und die psychische Integrität der versicherten Person und nicht deren sexuelle Integrität geschützt, respektive das Risiko von deren Schädigung durch einen Unfall oder eine Berufskrankheit versichert (Art. 24 UVG; MURER/STAUFFER/RUMO-JUNGO, Rechtsprechung, S. 159; MAURER, Bundessozialversicherungsrecht, S. 380).

28

Die Integrität wird als Begriff in der juristischen Literatur offensichtlich als klar vorausgesetzt. Jedenfalls werden jeweils lediglich Fragen der Schädigung eben dieser Integrität und die damit im Zusammenhang stehenden rechtlichen Folgen diskutiert. Die in den einschlägigen Wörterbüchern angebotene Deutung des Begriffs führt zu jenen der Unversehrtheit oder Makellosigkeit, wobei Ersterem klar der Vorzug zu geben ist, da kein Mensch ohne Makel sein kann. Auch wur-

29